

Trans-Uni
Herausforderungen des Managements
bei der internationalen
Hochschulzusammenarbeit
in den Grenzregionen

Herausgeber:
Gerhard Duda
Krzysztof Wojciechowski

Beiträge zur Hochschulpolitik 11/2005

Diese Publikation dokumentiert die Tagung „Trans-Uni. Probleme des Managements bei der internationalen Hochschulzusammenarbeit in Grenzregionen“, die von der Hochschulrektorenkonferenz und dem Collegium Polonicum, einer gemeinsamen Einrichtung der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) und der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań mit Unterstützung des Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im November 2004 in Słubice, Polen veranstaltet wurde.

This publication is a documentation of the conference „Trans-Uni. Management problems of co-operating international universities in border regions“ organized by the German Rectors' Conference (HRK), and the Collegium Polonicum, joint institute of the European University Viadrina Frankfurt on the Oder and Adam-Mickiewicz-University Poznań with support from the German Federal Ministry of Education and Research, held in Słubice, Polen, in November 2004.

Beiträge zur Hochschulpolitik 11/2005

Herausgeber / Publisher
Gerhard Duda, Krzysztof Wojciechowski

Redaktion / edited by
Agnieszka Bielawska, Gerhard Duda, Maria Holgersson-Süß, Krzysztof Wojciechowski

Ahrstr. 39, D-53175 Bonn, Germany
Tel.: +49/(0)228/8870
Fax: +49/(0)228/887110
e-mail: duda@hrk.de

Bonn, November 2005

Nachdruck und Verwendung in elektronischen Systemen – auch auszugsweise – nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Hochschulrektorenkonferenz.

Reprinting and use in electronic systems of this document or extracts from it are subject to the prior written approval of the German Rectors' Conference.

ISBN 3-938738-11-1

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Dr. Christiane Ebel-Gabriel	
Praxis und Methodik in der grenzüberschreitenden Hochschulzusammenarbeit	9
Professor Dr. Roland Wittmann	
Tops and Flops: Das Collegium Polonicum als grenzüberschreitende universitäre Einrichtung	21
Dr. Krzysztof Wojciechowski	
Eine Region – zwei Kulturen	39
Professor Dr. Heiner Dunckel	
Kommunikation über die Grenze: Am Beispiel des Sächsisch-Tschechischen Hochschulzentrums an der TU Chemnitz	53
Ilona Scherm	
Erfahrungen beim Einsatz einer Breitband-Richtfunkverbindung zwischen dem Collegium Polonicum und der Europa-Universität Viadrina	63
Dr. Werner Fitzner	
Finanzen grenzüberschreitend gemanagt	79
Dr. Günter Quiel	
Die Sprachenpolitik des Zusatzstudiengangs Europastudien an der RWTH Aachen	92
Dr. Christian Bremen	
Bulgarisch-Rumänisches Interuniversitäres Europa-Zentrum (BRIE): Hochschulzusammenarbeit in der südosteuropäischen Grenzregion als Motor für regionale Entwicklung	102
Brankica Assenmacher M.A.	

Sprachenvielfalt als Reichtum Europas: Das Beispiel BRIE	108
Professor Dr. Penka Angelova	
Intercultural Aspects of the BRIE Management	113
Professor Dr Mimi Kornazheva	
EUCOR: eine grenzüberschreitende Kooperation am Oberrhein	124
Professor Dr. Richard Kleinschmager	
Das Europäische Collegium der polnischen und ukrainischen Universitäten	130
Dr. Grzegorz Kuprianowicz	
Traditionen und Perspektiven der Kooperation mit den Universitäten Mittel- und Osteuropas	141
Dr. Oleksandr Ivanov	
Erfolge und Misserfolge bei der Zusammenarbeit: Die Filiale der Schlesischen Universität in Cieszyn und die Universität in Ostrawa in der Tschechischen Republik	147
Professor Dr. Halina Rusek	
Die Peripherie als Integrationszentrum: Von den besonderen Herausforderungen und Möglichkeiten einer trinationalen Bildungseinrichtung im neuen Europa.	153
Professor Dr. Albert Löhr	
Die Problematik der Arbeitsverträge in der deutsch-dänischen Grenzregion	170
Karen Böhle	
Welches Arbeitsrecht? Bewährte Modi der Einstellung von Mitarbeitern in den grenzüberschreitenden Einrichtungen	178
Elvira Kirmes	

System Convergence amidst Changing Domestic Legislation: The Development of the Finnish-Russian Cross-Border University and Bologna Implementation	188
Dr Paul Fryer	
Von der Idee zur Verwirklichung: organisatorisch-juristische Schritte bei der Gründung des Collegium Polonicum	194
Professor Dr. Waldemar Pfeiffer	
Zusammenfassung der Diskussionen in den Arbeitsgruppen	205
Dr. Gerhard Duda	
Teilnehmerliste	210

Vorwort

Dr. Christiane Ebel-Gabriel

Generalsekretärin der Hochschulrektorenkonferenz

Von der Geologie wissen wir, dass sich dort, wo sich tektonischen Platten auf der Erdoberfläche berühren, starke Spannungen entstehen. Im übertragenen Sinne gilt das auch für die Grenzen in Europa, wie dieser Konferenzband zeigt. Dort, wo sich die Nationalstaaten, die Ethnien, unterschiedliche Nachbarsprachen und Kulturen berühren, an den Grenzen, sind die Spannungen oft größer als im Binnenland.

Im Gefolge der Versöhnungsbemühungen in Westeuropa nach dem 2. Weltkrieg haben sich an den europäischen Grenzen neue Kooperationsformen von Hochschulen entwickelt, die aus der Not und dem Elend der Grenz- und Randlage eine Tugend gemacht haben. Nirgendwo sonst kann so intensiv auch tagtäglich international kooperiert werden wie an den Grenzen. Mit der deutschen Europa-Universität Viadrina wurde eine universitäre Neugründung an der deutsch-polnischen Grenze auf die Zusammenarbeit mit dem Nachbarn ausgerichtet. Polen schuf mit dem Collegium Polonicum ein polnisches Pendant auf der anderen Seite der Oder. So ist mit der Zeit ein Modell europäischer Hochschulzusammenarbeit in den Grenzregionen entstanden.

Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) hat versucht, dieses Modell nach Südosteuropa zu übertragen und hat dort an der bulgarisch-rumänischen Grenze das Bulgarisch-Rumänische Interuniversitäre Europazentrum (BRIE) initiiert und mit Mitteln des Auswärtigen Amtes für den Stabilitätspakt für Südosteuropa gefördert.

Auch an der polnisch-ukrainischen Grenze gibt es erste Bemühungen, direkt an der Grenze Hochschulkooperation zu entwickeln. Es lag deshalb nahe, sich einmal in einer Fachkonferenz mit den spezifischen Alltagsproblemen im Management von Hochschulzusammen-

arbeit in Grenzregionen zu beschäftigen. Nicht umsonst werden die Grenzregionen auch als Laboratorien der europäischen Einigung bezeichnet.

Mit Förderung des Internationalen Büros des Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und Eigenmittel der Veranstalter organisierte deshalb das Collegium Polonicum, die Viadrina und die HRK vom 12.-14. November 2004 die Fachtagung „Trans-Uni. Probleme des Managements bei der internationalen Hochschulzusammenarbeit in den Grenzregionen“ in Slubice an der deutsch-polnischen Grenze.

Die Konferenzvorträge, aber auch Auszüge aus der Diskussion, werden in diesem Band veröffentlicht. Die Notwendigkeit des Erfahrungsaustauschs sowie der gegenseitigen politisch-moralische Unterstützung aller Aktionen wurde während der Tagung deutlich. Die Kooperationsprojekte kämpfen nämlich im Alltag mit immensen Schwierigkeiten aufgrund der Grenzlage und werden durch die Lage an der Peripherie auch häufig übersehen, sowohl von den Studierenden, die die attraktiven Zentren, aber auch von den Geldgebern, die die zentralen Leuchttürme der Provinz gegenüber vorziehen. Der Aufbau einer Interessengemeinschaft wurde deshalb angesprochen.

Eine Nachfolgekonzferenz im Jahr 2006 an der deutsch-dänischen Grenze mit der Universität Flensburg als Veranstalter ist bereits vorgesehen. Die HRK bedankt sich beim Internationalen Büro des BMBF für die finanzielle Unterstützung und bei den polnischen Partnern für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Praxis und Methodik in der grenzüberschreitenden Hochschulzusammenarbeit

Professor Dr. Roland Wittmann

Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Befürchten Sie bitte nicht, dass ich jetzt im ersten Kapitel Praxis und im zweiten Methodik behandle, sondern ich fasse das als zwei Seiten derselben Münze auf. Methodik verstehe ich nicht als theoretische Konzeption, sondern als etwas, was auf der Grundlage von Praxis induktiv gewonnen wird. Dabei wollen wir nicht nur Erfahrungen reflektieren, sondern es geht immer auch um die Entwicklung neuer Lösungsmöglichkeiten. Das Motto könnte lauten (um an den Mathematiker Gauss anzuknüpfen): „Im Konkreten das Allgemeine sehen“. Und da komme ich jetzt zu etwas ganz Konkretem, nämlich zum Grundstein dieses Gebäudes, in dem wir uns jetzt befinden. Ich habe mir damals im Jahre 1992 klar gemacht, dass Grundstein auf Polnisch „kamień węgielny“ heißt. Es gab damals eine feierliche Grundsteinlegung. Leider konnte ich nicht teilnehmen, weil ich meinen Pass vergessen hatte, aber ich habe das Geschehen von der anderen Seite der Oder mit Bewunderung verfolgt. Nach dieser Grundsteinlegung tat sich lange Zeit nichts.

Das gibt Anlass zu dem ersten Stichwort, das ich in diesem Kontext nennen möchte: „Gegenseitiges Vertrauen“. Wir warteten, aber wir vertrauten darauf, dass dieses Gebäude, in dem wir uns jetzt befinden, demnächst entstehen wird. Im Nachhinein könnte man sagen: „Ein eindrucksvoller postmoderner Bau“, in dem inzwischen zahlreiche Studiengänge stattfinden. Früher, im Marxismus, hätte man gesagt, man müsste den Grundstein dialektisch betrachten, also in dem Grundstein müsste man schon jetzt das ganze Gebäude sehen. Das ist natürlich Spekulation, ein besserer Ausgangspunkt ist das Vertrauen, das man zueinander haben kann, denn dieses Vertrauen baut auf gegenseitiger Zusammenar-

beit auf. Die Republik Polen hat auf der Grundlage mehrerer aufeinander folgender Jahresbudgets einen ganz bedeutenden Beitrag zur Entstehung dieses Gebäudes geleistet. Der Bau wurde begonnen und im Jahre 1998 wurde das Collegium Polonicum eröffnet. Das Vertrauen war also gerechtfertigt.

Schon bevor das Gebäude stand, hat eine Kommission im Frühjahr 1994 ihre Arbeit aufgenommen, sozusagen im Vorgriff auf das Kommende. Schon früher, nämlich im Wintersemester 1993/1994, konnte ich als damaliger Dekan der Juristischen Fakultät erreichen, dass die Ausbildung polnischer Jurastudenten an unserer Universität und hier in Ślubice begonnen werden konnte. Die erste Vorlesung über deutsch-polnische Rechtsterminologie hielt ich im Kulturhaus in Ślubice. Die Gemischte Kommission bestand aus den damaligen Rektoren der beiden Universitäten und weiteren Mitgliedern. Die Rektoren waren Herr Rektor Fedorowski – der Vorgänger von Herrn Rektor Lorenc - und von Seiten der Viadrina der damalige Rektor Herr Weiler. Sie haben die Kommission gegründet, an deren Sitzungen ich von Anfang an als weiteres Mitglied von Seiten der Viadrina teilgenommen habe. An der Arbeit dieser Kommission, die nach der Unterzeichnung des Regierungsabkommens über das Collegium Polonicum die Ständige Kommission heißt, nehme ich auch heute weiterhin teil.

Es gab also eine Gemischte Kommission. Die Frage für uns aber war: Wo ist die Institution? Das zweite Stichwort heißt daher in meinen Augen: „Der Institution den Weg bahnen“. Denn diese Kommission hatte den Zweck, die Zusammenarbeit im Rahmen des entstehenden Collegium Polonicum in Gang zu setzen, innovative Studiengänge zu initiieren und auf die Schaffung eines internationalen rechtlichen Rahmens für das Collegium Polonicum als Institution hinzuwirken.

Was den letzten Punkt betrifft, stellten wir uns die gemeinsame Aufgabe, dem Land Brandenburg und der Republik Polen einen Textvorschlag zu machen. Man hätte natürlich warten können, bis die Staaten etwas machen, aber das wäre wie im absurden Theater das „Warten auf Godot“. Besser schien es uns, der Institution den Weg zu bahnen und Vorschläge zu machen, wie denn so ein Abkommen auszusehen hätte.

Dabei war zu berücksichtigen, dass die Universitäten in Polen und daher insbesondere die Adam-Mickiewicz-Universität in Poznań gegenüber dem zuständigen Ministerium, dem Ministerium für Nationale Bildung, eine stärkere Autonomie besaßen als die brandenburgischen Universitäten gegenüber dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur.

Das führt uns zu der Schwierigkeit, dass uns natürlich die Verschiedenheit des Hochschulrechts der beiden Länder vorgegeben war, und das ist eine Alltagsschwierigkeit bei der Hochschulzusammenarbeit. Wie sollte angesichts dieser Verschiedenheit die Einrichtung „Collegium Polonicum“ konzipiert werden?

Der rein positivistische, an der Anwendung schon bestehenden Rechts orientierte Denkstil versagt, ist orientierungslos und hilflos, wenn es um die Nutzung eines im Rahmen einer oder mehrerer Rechtsordnungen vorhandenen Gestaltungsspielraums geht. Der Weg, der sich anbot, lag darin, das Hochschulrecht beider Länder zu kombinieren. Dies würde ich auch als möglichen Weg für andere Fälle ansehen. Auf diese Weise entstand der Gedanke, das Collegium Polonicum als eine gemeinsame Einrichtung der beiden Universitäten zu konzipieren, und zwar ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Dieser Gedanke beruhte auf einer vergleichenden Betrachtung des deutschen und polnischen Hochschulrechts. Glücklicherweise findet sich im polnischen Hochschulrecht eine Bestimmung im Art. 64 Abs. 4, der den polnischen Hochschulen die Errichtung gemeinsamer Einrichtungen ermöglicht, sogar auch internationaler Einrichtungen.

So weit, so gut, nun aber standen wir vor der Aufgabe, das dem Land Brandenburg und dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur vor Augen zu führen. Einen Entwurf des Abkommens habe ich bereits 1995 an einem Nachmittag in meinem Dienstzimmer am Brandenburgischen Oberlandesgericht verfasst, an dem ich im zweiten Hauptamt tätig war. Dieser Entwurf hat Ende 1995 die Zustimmung der Gemischten Kommission gefunden. Es dauerte einige Zeit, bis das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur sich dazu geäußert hat. Und dann hat jemand behauptet, die Gemischte Kommission hätte nicht erwogen, dass das Collegium Polonicum auch eine eigene Rechtspersön-

lichkeit haben könnte. So kam das Ministerium auf die Idee, dass das Collegium Polonicum eine eigene Rechtspersönlichkeit haben muss. Dieser Einfall hat den Gang der Dinge um drei Jahre zurückgeworfen. Wir haben dann noch einmal die Auffassung der beiden Universitäten vorgebracht, nach der das Collegium Polonicum eine gemeinsame Einrichtung ohne eigene Rechtspersönlichkeit sein soll, in der beide Universitäten gemeinsame Forschungen und Studiengänge durchführen werden. Glücklicherweise schloss sich das Ministerium dem an, nachdem ich dem damaligen Staatssekretär Butler eine von mir angefertigte deutsche Übersetzung des polnischen Hochschulgesetzes übermittelt habe. Durch die Übersetzung konnte das Ministerium auch den ganzen Zusammenhang erkennen, in dem der Art. 64 des polnischen Hochschulgesetzes steht. Es dauerte jedoch noch mal geraume Zeit, bis das Abkommen durch das Land Brandenburg im Jahre 2003 in brandenburgisches Landesrecht umgesetzt wurde. In der Republik Polen ist das Regierungsabkommen, so viel wir wissen, bis heute noch nicht ratifiziert. Mit der Zeit wird der jetzige Zustand zum Gewohnheitsrecht. Und dies führt uns zurück zum Stichwort: „Der Institution den Weg bahnen“.

Die Frage nach dem „wie“ gibt Anlass zum nächsten Stichwort. Wegen der unterschiedlichen Hochschulrechte steht die internationale Hochschulzusammenarbeit auch hinsichtlich der Studiengänge und der Diplome vor zahlreichen Problemen. Rektor Lorenc hat schon die Frage der Doppeldiplomierung angesprochen. Und der Weg, den ich ansprechen möchte, der freilich nicht immer die Lösung bringt, möchte ich mit einem lateinischen Wort bezeichnen. Dazu fühle ich mich in Polen legitimiert, wo Lateinkenntnisse noch heute weit verbreitet sind. Dieses Wort heißt „ars combinatoria – die Kunst des Kombinierens“, ein Ausdruck, der auf den deutschen Philosophen Leibniz zurückgeht.

Man muss aus den Elementen der beiden Hochschulrechte das herausfiltern, was zum Finden einer Lösung nötig ist. Das bedeutet auch folgendes: wenn man mit beiden Hochschulrechten arbeitet, kann es dazu kommen, dass sich diese Ordnungen verändern. Somit kann man sich nicht ausruhen, die Nachkontrolle und das erneute Angehen der Probleme ist vielmehr, mit den Worten von Präsidentin Schwan ausgedrückt, „eine ständige Aufgabe“. Dies hat man auch schon im institutio-

nellen Zusammenhang - beim Regierungsabkommen über das Collegium Polonicum – gesehen. Das polnische Hochschulgesetz hat sich zwar nicht verändert, es gab lediglich einen erfolglosen Gesetzesentwurf, dafür aber das brandenburgische, welches 1999 grundlegend novelliert wurde. Also musste man einiges wieder anpassen. Wenn man sich also auf diese Methode einlässt, muss man eben auch „am Ball“ bleiben.

Die Entwicklung von Lösungen im Wege der Methode des Kombinierens beider Hochschulrechte kann Zeit kosten. Ich bin kein Freund der traditionellen Redeweise „in Tugenden“. Man kann natürlich sagen: „man muss Geduld haben“. Aber wie soll man eine Tugend haben, die man nicht hat, obwohl man doch etwas bewirken möchte? Das ist natürlich eine Grundschwierigkeit. Die Methodik ist es, auf die es ankommt, man kann das dann „Geduld“ nennen. Wenn man die richtige Methode anwendet, muss man damit rechnen, dass es Jahre dauern kann, bis ein Resultat erreicht ist, das alle halbwegs zufrieden stellt. Ursprünglich hat man von Land Brandenburg etwas mehr für das Collegium Polonicum erwartet, denn der polnische Staat hat ja einen bedeutenden Beitrag geleistet. Wir dachten zuerst an bis zu vierzig Professorenstellen, aber davon war später keine Rede mehr. Man muss also auch mit Abstrichen rechnen, bis man ein Resultat erreicht, mit dem man arbeiten kann. Dieses muss dann aber auch weiter entwickelt werden.

Durch die Kunst des Kombinierens wird man in die Lage versetzt, von Anfang an die Struktur zu sehen, zu antizipieren. Es kommt dabei nicht nur auf die Aufgabe an, sondern auf die Vorstellung von der Aufgabe, die man sich macht. Stellt man sich etwas als zu schwer oder unlösbar vor, braucht man sich später nicht zu wundern, wenn kaum etwas daraus wird. Schon wenige aus den beiden Rechten entwickelte Grundsätze genügen für die Antizipation einer Struktur, und das haben wir in der Gemischten Kommission, die jetzt Ständige Kommission heißt, fertig gebracht.

Wo war aber die Rechtsgrundlage der Gemischten Kommission selbst? Wichtig ist, mit welcher Vorstellung von Recht man an solche Probleme herangeht.

Man könnte meinen, die Gemischte Kommission habe sich im rechtsfreien Raum bewegt, aber dies wäre allenfalls als ein vorläufiger Arbeitstitel tauglich. Natürlich war diese Kommission nicht rechtsfrei, sondern handelte selbstverständlich im Rahmen der Rechtsordnung der Republik Polen und des Landes Brandenburg. Die Anwendung von Vorschriften, die noch gar nicht existierten, konnte ja durch eine solche Kommission nicht ins Leben gerufen werden. Es war das gemeinsame Interesse beider Universitäten, das Collegium Polonicum in Gang zu setzen, mit einer Struktur zu versehen und den entsprechenden Ministerien Vorschläge zu machen. Und das Recht, das Regierungsabkommen als *lex specialis*, ist erst danach gekommen.

Für die Einschätzung der Rolle der Gemischten Kommission ist ein Rechtsverständnis vorausgesetzt, das uns nicht nur in diesem Fall begegnet. Das Management einer Unternehmung könnte dies nicht leisten, wenn es, soweit der rechtliche Bereich berührt ist, nur vorhandene Rechtsnormen anwenden würde. Natürlich muss man sich an die Rechtsordnung halten und natürlich darf man nicht gegen Gesetze verstoßen, das ist nicht der Punkt. Was vorausgesetzt werden muss, ist die Methode, im Rahmen eines rechtlichen Spielraums etwas zu gestalten.

Das alltägliche Funktionieren der Zusammenarbeit von Nachbarländern und von Institutionen benachbarter Länder setzt nicht nur voraus, eine differenzierte Vorstellung der rechtlichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden Länder zu haben, sondern auch über die Kunst zu verfügen, etwas zu entwickeln. Es kommt vielmehr auch auf das Hintergrundwissen der Dialogpartner an, die an der Entwicklung von Lösungen beteiligt sind. Man muss sich schon im Vorfeld für die Kultur des anderen Landes öffnen, um so die Kompetenz zu interkultureller, im optimalen Fall zu unmittelbarer Kommunikation zu erlangen. Dies wiederum ist auch eine Sache der Information. So war es uns immer klar, dass die Hochschultradition trotz des Kommunismus in Polen ungebrochen war. Beispiele von Professoren und Rektoren, die sich während der Zeit der „Volksrepublik“ schützend vor die Universitäten und vor Kollegen gestellt haben, sind nicht selten. Zu den Traditionen polnischer Universitäten gehören Traditionen, die in Deutschland teilweise abhanden gekommen sind, wie die Inaugurationsfeiern, welche eine würdevolle Gelegenheit

bieten, die Jugend auf das Studium an der Universität vorzubereiten. Ich bin sehr froh darüber, dass ich die Gelegenheit hatte, dies persönlich zu erleben.

Sich einlassen auf die Kultur des Nachbarlandes ist erst möglich, wenn man sich auf die Sprache einlässt. Natürlich hatten wir immer eine Dolmetscherin oder einen Dolmetscher bei der Gemischten Kommission. Dies war aber nur für das Protokoll, damit im Protokoll auch stand, was wir verhandelt haben. Erst das Sich-einlassen auf die Sprache ermöglicht unmittelbare Kommunikation, und das ist die Kommunikation, bei der Missverständnisse gar nicht erst auftauchen können, die klar in der Sache ist und die funktioniert. Mit dem Stichwort sich auf die Sprache einlassen meine ich Sprache nicht im Sinne eines philologischen Wissens von etwas, sondern im Sinne von Wittgenstein, wenn ich ihn einmal zitieren darf. Er hat in seinen Philosophischen Untersuchungen geschrieben: „Sich eine Sprache vorzustellen, heißt, sich eine Lebensform vorzustellen“. Das bedeutet konkret, eine Lebensform, wie sie in Polen gelebt wird, ist eine andere als in Deutschland. Dieser Inbegriff von Unterschieden wie auch das Erleben der Gleichheit oder Ähnlichkeit trotz aller Unterschiede ist nur zugänglich über Sprache, wobei unter „Sprache“ nicht nur der Bereich der verbalen Kommunikation, sondern auch der nonverbalen Kommunikation zu verstehen ist.

Unmittelbare Kommunikation geht vor Dolmetschen und ein in einer von Absender und Empfänger verstandenen Sprache geschriebener Brief geht vor Übersetzen. Unmittelbare Kommunikation ist spontan, legt die gegenseitige Einschätzung der Situation offen und führt so unmittelbar zu einem Vertrauensverhältnis. Ich will gleichsam im Annex sagen, dass ich mich freue, dass im Collegium Polonicum endlich die Polonistik eingeführt worden ist. Viele Menschen haben mich früher gefragt: Wie kann es am Collegium Polonicum keine Polonistik geben, wie passt das zusammen? Aber dank der Initiative der Adam-Mickiewicz-Universität wurde dieser Studiengang nun auch eingeführt.

Wenn Hochschulen verschiedener Länder zusammenarbeiten wollen, müssen diejenigen, die eine solche Zusammenarbeit konkret anfangen oder befördern möchten, nicht nur die Gesetzeslage kennen, sondern

auch die Praxis der Hochschulorgane und Hochschulverwaltungen. Daher freue ich mich, dass Themen aus diesem Bereich im Rahmen dieser Tagung behandelt werden.

Man muss die Ähnlichkeiten und Unterschiede der Verwaltungsabläufe kennen lernen. Dabei möchte ich eines besonders hervorheben: Persönlicher Kontakt ist wichtiger als der administrative Weg über Fax oder E-Mail. Es funktioniert einfach besser. Ich darf darauf hinweisen, dass gegenseitige Besuche der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Universitätsverwaltungen der Viadrina und der Adam-Mickiewicz-Universität mittlerweile schon stattgefunden haben. Im Prozess des Geborenwerdens des Collegium Polonicum als einer gemeinsamen Einrichtung ging es auch immer um die Einstellung des Personals. Es ist unglaublich, welche Schwierigkeiten der Abschluss von Arbeitsverträgen und die Erfüllung von aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen verursacht haben.

Ich habe oft durch unmittelbaren Kontakt mit der Verwaltung der Adam-Mickiewicz-Universität und der Viadrina große Hilfsbereitschaft erfahren. Dabei bewegten sich beide Verwaltungen, wie ich ausdrücklich betonen möchte, im Rahmen der Rechtsordnung. Es geht nicht darum, gegen Rechtsvorschriften zu verstoßen, sondern darum, was man unter Beachtung des bestehenden Rechts machen kann. Wenn man nach dem scherzhaft so genannten „bayerischen Verwaltungsgrundsatz“ verfahren wäre: erstens: Das haben wir immer so gemacht; zweitens: Das haben wir nie so gemacht; drittens: Wer sind Sie überhaupt? Dann hätten wir es kaum je in einem Fall zu etwas gebracht. Es bedarf natürlich auch auf Seiten der Verwaltung einer gewissen Bereitschaft, die Dinge im Rahmen der Rechtsordnung zu gestalten. Dabei muss man auch informiert sein. Zum Beispiel muss man wissen, dass das Haushaltsrecht des Rektors in Polen anders ausgeprägt ist als in Deutschland. Der polnische Rektor hat größere Möglichkeiten, auch wenn er natürlich unter der Kontrolle des Senates steht. Wenn man die Unterschiede auch auf der Verwaltungsebene in Betracht zieht, ist eine fruchtbare Zusammenarbeit möglich.

Die Entwicklung gemeinsamer Studiengänge ist am Collegium Polonicum schon immer eine Hauptaufgabe gewesen. Dabei möchte ich einige Gesichtspunkte hervorheben. Internationale Studiengänge brauchen die

Rückkopplung und Rückhalt in den jeweiligen Fakultäten. Man kann sich nicht über den Kopf der jeweiligen Fakultäten für einen Studiengang entscheiden. Auch internationale Studiengänge vollziehen sich nicht im rechtsfreien Raum. Hier es ist vielmehr das Hochschulrecht beider Länder maßgebend. Die Situation wird sich wohl erst verbessern, wenn der Bologna-Prozess in Deutschland und vor allem in Polen weiter als bisher gediehen ist.

Der Studienplan eines gemeinsamen Studiengangs kann demnach in der Weise entwickelt werden, dass Studieninhalte, die für einen bestimmten berufsqualifizierenden Abschluss notwendig sind, miteinander kombiniert werden. Das war der Grundgedanke des grundständigen Studiengangs der Ausbildung der polnischen Jurastudenten. Für diesen Studiengang wurde von Herrn Kollegen Jonca und mir im Auftrag des brandenburgisch-polnischen Koordinationsgremiums im Jahre 1993 in Kraków ein besonderer Studienplan ausgearbeitet und 1994 in einer Vereinbarung der Juristischen Fakultäten der Adam-Mickiewicz-Universität und der Viadrina verankert. Auf der Grundlage des besonderen Studienplans konnte für die polnischen Jurastudenten ein grundständiger Studiengang eingerichtet werden. Das Studium besteht danach aus einem deutschen und international-rechtlichen Bereich sowie aus einem die Ausbildung im polnischen Recht umfassenden Bereich. Am Schluss erhält der Absolvent den polnischen Magister-Grad und seit neuestem – aufbauend auf einem deutschen Bachelor-Grad – zugleich den deutschen Titel „Master of German and Polish Law“.

Beispielhaft möchte ich ferner auf den MBA-Studiengang „Internationales Management und Marketing für Mittel- und Osteuropa“ eingehen, der zu den postgradualen Studiengängen der Viadrina gehört. Wenn man sich vornimmt, einen solchen Studiengang einzurichten, muss man sich Gedanken darüber machen, an welchen Interessentenkreis er sich wendet: an Osteuropäer, an Mitteleuropäer oder an Geschäftsleute aus England oder Amerika, die postgradual ausgebildet werden sollen? Diese Manager sind natürlich beschäftigte Leute. Wie soll man das modular organisieren? Welche Gebühren kann man verlangen? Und zuletzt, wie ist alles das in die jeweilige Fakultät einzubinden? Ich denke, diese Probleme konnten gelöst werden, und es hat sich gezeigt, dass tatsächlich auch

Absolventen aus England da waren. Da viele jetzt allmählich merken, dass mit polnischen Unternehmen gute Geschäfte zu machen sind, wächst auch das Interesse, sich vorher gut zu informieren.

Herr Rektor Lorenc hat die Frage der Doppeldiplomierung angesprochen. Damit wird eine andere Frage beantwortet, nämlich die Anerkennung von Diplomen. Diese Frage stellt sich zum Beispiel hinsichtlich der kulturwissenschaftlichen Abschlüsse der Viadrina. Das Problem ist folgendes: Es gibt zwar auch in Polen „Kulturoznastwo“ (Kulturwissenschaft). Der Studieninhalt an der Viadrina ist aber ganz anders, viel breiter strukturiert als an der Adam-Mickiewicz-Universität. An der Universität Wrocław gibt es kein „Kulturoznastwo“, nur mehrere Fakultäten, die zusammen genommen etwa dem Spektrum der Kulturwissenschaftlichen Fakultät entsprechen. Wir haben in diesem Bereich zunächst auf ein Abkommen über die Anerkennung akademischer Grade zwischen Deutschland und Polen gewartet, über dessen Vorbereitung die Viadrina informiert wurde. Das Abkommen ist auch tatsächlich zustande gekommen, aber das Problem der Anerkennung der Diplome der Kulturwissenschaftlichen Fakultät wurde dadurch nicht gelöst. In diesem Abkommen über die Anerkennung von Abschlüssen ist das Prinzip der Gegenseitigkeit nicht streng eingehalten, und das hat zu Folge, dass die Diplome der Kulturwissenschaftlichen Fakultät in der Republik Polen nicht unmittelbar anerkannt sind.

Hier war wieder die Kunst des Kombinierens gefragt. Eine Anerkennung ist nicht ohne weiteres möglich. Wenn jemand also dieses Diplom in Polen anerkennen lassen möchte (nach polnischer Rechtslage), dann muss er oder sie zusätzliche Studien in Polen absolvieren. So sieht es die allgemeine Regelung vor. Es gibt aber eine Verordnung des Ministers für Nationale Bildung aus dem Jahre 1991, die besagt, dass Fakultäten Ausnahmen bewilligen können. Wenn man diese Verordnung kennt, ist der Weg schon vorgezeichnet. Dann braucht man nur eine oder mehrere Fakultäten zu finden und ein Abkommen zu schließen oder muss zu einer Übereinkunft (porozumienie) gelangen, wonach keine weiteren Nachweise verlangt werden und das Diplom doch anerkannt wird. Es ist also nicht aussichtslos, auch in diesem Fall sich auf beide Rechtssysteme einzulassen und eine Lösung zu entwickeln. Aber ich will nicht verschwei-

gen, dass Doppeldiplomierung die beste Lösung wäre, und die Hochschulrektorenkonferenz hat bekanntlich in einem ihrer Beschlüsse eben das als Ideal herausgestellt.

Wenn ein neuer Studiengang entwickelt ist und die ersten Absolventen verabschiedet werden, dann schafft das natürlich eine Aufbruchstimmung für alle. Dennoch möchte ich einen Punkt hervorheben, auf den wir in der Gemischten Kommission immer geachtet haben: Es muss sich wirklich um berufsqualifizierende grundständige oder postgraduale Abschlüsse handeln. Die Absolventen sollen damit tatsächlich etwas im Leben anfangen können. Es genügt nicht, wenn der Gesetzgeber normativ festlegt, es handle sich um einen berufsqualifizierenden Abschluss.

Auf dem Gebiet der rechtswissenschaftlichen Ausbildung ist die Lage des polnischen Absolvents problematisch. Er kann in Polen eine der sog. Applikationen nur durchlaufen, wenn er einen Platz bekommt. Der Zugang zur Applikation für die wichtigeren juristischen Berufe (Richter, Staatsanwalt, Rechtsanwalt, Rechtsberater) ist schwierig oder so gut wie aussichtslos (Notarapplikation). Der Ausbildung der polnischen Jura-Studenten an der Viadrina liegt der Gedanke zugrunde, dass unsere Absolventen auch in der Republik Polen tätig werden sollen. Hier liegt natürlich noch ein zusätzlicher Aspekt, man muss versuchen, praktische Schritte zu unternehmen, um den Absolventen den Weg in die Applikation zu ebnet. Es gibt neue Pläne in der polnischen Gesetzgebung, unter dem Einfluss des EU-Rechts auch den Zugang zum Anwaltsberuf zu reformieren.

Was kann man tun, bis diese Reform Wirklichkeit wird? Man kann sich auf das bestehende System einlassen und versuchen, durch Kontakte zu den Rechtsanwaltskammern unseren Absolventen den Weg zu ebnet. Ich habe diesen Weg mehrfach beschritten und muss sagen, es ist für mich eine besondere Befriedigung gewesen, als ich bei einer Veranstaltung der Rechtsanwaltskammer von Zielona Góra mehrere Absolventen unserer Universitäten getroffen habe, die inzwischen Anwälte geworden sind oder in der Applikation sich auf den Anwaltsberuf vorbereiten. Ein weiteres, für die internationalen Studiengänge wichtiges Stichwort lautet daher den Weg der Absolventen ebnet.

Nun, Frau Schwan hat schon gesagt, Weiterentwicklung ist stets geboten, man kann nicht einfach stehen bleiben. Sie wissen, dass die Umwandlung der Viadrina in eine Stiftungsuniversität als nächste Aufgabe vor uns liegt. Es war früher ganz normal, dass polnische Politiker, z.B. Frau Suchocka in ihrer Eigenschaft als Justizministerin, die Viadrina oder das Collegium Polonicum besucht haben.

Manfred Stolpe, dem damaligen Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, konnte man auch an der Viadrina begegnen. Ich möchte sagen, dass ich sehr froh darüber bin, dass für die Stiftungsuniversität auch ein bedeutender Beitrag der Republik Polen in Sicht ist und dass sich der Bundeskanzler für eine deutsch-polnische Stiftung zur Förderung der Viadrina in einer über den politischen Alltag hinausgehenden Weise engagiert hat.

Worum es bei der internationalen Zusammenarbeit geht, ist in meinen Augen die Möglichkeit, der jungen Generation optimale Startbedingungen zu schaffen. Es besteht die begründete Hoffnung, dass die Adam-Mickiewicz-Universität, die Viadrina und das Collegium Polonicum zu einem „centre of excellence“ in einem vereinten Europa werden könnten. Wir haben die Aufgabe, im europäischen Rahmen tätige junge Menschen auszubilden, die zu einem Stab auf europäischer Ebene gehören, zum Rechtsstab oder zum Stab von Managern oder zum Führungsstab kultureller Institutionen und die die Idee Europa mit Leben füllen.

Wenn ich Europa sage, meine ich nicht eine leere Abstraktion. Ich meine, wenn wir die europäischen Länder bereisen, wie z.B. Dänemark oder Polen, dann können wir uns heute als „Europäer“ fühlen. In Amerika, China oder Japan kommen Gefühle der „Verbundenheit“ und der „Zusammengehörigkeit“ überhaupt nicht auf.

Tops and Flops: Das Collegium Polonicum als grenzüberschreitende universitäre Einrichtung

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Verwaltungsdirektor des Collegium Polonicum

Der akademische Austausch ist seit Jahrhunderten in Europa gang und gäbe. Bereits im Mittelalter reisten die Professoren und Studenten von einer Universität zur anderen und nahmen an den Lehrveranstaltungen teil. Dieser Austausch hatte aber einen Aspekt, der so selbstverständlich war, dass er überhaupt nicht thematisiert wurde. Der „Gast“ musste nämlich die Rahmenbedingungen des Standortes (das Lehrprogramm, die internen Strukturen und Vorschriften sowie die externen kulturellen Gepflogenheiten) akzeptieren. Er hatte keinen Anspruch auf die Anpassung der lokalen Praxis an seine „mitgebrachten“ Traditionen. Meistens hätte er das auch nicht gewollt, weil die Kommunikation zwischen den Kulturen so schwach und oberflächlich war, dass er in seinem Besuch eine Gelegenheit sah, die fremde Kultur kennen zu lernen, sie aus zu kosten, wird das Wertvollste aus ihr zu übernehmen. Die Idee, es könnte beim akademischen Austausch zur Integration bzw. Synthese der Lehrprogramme, organisatorischer Strukturen und sogar kultureller Inhalte kommen, ist sehr neu und entstand in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts unter dem großen Druck der studentischen Mobilität, die durch die Politik der Europäischen Kommission angeregt wurde.

Das Collegium Polonicum (CP) geht auf dem Wege der Integration noch einen Schritt weiter. Es ist eine Einrichtung, die nicht nur in Lehre und Forschung, sondern auf allen Ebenen einer Institution die bilaterale, deutsch-polnische Zusammenarbeit anstrebt. Sie sucht demnach neue Lösungen im Bereich der Organisation, der juristischen Verankerung, der

Technik und der modernen Kommunikation, des Arbeitsrechts, der Finanzierung und last but not least in der Arbeitsweise und Arbeitskultur.

Dicht an der Stadtbrücke in Słubice gelegen, an einem beinahe symbolischen Ort, stellt diese gemeinsame Einrichtung der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) (EUV) und der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań (AMU) einen wahren geistigen Brückenschlag zwischen beiden Nationen dar. Die „historische Mutter“ des Collegium Polonicum, die 1991 wieder gegründete Viadrina, ist nur einige hundert Meter Luftlinie entfernt. Von der Aussichtsterrasse des Collegium Polonicum sieht man das rote Dach des Gebäudes im Wilhelminischen Barock, wo das Rektorat und die meisten Lehrstühle ihren Sitz haben. Die unsichtbare Brücke besteht aus zahlreichen heterogenen zugleich aber komplementären Elementen.

In der Lehre ist das Collegium Polonicum bestrebt, gemeinsame, deutsch-polnische Studiengänge zu entwickeln, Inhalte, die für beide Seiten attraktiv sind, anzubieten, eine gemischte Dozentenbesetzung zu finden, eine paritätische Finanzierung zu gewährleisten und als Abschluss zwei Diplome beider Universitäten zu vergeben. Es wird natürlich angestrebt, dass die Zahl der polnischen und der deutschen Studenten in diesen Studiengängen ungefähr gleich ist.

Der Forschung liegt als Prinzip zugrunde, dass für beide Seiten interessante Themen aufgegriffen werden und dass man für Forschungszwecke gemischte Gruppen bildet. Doktorandenprogramme werden sowohl in Deutschland als auch in Polen ausgeschrieben und die Zahl der Stipendien, die an beide nationalen Gruppen vergeben werden (auch an andere Ausländer) ist paritätisch.

Als juristische Grundlage der Existenz der Einrichtung wurde ein Regierungsabkommen zwischen dem Land Brandenburg und der Republik Polen in mühseliger, fünfjähriger Arbeit entwickelt und letzten Endes 2001 auch unterzeichnet. Dieses Abkommen definiert das Collegium Polonicum als eine grenzüberschreitende gemeinsame Einrichtung und hat im europäischen Hochschulwesen keinen Präzedenzfall. Es regelt Rechte und Pflichten beider Seiten und verpflichtet die beiden

Regierungen zur finanziellen Unterstützung des Instituts. Die Organisation der Arbeit der Einrichtung soll auch eine Synthese sowohl der Strukturen als auch Bedürfnisse beider Seiten sein. Die vorläufigen Strukturen (ein detailliertes Statut der Einrichtung, das alle Gremien, ihre Zuständigkeiten und Arbeitsweise definiert, wird gerade erarbeitet) sehen vor, dass eine ständige Kommission der Rektoren die Entwicklung überwacht, dass dieses Institut sowohl stark in den Strukturen der Partneruniversitäten verankert ist, als auch ein eigenes originelles Profil hat.

Im Bereich der technischen Kooperation wird vor allem dafür gesorgt, dass die trennende Grenze überwunden wird und das Collegium Polonicum und die Viadrina – in Zukunft auch die Adam-Mickiewicz-Universität – ein gemeinsamer Organismus sind. Es wurde eine Richtfunkstrecke über den Fluss errichtet, die es sowohl möglich macht, die Computernetze zusammen zu schließen, als auch ein „internes“, kostenlos funktionierendes Telefonsystem zu betreiben. Es werden auch technische Voraussetzungen für eine mediale Brücke Frankfurt (Oder)/Stubice/Poznań geschaffen, dank welcher die direkte Übertragung der Vorlesungen für gemeinsame Studiengänge möglich sein wird.

Die arbeitsrechtlichen Probleme werden auch auf eine unbürokratische Weise gelöst. Es gibt am Collegium Polonicum, d. h. auf polnischem Territorium, zahlreiche deutsche Mitarbeiter, die an der Europa-Universität Viadrina angestellt sind, alle Rechte des deutschen öffentlichen Rechts genießen, gleichzeitig aber den Status der im Inland beschäftigten haben. Um das starke Lohngefälle (der deutsche Durchschnittslohn ist sechs bis acht Mal höher als der polnische) abzumildern, wurde ein kompliziertes System der Lohnzuschüsse für Angestellte der polnischen Seite entwickelt. Ein ähnliches System existiert weder an einer anderen deutschen noch an einer polnischen Universität. Für ca. 240 Personen, die ihren Arbeitsplatz im Collegium Polonicum haben, sind ca. 190 zu polnischen und ca. 50 zu deutschen Konditionen angestellt. Unter den „deutschen“ Arbeitnehmern sind ca. 75% Deutsche, der Rest sind Polen und andere Ausländer. Das Land Brandenburg – laut Regierungsabkommen – stellt für das CP 5 Professuren und 7 Assistentenstellen bereit, der Rest der Stellen und Arbeitsverträge sowie Stipendien werden durch die Viadrina aus eigenem Haushalt, durch das BMBF, die deutschen Stif-

tungen im Rahmen von Projekten und sogar das Arbeitsamt Frankfurt (Oder) bereitgestellt. Das Letztere betraf ca. 30 ABM-Kräfte, die in den letzten 10 Jahren am Aufbau des CP mitgewirkt haben und die offiziell in Frankfurt arbeiteten, aber jeden Tag über die Grenze gingen. Alle Behörden haben das gewusst und dieses Vorgehen stillschweigend geduldet.

Die Finanzen stellen ein gesondertes und sehr kompliziertes Problem dar. Die unterschiedlichen Finanzierungssysteme, die EU-Außengrenze und der Unterschied zwischen Euro und Złoty machten es bisher nicht möglich, einen klaren Haushalt zu schaffen. Das Budget des Collegium Polonicum ist ein Patchwork, welches aus mehreren kleinen Budgets, Haushaltsposten und Projekten besteht. Die Geldbewegungen zwischen diesen Posten sind derart kompliziert, dass nur wenige Personen den Überblick behalten können. Viele Zahlungen und Verschiebungen zwischen einzelnen Haushaltsposten vollziehen sich außerhalb jeglicher gängiger Praxis an den beiden Universitäten. Somit schweben sie im rechtsfreien Raum und nur das Prinzip des gentleman agreement's garantiert, dass keine Affären entstehen. Es ist kaum möglich festzustellen, wie viel eigentlich diese Einrichtung im Jahr kostet. Es war bisher auch politisch nicht gewollt, da klare Zahlen bestimmt auf Widerstände der akademischen Gemeinschaft der beiden Universitäten stoßen würden. In Poznań müsse man mit Protesten rechnen, warum man sich solch einen teuren Luxus an der Grenze leiste, anstatt die Nöte der Mutteruniversität zu lindern. In Frankfurt würde man protestierend fragen, warum die Gelder „nach Polen“ transferiert oder praktisch hinter der Grenze ausgegeben würden und nicht an der Alma Mater, die ja ohnehin einen grenzüberschreitenden Charakter hat. Außerdem ist es wirklich schwierig festzustellen, in welchem Grade ein Dozent, der an einer der Mutteruniversitäten angestellt ist und im Collegium Polonicum unterrichtet, die Arbeit für die Einrichtung und nicht die Mutteruniversität verrichtet. Der Einschätzung nach leisten die beiden Seiten einen ungefähr gleichen finanziellen Beitrag im Jahr, der ca. 400-500 Tausend Euro im Jahr beträgt.

Die Arbeitsweise und die Arbeitskultur in der Verwaltung ist auch ein Kapitel für sich. Hier wird eine Summe der Erfahrungen von beiden Seiten umgesetzt, wobei man versucht, aus den bürokratischen Zwängen – die

allerdings unterschiedlich gelagert sind – herauszukommen. Selbst Universitätsrituale (Eröffnungen der Akademischen Jahre, Modus der Sitzungen, Sprache, in der die Versammlungen abgehalten werden) sind anders, als die, die an beiden Universitäten gelten.

Die in den letzten sieben Jahren des Aufbaus des Collegium Polonicum gesammelten Erfahrungen lassen diese Einrichtung als ein wirkliches Laboratorium der zukünftigen europäischen Zusammenarbeit in diesem Teil des Kontinents erscheinen. Das Collegium Polonicum ist einerseits ein Beweis dafür, wie schwer und kompliziert neue Strukturen „der dritten Qualität“ zu erreichen sind, andererseits aber auch dafür, dass eine gemeinsame Aufgabe innerhalb eines günstigen politischen Rahmens eine sehr positive Auswirkung auf die Akteure hat. Sie müssen zwar lernbereit und motiviert sein, aber beim Lösen der Aufgabe vergessen sie schnell nationale Vorurteile und nehmen positive Eigenschaften des Partners an.

Außerdem ist das Collegium Polonicum eine bedeutende regionale und überregionale Begegnungsstätte. Jedes Jahr finden dort ca. 100 Konferenzen, Symposien und Seminare statt. Die Zahl der externen Besucher aus allen Ländern Europas, die jedes Jahr durch das Collegium Polonicum geführt werden, beläuft sich auf 4000. Darüber hinaus wird das Collegium Polonicum von prominenten Politikern besucht bzw. wahrgenommen. Es waren hier bereits Richard von Weizsäcker, Helmut Kohl, Joschka Fischer, Aleksander Kwaśniewski, Bronisław Geremek, Leszek Balcerowicz, Günter Verheugen, Hans-Dietrich Genscher, Manfred Stolpe, Jerzy Buzek, Włodzimierz Cimoszewicz, Tadeusz Mazowiecki und viele andere zu Gast. Als eine Krise in den deutsch-polnischen Beziehungen im Herbst 2004 ausbrach, trafen sich eben hier die Präsidien des Sejm und des Bundestages, um zwischen den Konfliktparteien und –interessen zu schlichten.

Obwohl der polnische Beitrag zur Errichtung des Collegium Polonicum unvergleichbar größer war als der der Viadrina (die AMU hat ein gewaltiges, ultramodernes Gebäude mit 20.000 m² Hauptnutzfläche sowie einen Wohnheim-Campus für 1.300 Studenten errichtet), ist doch die Frankfurter „Mutteruniversität“ ein ursprüngliches Laboratorium der

internationalen Zusammenarbeit an der deutsch-polnischen Grenze. Als einzige deutsche Universität hat sie sich entschlossen, eine große ausländische Studentengruppe (die Polen bilden heute 35% der Studentenschaft) nicht für einen kurzzeitigen Aufenthalt sondern für die Dauer des ganzen Studiums zu immatrikulieren. 1991 war das ein echtes Wagnis. Werden es die polnischen Abiturienten mit ihren bescheidenen Sprachkenntnissen schaffen, die Prüfungen in Jura oder Wirtschaftswissenschaften zu bestehen? Wird es Konflikte beim Zusammenleben der Polen und der Deutschen geben? Wird die polnische Orientierung der Universität eine bloße Deklaration der Anfangsphase bleiben? Diese Fragen haben sich 1991 im Stillen viele gestellt. In den darauf folgenden Jahren haben sich diese Ängste als völlig unbegründet erwiesen.

Ähnliche Befürchtungen gab es in Bezug auf die polnischen Studenten, die an den Studiengängen der AMU im CP immatrikuliert sind. Sie kamen aus der unmittelbaren Region, und man hat befürchtet, dass sie die Chancen des Grenzstandortes nicht nutzen werden. Am Anfang bildeten sie eine separate Gruppe, die durch die Studenten der Viadrina – vorwiegend polnische! – verachtet oder sogar separiert wurde. Seit 1-2 Jahren ist aber ein sichtbarer Integrationsprozess im Gange.

Die polnischen Studenten an den internationalen Studiengängen des Standortes – trotz Schwierigkeiten im ersten Studienjahr - kommen gut mit dem Studium zurecht. Einige gehören zu den besten Studenten und prägen auch das studentische Leben. Das polnische Schulsystem hat zwar Defizite, was Kreativität und Selbstbewusstsein der jungen Menschen betrifft, rüstet sie aber mit profundem Wissen und der Fähigkeit zu harter Arbeit aus.

In der Geschichte des Standortes (Wohnheime miteinbezogen) ist es nie zwischen deutschen und polnischen Studenten zu Konflikten gekommen, deren Ursache nationale Vorurteile oder historische Ressentiments wären. Die Mentalitätsunterschiede sind zwar - insbesondere beim Zusammenwohnen – sichtbar, es ist aber den jungen Leuten gelungen, Spielregeln zu entwickeln, dank denen die Mentalitätsunterschiede zum Vorteil für das gemeinsame Leben werden.

Der polnische Beitrag für den Aufbau des Standortes (Wohnheime und insbesondere das Collegium Polonicum) ist viel größer geworden als damals überhaupt vermutet werden konnte. Dies hat wesentlich die Einstellung der deutschen Universitätsangehörigen und auch der Frankfurter den polnischen Partnern gegenüber verändert. In manch einem Kontext werden die Polen nicht mehr als Bittsteller, sondern als Vorbild für dynamisches Handeln und Elastizität der Entscheidung wahrgenommen.

Bei den Einstellungsgesprächen der Professuren der Viadrina, auch der des Landes Brandenburg am Collegium Polonicum, haben alle nicht-polnischen Kandidaten ihre polnischen Kontakte und den Willen, Polnisch zu erlernen, betont. Im Laufe der Zeit hat sich zwar vieles als bloße Deklaration erwiesen, dennoch kann der Kontakt der deutschen Wissenschaftler zu Polen als mehr als zufriedenstellend eingeschätzt werden. Die meisten von ihnen beziehen die polnische Problematik und polnische Partner in ihre Forschungsprojekte mit ein. Am wichtigsten aber ist, dass die „polenfreundliche Atmosphäre“ als fester Bestandteil des *genius loci* angesehen werden kann. Eine beträchtliche Zahl der Mitarbeiter und der Studenten zeigen authentisches Interesse an Polen und versuchen, die polnische Sprache zu erlernen. Selbst wenn die Resultate nicht überwältigend sind, ist die Kontinuität dieser Einstellung ein Wert an sich. Mit großer Genugtuung beobachten wir auch, dass die Bereitschaft der polnischen Dozenten in den AMU-Studiengängen, international zu kooperieren, steigt.

Der traditionelle Motivationsfaktor bei den polnischen Wissenschaftlern, die Hoffnung, dass die Beteiligung an der internationalen Zusammenarbeit ihre finanzielle Lage verbessert, hat in den 90-er Jahren an Geltung verloren. In Polen ist ein unglaublicher Bildungsboom zu verzeichnen: 45% jedes Jahrganges nimmt nach dem Abitur ein Studium auf. Die Hälfte der Studenten bezahlt hohe Studienbeiträge. 200 private Hochschulen sind entstanden. Dieser Bildungsboom beschert vielen Dozenten einen sichtbaren Wohlstand. Der Preis für das „Jobben“ war der Zeitmangel, die Senkung der Motivation zur Forschung und damit das Gefühl, man habe momentan nichts im internationalen Vergleich zu bieten. In den letzten Jahren gibt es aber Anzeichen für die Wiedergeburt des Interesses am grenzüberschreitenden Kooperieren. Der erste deutsch-

polnische Studiengang - die deutsch-polnische Juristenausbildung - wurde 1993 aus der Not geboren. Auf zwei weitere Studiengänge - Europäisches Verwaltungsmanagement und European political studies - musste man 10 Jahre warten. Dennoch kann man sagen, dass die Hauptakteure - die Dozenten der AMU und die der Viadrina - u.a. dank des Collegium Polonicum die Fähigkeit entwickelt haben, eine Brückenfunktion zu spielen und sie in der Zukunft weiter auszubauen.

Resümierend könnte man sagen, dass zu den größten Tops der Geschichte des Collegium Polonicum gehören:

1. die Geburt einer solchen Idee unter maßgeblicher Beteiligung von Professor Dr. Waldemar Pfeiffer aus dem Gründungssenat der Viadrina, ursprünglich aus der Universität Poznań,
2. die Mobilisierung finanzieller Mittel und die Errichtung des Gebäudes durch die AMU (ca. 45 Mio Euro in 8 Jahren – eine exorbitante Summe für polnische Verhältnisse)
3. die Entwicklung von drei grenzüberschreitenden Studiengängen,
4. eine relativ hohe Zahl von ausländischen Studenten in der Einrichtung (ca. 15%, bei einem polnischen Landesdurchschnitt unter 1%),
5. die „Überwindung“ der EU-Außengrenze mehrere Jahre vor dem EU-Beitritt Polens (Reiseerleichterungen, Erleichterungen im Warentransport, leistungsfähige Kommunikation),
6. die Abschwächung des Lohngefälles zwischen den deutschen und polnischen Mitarbeitern (Lohnzuschüsse) und die Stabilisierung der Belegschaft,
7. das sehr hohe Engagement für die Regionalentwicklung (dutzende Projekte für die Grenzregion, viele grenzüberschreitend),
8. hohes politisches Ansehen im Bereich der deutsch-polnischen Beziehungen (CP ist der Ort für deutsch-polnische Begegnungen auf höchster Ebene).

Zu den Flops dagegen könnte man zählen:

1. eine relativ geringe Zahl von bilateralen Studiengängen am CP (3 von insgesamt 15),
2. eine verschwindend kleine Zahl von ausländischen Studenten in den Studiengängen, die durch die AMU angeboten werden (3 Ausländer auf ca. 700 Studenten),
3. ungeklärte finanzielle Verhältnisse (kein klarer Haushalt 10 Jahre nach Arbeitsaufnahme durch die Einrichtung),
4. kein klares wissenschaftliches Profil der Einrichtung,
5. ungenügende Präsenz der Wissenschaftler am Standort: Fast alle, die Polen wie die Deutschen, reisen an; eine klassische Di-Mi-Do-Einrichtung und die meisten Lasten, auch die Organisation der Wissenschaft, trägt die Verwaltung!

Die unmittelbare Umgebung, die beiden Städte Słubice und Frankfurt, änderten dank der EUV und dem CP in den letzten 10 Jahren ihren Charakter. 1991, nach der Öffnung der Grenze, standen die beiden Städte mit dem Rücken zu einander. In Frankfurt gab es vielleicht zehn, in Słubice vielleicht fünf Personen, die dank ihrer Sprachkenntnisse und Erfahrungen ungehindert mit den Nachbarn kommunizieren konnten. Die sozialistische Nachbarschaft hatte kaum Spuren hinterlassen. Die Strukturen der alten Kontakte brachen zusammen. Für die Kontakte auf neuer, demokratischer und marktwirtschaftlicher Basis war kaum jemand gerüstet. Die Bevölkerung auf beiden Seiten war sehr reserviert. Die Kontakte beschränkten sich auf Einkäufe. Ein negatives Bild des Nachbarn war sehr verbreitet. Die grenzüberschreitende Kriminalität gab weiteren Boden für Ressentiments. Die Übergriffe auf Universitätsangehörige (insbesondere polnische) in Frankfurt und Słubice waren gang und gäbe. Die deutschen Besucher, die die Brücke nach Słubice überquerten, sprachen öfter von einem Kulturschock. Soziologische Umfragen zeigten, dass nur 3% der Bewohner auf der deutschen Seite und 2% auf der polnischen Seite einen Vertreter des Nachbarvolkes als Familienmitglied haben wollten.

Heute ist das Bild der Nachbarschaft völlig anders. Die beiden Städte veränderten ihr Antlitz. Wenn man die Brücke überquert, hat man nicht den Eindruck, eine wesentlich andere Welt zu betreten. Kriminalität (Schmuggler, Autodiebe und Prostituierte) sind von der Oberfläche verschwunden. In beiden Städten gibt es Ausschilderungen in der Sprache des Nachbarn. Die Sprachkenntnisse haben sich deutlich gebessert, und wenn sie auf der deutschen Seite noch viel zu wünschen übrig lassen, so ist es wenigstens möglich, in Frankfurt polnisch zu sprechen, ohne großes Aufsehen zu erregen. Das Verhältnis beider Bevölkerungsgruppen ist wesentlich entspannter.

Die größten Veränderungen erfuhr die jüngere Generation. Die im Jahre 1999 von Professor Pollack von der Viadrina durchgeführte Studie zeigt, dass die jungen Deutschen und Polen (18 bis 28 Jahre), die in der Grenzregion lebend, viel offener und aneinander interessierter sind als ältere Leute. So z. B. hat die überwiegende Mehrzahl von ihnen (74% Deutsche, 68% Polen) Kontakte auf der anderen Seite der Grenze. Dass diese Kontakte gut sind, behaupten 63% der Deutschen und 83% der Polen. Eine gute Meinung über den Nachbarn haben 41% der Deutschen und 66% der Polen. Als Familienmitglieder würden den Nachbarn 50% der Deutschen und 51% der Polen akzeptieren. Dies ist ein absoluter qualitativer Sprung gegenüber dem Zustand von 1990! 52% der Deutschen können sich vorstellen, dass sie die Sprache des Nachbarn erlernen. Polnisch lernen bereits 5,4% der Deutschen und Deutsch 43% der Polen. Den Schulunterricht in der Sprache des Nachbarn befürworten 70% der Deutschen und 97% der Polen.

Es gibt zwar immer noch eine gewisse Reserviertheit (nur 36% der Polen und 46% der Deutschen können sich vorstellen, Bewohner der selben Stadt zu werden; bei 23% der Deutschen und 35% der Polen haben sich die Ansichten über den Nachbarn nach der Öffnung der Grenze zum negativen geändert), aber es scheint, dass in den letzten 10 Jahren die Verhältnisse zwischen den Nachbarn einen wesentlichen Wandel erfuhr.

Es entstand auch noch eine ganz neue Bevölkerungsschicht. Die Schicht der echten Grenzgänger, die zweisprachig und bikulturell ist und Lebens-

schwerpunkte auf beiden Seiten der Grenze hat. Anfang der 90er Jahre zählte diese Schicht 20-30 Personen. Heute sind es 200-300, aber ihre Position wird immer stärker. Man kann annehmen, dass sie in ein paar Jahren die Geschicke der Grenzregion bestimmen werden.

Wie weit dieser Prozess von den beiden Universitätseinrichtungen initiiert wurde, sei dahingestellt. Eins ist aber sicher: der große Wandel an der mittleren deutsch-polnischen Grenze hätte sich ohne Viadrina und Collegium Polonicum nicht so schnell und nicht so tiefgründig vollziehen können. Diese Kooperation war keine politische Pflichtübung, sondern eine Idee, die mittlerweile zu einem der Stützpfiler der Brücke in die Zukunft geworden ist.

Diskussion

Professor Dr. Zygmunt Kłodnicki

(Schlesische Universität, Filiale in Cieszyn)

Welche Fachrichtungen besuchen die polnischen Studenten der EUV?

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Es sind entweder Studiengänge der EUV (11 an der Zahl), oder gemeinsame Studiengänge am CP. Hier am CP haben wir drei deutsch-polnische Studiengänge, die alle Kriterien erfüllen, die wir uns vorgestellt haben. Deutsche und Polen als Studenten, zwei Diplome, Professoren von beiden Seiten und eine gemeinsame Finanzierung. Diese drei Fachrichtungen sind Master of European Political Studies, Bachelor and Master of German and Polish Law - hier können die Studenten den polnischen Magister und/oder Staatsexamen machen. Der dritte Studiengang ist Europäisches Verwaltungsmanagement. Die anderen Fachrichtungen gehören entweder der UAM oder der EUV.

Professor Dr. Halina Rusek

(Schlesische Universität, Filiale in Cieszyn) Ich möchte nach der Organisation der Studiengänge fragen, die Sie vorgestellt haben.

Gleichzeitig möchte ich sagen, dass in der polnisch-tschechischen Grenzregion auch solche Initiativen entstanden sind, aber sie wurden noch nicht voll realisiert, da wir die gleichen Probleme haben. Sie haben über gemeinsame Studiengänge gesprochen. Es ist bekannt, dass ein Studiengang in der polnischen Wirklichkeit nur existieren kann, wenn er akkreditiert ist und bestimmte Bedingungen erfüllt. Wie haben Sie das geschafft? War die polnische Akkreditierungskommission damit einverstanden, dass ein Studiengang sowohl polnische wie auch deutsche Wissenschaftler als Lehrkräfte einsetzt? Die polnische staatliche Akkreditierungskommission funktioniert etwa wie die Inquisition. Sie ist sehr streng und hält sich an die Vorschriften. Haben Sie Erfahrungen in diesem Bereich? Werden die Probleme positiv gelöst und bedeutet internationaler Studiengang wirklich, dass er mit internationalen Lehrkräften betrieben wird?

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Wir haben nur einen Studiengang, der die polnische und deutsche Akkreditierung erhalten hat. Es ist der Master of Business Administration. Der Studiengang hat sehr schnell die Akkreditierung von beiden Seiten bekommen. Aber er gehört zur Viadrina, obwohl er am CP angesiedelt ist. Das ist auch ein Vorteil dieser Institution, dass der deutsche Studiengang auf dem polnischen Gebiet die polnische Akkreditierung bekommen kann und an der polnischen Universität angeboten wird. Ich habe geringe Erfahrungen mit Akkreditierungskommissionen, weil die nur mit den Fakultäten und eventuell mit dem Rektorat verhandeln. Deswegen habe ich wenig Informationen, aber soweit ich weiß, gibt es viele Probleme. Wir haben eine besondere Situation: Unsere Praxis ist ein paar Schritte den Gesetzen voraus. Und alle Akkreditierungskommissionen werden irgendwann vor das Problem gestellt, dass sie keine rechtlichen Werkzeuge haben, um alles, was bei uns passiert, zu bewerten. Es gibt keine rechtlichen Kategorien. Auch das CP als gemeinsame Einrichtung ist schwer zu begreifen. In der Regel führt man mit den Kommissionen ein Spiel. Man sagt, dass es Professoren gibt, die von der deutschen Seite kommen und am CP in einem bestimmten Studiengang lehren, und sie müssen als „unsere“ Professoren anerkannt werden. Die Kommission sagt, dass die Professoren hier nicht beschäftigt sind. Wir sagen, dass wir sie bezahlen, und sie haben auch Arbeitsverträge. Einige Studiengänge bekommen die

Akkreditierung, einige bekommen bedingte Akkreditierungen und einige wurden negativ bewertet. In zwei oder drei Fällen haben diese Kommissionen dem Minister die Änderungen einiger Vorschriften vorgeschlagen, weil diese internationale Zusammenarbeit den Rahmen des Gesetzes sprengt.

Professor Dr. Halina Rusek

Ich habe es ja gesagt, es gibt keine klaren rechtlichen Regelungen, die internationale Initiativen zulassen und das ist das Problem, aber diese Informationen sind ein Zeichen dafür, dass es sich langsam ändert. Sagen Sie bitte, Europäisches Verwaltungsmanagement befindet sich wo?

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Es wird durch die AMU und die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege (FHVR) Berlin getragen, aber die Lehre findet am CP statt.

Professor Dr. Halina Rusek

Das heißt, dass der Studiengang hier durchgeführt wird?

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Genau!

Dr. Gerhard Duda

(Hochschulrektorenkonferenz)

Noch mal zu diesem Studiengang: Ist der in Deutschland akkreditiert, bei der Fachhochschule in Berlin, durch die deutsche und durch die polnische Akkreditierungsagentur oder nur durch eine Seite?

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Ob er in Deutschland akkreditiert ist, weiß ich nicht. Aber ich nehme an, schon. Das ist das Aushängeschild dieser Fachhochschule. Er hat den Status eines Masterstudienganges, in den ersten drei Jahren hatte er in Polen den Status eines Aufbaustudienganges (studia podyplomowe). Jetzt wird an einem Magisterstudiengang gearbeitet. In Zusammenarbeit mit

der FHVR hat man beide Programme angepasst. Von der polnischen Seite ist die Akkreditierung nicht notwendig, weil das ein postgradualer (podyplomowy) Studiengang ist.

Dr. Christian Bremen

(RWTH Aachen)

Mich interessieren die Berufsaussichten der Absolventen der grenzüberschreitenden Studiengänge. Konkret gefragt, wo kommen die Politikstudenten später unter?

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Wir sind eine sehr junge Einrichtung, nur die deutsch-polnische Juristenausbildung hat seit 3 bis 4 Jahren Absolventen. Bei den Politologen studiert der letzte Jahrgang noch, sie werden erst jetzt den Abschluss machen. Die Juristen hatten phantastische Aussichten. Sie waren absolute Mangelware auf dem Arbeitsmarkt, weil es keine Leute gab, die in zwei Rechtssystemen und Rechtskulturen ausgebildet waren und zwei Sprachen beherrschten. Sie kamen sofort nach dem Studium in privaten Anwaltskanzleien oder als Justiziere unter. Jetzt ist der Markt enger geworden. Dazu kommt das Spezifische der polnischen Anwaltsszene. Wenn Sie z.B. Anwalt werden wollen, müssen Sie sich quasi in die Zunft einkaufen. Es ist eine geschlossene Zunft, wo man ohne Beziehungen schwer Zugang erhält. Sie müssen auch die ganze Referendarzeit in Polen machen, und die ist auch schwierig. Es gibt einige Probleme, allerdings sind ihre Kompetenzen sehr begehrt. Wir waren bisher nie mit dem Problem der Arbeitslosigkeit der Absolventen konfrontiert. Allerdings steckt die Beobachtung der Karrieren noch in den Anfängen. Es wurde ein Alumniverein gegründet, der die Kontakte pflegt und den beruflichen Werdegang untersucht. Momentan sind die geringen Arbeitschancen der Absolventen noch kein Thema. Im Gegenteil, es herrscht eine relativ positive Einstellung gegenüber der Zukunft.

Professor Dr. Richard Kleinschmager

(Université Louis Pasteur, Strasbourg)

Wie ist es mit der Forschung an ihrer Einrichtung? Haben sie Forschungskräfte?

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Wir haben hier Forschungsprogramme, die vor allem als Doktorandenkollegs ausgerichtet sind.

Professor Dr. Roland Wittmann

(Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder))

Es läuft gerade das zweite Europa-Fellows-Programm. Es gibt zahlreiche Doktoranden, die in bestimmten Projekten arbeiten. Sie müssen in einem bestimmten Zeitraum fertig werden, also höchstens in drei Jahren, manchmal auch in zwei. Die meisten sind Doktoranden, manche aber habilitieren auch. Die ersten Teilnehmer dieses Programms sind schon promoviert. Natürlich betreiben die Professoren auch ihrerseits Forschung, die zum Teil ja auch einen deutsch-polnischen, und europäischen Bezug hat, aber der Schwerpunkt liegt auf diesem Europa-Fellows-Programm.

Frage aus dem Saal

Sie haben von den Schwierigkeiten gesprochen, dieses Collegium zu finanzieren. Erwägen sie die Möglichkeit, kostendeckende Studiengebühren zu erheben?

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Von polnischer Seite ist es üblich, die Fernstudiengänge kostendeckend mit Studiengebühren zu betreiben. Das stützt sich auf folgende Philosophie: eine Universität hat bestimmte Kapazitäten. Wenn sich mehr Kandidaten melden, wird eine Aufnahmeprüfung organisiert. Die besten werden kostenlos aufgenommen und den anderen wird ein so genanntes Fernstudium, das heißt ein Wochenendstudium angeboten. Dieses Fernstudium ist sehr stark mit Präsenzphasen durchwachsen. Und die Studierenden zahlen kostendeckend für das Studium. Wir haben von der polnischen Seite also kostenlose grundständige Studiengänge und diese Fernstudiengänge, die gutes Geld einbringen. Allerdings fließt das alles am CP vorbei in die Fakultäten, nach Poznań. Von der deutschen Seite haben wir nur einen kostendeckend arbeitenden Studiengang, das ist der MBA. Da sind die Studiengebühren sehr saftig, und hier greifen Stif-

tungen und große Konzerne den Studenten unter die Arme. Wir fordern auch in den anderen Studiengängen, die einen Aufbaucharakter haben, Studiengebühren. Hier arbeiten die Studiengänge nicht kostendeckend. Die Stellen in diesem Falle kommen aus dem Haushalt der Universität und alle anderen Ausgaben, die Lehraufträge, Lehrmaterialien usw., werden mit Studiengebühren finanziert.

Professor Dr. Albert Löhr

(Internationales Hochschulinstitut, Zittau)

Mich würde Ihre Einschätzung interessieren, wie international die Absolventen im CP, insbesondere die Bachelors, hier ausgebildet worden sind? Ich erwarte das für den gerade erwähnten MBA-Kurs, der sich sicher aus Teilnehmern aus ganz Europa zusammensetzt, und für die Europa-Fellows im Rahmen des Doktorandenprogramms, die auch aus zahlreichen europäischen Ländern kommen, aber man stellt sich jetzt natürlich naiv vor, dass die Bachelorstudenten, die hier studiert haben, erstens natürlich Polnisch, zweitens Deutsch und drittens die allgemeine Umgangssprache Englisch beherrschen. Sie sind also mehr oder weniger dreisprachig, so dass sie qualifiziert sind, sich an allen möglichen europäischen Universitäten für Masterprogramme weiter bewerben zu können. Also das wäre auch ein Anreiz beispielsweise für einen Studenten, der jetzt in Poznań beheimatet ist, nicht in Poznań selbst zu studieren, sondern hierher zu kommen und sich international fit zu machen. Also die Frage, was kann man den Studenten erzählen, auch den deutschen Studenten, damit sie an Internationalisierungsreife hier während eines Studienaufenthaltes gewinnen?

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Das, was Sie hier ansprechen, ist eine von unseren Niederlagen. Wir wollten die Bachelorstudiengänge der AMU, die wir hier anbieten, sehr international ausrichten. Das Programm sollte in englischer Sprache realisiert werden, Zusatzunterricht in Deutsch, Dozenten aus Poznań und auch aus dem Ausland. So sollten politische Wissenschaften, Umweltschutz und Raumordnung organisiert werden. Nach der ersten Immatrikulierung im Jahre 1998 hatte sich in den Studiengängen Politikwissenschaft und Umweltschutz herausgestellt, dass von jeweils vierzig Kandidaten nur

zwei oder drei die Fremdsprache so beherrschten, dass wir dieses Programm auf Englisch hätten realisieren können. Es ist am Anfang eine kalte Dusche gewesen. Obwohl wir diese Lage schon vier, fünf Jahre haben und obwohl wir im Laufe des Studiums sehr intensive Sprachausbildung anbieten, vier Std. Englisch und drei Std. Deutsch jede Woche, plus Selbstlernmöglichkeiten, plus kommerzielle, d.h. bezahlte Kurse, plus Kurse an der Viadrina als Gasthörer. Erst jetzt fangen wir langsam an, in dem 5. bzw. 6. Semester die Vorlesungen in einer Fremdsprache anzubieten und Anschluss an ein weiteres internationales Studium zu suchen.

Warum ist es so schwierig? Hier spielt die provinzielle geographische Lage eine Rolle. In Poznań oder Warschau, in den großen Zentren gibt es Kandidaten, die die Fremdsprachen beherrschen. Die wollen in der Geburtsstadt bleiben. Die Polen sind relativ wenig mobil. Eine Ausnahme ist die Viadrina. Sie war am Anfang der 90-Jahre die einzige ausländische Universität, die solche Studienmöglichkeiten den Polen angeboten hat. Die Kandidaten kamen aus ganz Polen hierher. Und obwohl sie aus dem ganzen Lande rekrutiert wurden, erfüllten doch nur zwei- oder dreihundert Personen die Zulassungsbedingungen. Sonst fehlte es an Sprachkenntnissen auf entsprechendem Niveau. Und diese Tradition ist irgendwie geblieben. Trotz des EU-Beitritts ist die Zahl der polnischen Kandidaten für die EUV nur um 10% gesunken, d.h. nur 10% gehen an andere deutsche oder europäische Universitäten. Aber das CP ist nicht direkt die EUV. Es ist eine gemeinsame Einrichtung an der Grenze, die auch „polnische“ Studiengänge bietet, die allerdings trotz einer intensiven Werbung noch nicht so bekannt in Polen sind.

Die Lage ändert sich langsam. Von Jahr zu Jahr bekommen wir bessere Kandidaten zum Studium, mit besseren Sprachkenntnissen und der Bereitschaft, diesen internationalen Aspekt wahr zu nehmen. Und sie kommen auch aus einem weiteren Einzugsgebiet. Hier muss ich sagen, dass ich etwas von der AMU- Leitung enttäuscht bin, die zu wenig tut, um diese Situation zu ändern. Wir versuchen hier mit unseren bescheidenen Kräften alles zu tun, und ich hoffe, die AMU- Leitung wird uns kräftiger unterstützen. Das ist tatsächlich ein Mangel, und wir halten es für eine der wichtigsten Aufgaben, in den polnischen Bachelor-Studiengängen mehr Internationalität einzuführen.

Professor Dr. Albert Löhr

Ich möchte Herrn Wojciechowski für den Vortrag danken, für die ganz wichtigen Überlegungen, die sehr offen diskutiert worden sind. Sie helfen mir selber auch extrem viel weiter, denn wir haben ähnliche Probleme, und der Kern ist natürlich die Frage, ob eine so zu sagen Provinz, oder Peripherie, wie es Frankfurt (Oder) ist, Słubice oder Zittau, internationaler werden kann, als die großen Zentren wie Warschau und Berlin, die eben auch für Studenten interessante Ziele sind. Also das ist, was wir uns gemeinsam fragen müssen: wie schaffen wir die Internationalität?

Professor Dr. Roland Wittmann

Provinz... Man muss jetzt nicht etwa gleich aufgeben oder pessimistisch sein. Im Falle des MBA hat sich herausgestellt, dass der Standort ein Vorteil ist. Das ist ein Studiengang, der auf Englisch läuft und hauptsächlich für die Mitarbeiter des mittleren Managements in den Unternehmen bestimmt ist. Sie kommen aus Polen, Belarus, aus der Ukraine, übrigens auch aus Estland, aber eben auch aus England. Es ist also nicht so, dass man von vorne herein wegen der Lage benachteiligt sein muss, sondern es kommt auf die Konzeptionen, auf das Marketing an. Man muss in Polen und Osteuropa den Studiengang bekannt machen, dann hat er trotz hoher Studiengebühren Zukunft.

Professor Dr. Waldemar Pfeiffer

(Adam-Mickiewicz-Universität Poznan)

Danke schön, es taucht natürlich die Frage auf, inwieweit wir in solchen Einrichtungen auch das Englische, in einem multikulturellen, mehrsprachigen Europa fördern sollten. Zwar sprechen wir alle gut schlechtes Englisch, aber immerhin sollten wir eben an diese Multikulturalität und Mehrsprachigkeit denken und Nachbarsprachen verstärkt fördern.

Eine Region – zwei Kulturen

Professor Dr. Heiner Dunkel

Rektor der Universität Flensburg

Vorbemerkung

Im folgenden Beitrag werden Erfahrungen aus grenzüberschreitenden Studiengängen berichtet, Problembereiche thesenartig benannt und Handlungskonsequenzen skizziert. Der Beitrag basiert auf meinen über 10jährigen Erfahrungen als Mitglied eines deutsch-dänischen Studienganges und als Rektor der Universität Flensburg (UF).

Die folgenden thesenartigen Überlegungen sind aus der Sicht eines Deutschen und einer Universität in Deutschland formuliert. Die Erfahrungen zeigen, dass diese Sichtweise trotz der Kenntnis der beiden Hochschulsysteme einseitig ist. Sowohl die Auswahl der Punkte als auch die Wertung dürfte in der Darstellung eines dänischen Kollegen oder einer dänischen Kollegin anders ausfallen.

Es gibt noch eine zweite Einschränkung: Die folgenden Überlegungen stellen eine Momentaufnahme dar. Sowohl das deutsche Hochschulsystem (Stichwort: Bologna-Prozess) als auch das dänische Hochschulsystem (Stichwort: neues Hochschulgesetz) stehen vor gravierenden und neuen Herausforderungen. Die Veränderung des deutschen Hochschulsystems dürfte dabei insgesamt zu einer Vereinfachung der internationalen Hochschulzusammenarbeit führen.

Flensburg ist prädestiniert für die grenzüberschreitende Hochschulzusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark

Die Stadt Flensburg und die Region sind geprägt durch zwei Kulturen¹. Seit mehreren Jahrhunderten leben in der Stadt und der Region Deutsche und Dänen zusammen, mit bedeutenden Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze. Das Zusammenleben wird immer wieder als ein Modell für ein Europa der Zukunft angeführt.

In Flensburg ist es völlig normal, dass Deutsch und Dänisch z.B. in den Kaufhäusern in der Innenstadt gesprochen wird. Es gibt dänische Kindergärten, dänische Schulen aller Schularten, eine dänische Bibliothek, und die Vertretung der dänischen Minderheit hat sowohl im Stadtrat als auch im Landtag Sitze und eine gewichtige Stimme.

Die Geschichte der Stadt und der Region ist wesentlich durch Dänemark geprägt. Seit dem 13. Jahrhundert gab es andauernde Auseinandersetzungen um den Besitz des Herzogtums Schleswig, in dessen Einflussbereich die 1284 gegründete Stadt Flensburg lag. 1460 wählten die Schleswig-Holsteinischen Räte in Ribe König Christian I. von Dänemark zum Herzog von Schleswig und Grafen von Holstein mit der Auflage, dass diese Landesteile für ewig ungeteilt bleiben („da se blieven tosamend up ewich ungedeelt“). Damit war der dänische König auch Regent über Flensburg, und Schleswig-Holstein wurde über Jahrhunderte auch von der dänischen Kultur geprägt.

Mit Unterstützung der dänischen Krone wurde Flensburg im 16. Jahrhundert eine reiche und bedeutende Handelsstadt mit 5000 Einwohnern und 200 Schiffen. Damit war Flensburg zu dieser Zeit größer und bedeutender als z.B. Kopenhagen oder Hamburg. Durch den 30jährigen Krieg 1618-1648 und die nordischen Kriege 1712-1721 erfolgte ein dramatischer Niedergang der Stadt. Im 18. Jahrhundert kam es noch einmal unter dänischer Krone zu einem Auf- und Ausbau der Handelsflotte und zu Handelsaktivitäten bis nach Westindien. Seit dieser Zeit galt Flensburg auch als „Rumstadt“, denn die gehandelten Produkte wie Rohrzucker, Tabak und Rum wurden in Flensburg weiter verarbeitet.

¹ Im Folgenden gehe ich auf das Verhältnis der Deutschen und Dänen ein. Es soll aber erwähnt werden, dass die Region auch wesentlich durch das Friesische und Niederdeutsche geprägt wird und durch die Handelsgeschichte der Stadt Menschen vieler Nationalitäten ihre Heimat in Flensburg gefunden haben.

Durch die Parteinahme Dänemarks für Napoleon und dessen Niederlage in Europa büßte Flensburg seine Handelspartner und fast die gesamte Handelsflotte ein. Schließlich kam es im 19. Jahrhundert zu Erhebungen und dem deutsch-dänischen Krieg im Jahre 1864, in Folge dessen Schleswig-Holstein 1871 als Provinz in das Königreich Preußen eingegliedert wurde. Erst 1920 wurde nach einer Volksabstimmung die heutige Grenze gezogen. Nordschleswig wurde Teil von Dänemark und Flensburg wurde Grenzstadt.

Der kurze Abriss der Geschichte zeigt, dass Flensburg und die Region von beiden Kulturen geprägt sind, viele Jahrhunderte unter dänischer Regentschaft lebten und erst relativ spät zu einem Teil Preußens und Deutschlands wurden.

Die Grenznähe ist ein Alleinstellungsmerkmal

Flensburg und damit auch die Universität hat eine besondere grenznahe Lage. Unser Interesse ist deshalb, diese Grenznähe zu nutzen und die Kontakte zu den skandinavischen, insbesondere natürlich zu den dänischen Hochschulen beständig zu intensivieren.

Der Vorteil dieser Grenznähe besteht unter anderem darin, dass direkte und alltägliche Kontakte zwischen Dozent(inn)en und Studierenden möglich sind. Die Syddansk Universitet (SDU) mit einem ihrer vier Standorte in Sønderborg ist direkt auf der anderen Seite der Förde vertreten und gerade mal eine halbe Autostunde von Flensburg entfernt.

Mit der SDU betreibt die Universität Flensburg mit großem Erfolg seit über 10 Jahren gemeinsame deutsch-dänische Studiengänge im Bereich der Wirtschafts-, Ingenieur- und Kulturwissenschaften mit insgesamt knapp 1000 Studierenden in diesen Studiengängen.

Diese Studiengänge sind dadurch geprägt, dass auf beiden Seiten der Grenze studiert werden kann, dass deutsche und dänische Dozent(inn)en lehren und dass Möglichkeiten der Doppeldiplomierung gegeben sind.

Auch wenn man in Flensburg und in Sønderborg grenzenlos studieren kann, gibt es doch einige Probleme, die im Folgenden kurz angesprochen werden sollen.

Das wechselseitige Interesse an Kultur und Sprache nimmt ab

Zu unserem Bedauern nimmt seit einiger Zeit das Interesse an der Kultur und der Sprache des jeweiligen Partnerlandes ab. Die Wahl für ein Studium wird wesentlich durch den Inhalt und die Arbeitsmarktperspektive, weniger durch das Interesse an Sprache und Kultur – mit Ausnahme der kulturwissenschaftlichen Studiengänge – motiviert. Ein Großteil unserer Studierenden ist zwar an einer internationalen Ausrichtung interessiert, allerdings eher in den anglo-amerikanischen oder mittel- und latein-amerikanischen Raum. Wenn die Studierenden keine besondere Affinität zu Dänemark (oder umgekehrt zu Deutschland) haben (z.B. durch das Elternhaus), dann gibt es nur noch wenig Interesse, sich intensiv mit Sprache und Kultur zu beschäftigen. Dies gilt im besonderen Maße für deutsche Studierende.

Unterschiedliche Rechts- und Hochschulsysteme treffen aufeinander

Ein zentrales Problem ist, dass zwei unterschiedliche Hochschul- und Rechtssysteme aufeinander treffen. Diese sind zwar nicht grundsätzlich inkompatibel, sie führen jedoch in der alltäglichen Arbeit immer wieder zu aufwendigen Abstimmungsprozessen.

Ich möchte dieses nur an kleinen alltäglichen Beispielen deutlich machen, ohne jetzt einen synoptischen Abgleich z.B. der beiden Hochschulgesetzgebungen geben zu können.

Beispiel 1: Die Semesterzeiten sind unterschiedlich. Wenn man in beiden Systemen lehrt, hat dies u.a. zur Folge, dass man deutlich weniger vorlesungsfreie Zeit und damit Zeit für die Forschung hat.

Natürlich bereiten die unterschiedlichen Semesterzeiten auch für die Studierenden Probleme.

Beispiel 2: Lehrbeauftragte in Dänemark werden deutlich besser (und wahrscheinlich auch gerechter) als in Deutschland bezahlt, sie bekommen etwa viermal so viel. Wenn man nun die Aufwendungen der beiden Seiten bilanziert, dann muss auf deutscher Seite deutlich mehr geleistet werden, um den gleichen finanziellen Input zu bieten.

Beispiel 3: An der SDU gibt es sehr strenge Regeln für Prüfungsklausuren, die auch den Ablauf (mindestens zwei Aufsichtspersonen, Begleitung jedes Studierenden in den Waschraum) oder die Organisation des Raumes (z.B. exakter Abstand der Tische) betreffen. Dies führt nun dazu, dass wir einerseits an der UF zum Teil gar nicht die entsprechenden Räumlichkeiten haben und dass andererseits immer wieder Tische verstellt werden (da die Räume z.B. am Vorabend noch genutzt werden). Aus deutscher Sicht ist dieses kein Problem, aber sehr wohl aus dänischer Sicht.

Unterschiedliche Systeme produzieren unterschiedliche Handlungslogiken

Der Unterschied der Systeme ist allerdings nicht nur formaler Art, sondern führt auch zu unterschiedlichen Verhaltensweisen der Studierenden und der Dozent(inn)en.

Beispiel 1: Das dänische System basiert ganz wesentlich darauf, dass eine Finanzierung über den Erfolg der Absolvent(inn)en erfolgt. Im dänischen System gilt jeder Studierende als „Einnahme“, im deutschen System aber als „Ausgabe“. Auch im deutschen System sind Abbrecherquoten natürlich ein Problem, aber im dänischen System führen Abbrecher unmittelbar zu finanziellen Verlusten. Dies hat nun wiederum Folgen für die Beschäftigten im dänischen Hochschulsystem, da diese u.a. über den Erfolg ihrer Absolvent(inn)en finanziert werden. Die Beschäftigten haben damit ein direktes Interesse an und Verantwortung für den Studienverlauf der Studierenden.

Beispiel 2: Die Studierenden im dänischen System sind sehr viel mehr an ein verschultes System gewöhnt – mit Pflichten und vielen Rechten; sie sind jedoch auch deutlich stärker an Entscheidungen beteiligt („paritätische Besetzung von Ausschüssen“). Lehrveranstaltungen sind z.B. im Verlauf festgelegt, inhaltliche Änderungen nicht ohne weiteres möglich. Wenn zum Beispiel eine Veranstaltung angekündigt wurde und im Studienhandbuch steht, dann muss diese auch im angegebenen Semester und mit den angegebenen Inhalten und der dort festgelegten Prüfungsform stattfinden. Studierende im dänischen System reagieren deshalb auf Änderungen deutlich irritierter, beschweren sich sehr viel schneller – und das in einem eher formellen Rahmen.

Beispiel 3: Im dänischen System gibt es deutlich weiter gehende Möglichkeiten, Dozent(inn)en zu bestimmter Lehre und bestimmten Lehrinhalten anzuweisen. Dies steht natürlich im Gegensatz zu der deutschen Tradition der Freiheit von Forschung und Lehre.

Regeln und Vorgehensweisen haben in den verschiedenen Systemen unterschiedliche Bedeutung

Hiermit soll angesprochen werden, dass Regeln des einen Systems in dem anderen System eine andere oder gar gegenläufige Bedeutung haben.

Beispiel 1: Im dänischen System gibt es den so genannten externen Censor (Zweitprüfer), der Studienleistungen beurteilen muss und der einem Dozenten oder einer Dozentin von außen (Ministerium) vorgegeben wird. Der Censor muss nicht unbedingt Hochschullehrer(in) sein und auch nicht unbedingt einer Hochschule angehören (z.B. ein Unternehmenspraktiker). Dozent und Censor müssen sich auf eine Note einigen. Das Urteil des Censors oder der Censorin wird im dänischen System eher als Unterstützung und Feedback gesehen, etwa mit dem Ziel herauszufinden, ob man im nationalen Vergleich oder für die Berufspraxis noch angemessen ausgebildet. Für einen deutschen Universitätsprofessor oder für eine Professorin ist dieses System mehr als gewöhnungsbedürftig, da dieser Censor oder die Censorin eher als nicht zu akzeptierende fachfremde Einflussnahme und Kontrolle bewertet wird.

Beispiel 2: Scheinbar gleiche Begriffe (z.B. „studieordnung“ und „Studienordnung“) haben unterschiedliche Bedeutung. Insofern ist selbst bei zunächst einleuchtenden Übersetzungen Vorsicht geboten. Erforderlich sind auch Handreichungen und „kulturelle Übersetzungen“, da man sich ansonsten darauf verlässt, dass man das Gleiche meint bzw. dass gleiche Konsequenzen folgen.

Beispiel 3: Im dänischen System spielen ausführliche Dokumente, z.B. über die Studienorganisation, eine deutlich größere Rolle. Sie sind umfangreicher, detaillierter und verbindlicher. Diese Dokumente werden mit langem Vorlauf erstellt. Dies kann bei kurzfristigen Änderungen im deutschen System zu erheblichen Problemen führen.

Schlussfolgerungen

Die genannten Problempunkte machen deutlich, dass es selbst zwischen Nachbarn mit langer gemeinsamer Tradition und Geschichte und vergleichbaren gesellschaftlichen Rahmenbedingungen deutliche Unterschiede gibt, die nicht nur erhebliche Abstimmungserfordernisse, sondern auch Missverständnisse bedingen.

Für eine erfolgreiche Zusammenarbeit ist deshalb die Erfüllung u.a. folgender Bedingungen erforderlich:

Beide Seiten müssen hinreichende Kenntnisse über die Handlungsbedingungen des anderen Partners haben. Dies beinhaltet sowohl die formalen Regelungen als auch Kultur und Sprache.

Es muss eine große Akzeptanz und Flexibilität vorherrschen, um die jeweiligen Bedingungen in das eigene Handlungssystem integrieren zu können.

Formale Regelungen (z.B. Prüfungsordnungen) sollten Öffnungsklauseln beinhalten, die eine schnelle Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen (auch des Partners) ermöglichen.

Für eine enge Kooperation sind organisatorische Einheiten erforderlich, die organisatorisch und finanziell weitgehend selbständig agieren können und deren Mitglieder zunächst diesen und nicht ihren jeweiligen „Herkunftshochschulen“ verpflichtet sind.

Prozessbegleitung und Evaluation sind unverzichtbar.

In diesem Beitrag wurden Probleme akzentuiert und die genannten Schlussfolgerungen klingen aufwendig. Trotzdem kann kein Zweifel daran bestehen, dass internationale Hochschulzusammenarbeit im Allgemeinen und grenzüberschreitende Kooperationen im Besonderen eine kaum zu überschätzende Bereicherung für die Studierenden und die Lehrenden aller beteiligten Hochschulen darstellen.

Diskussion

Professor Dr. Waldemar Pfeiffer

Ich möchte einen kurzen Kommentar machen. Das Modell der sog. rezeptiven Mehrsprachigkeit, das manche Kollegen aus dem deutschen Germanistenverband verbreiten und unterstützen, scheint sich doch nicht durchgesetzt zu haben. Dieses Modell bedeutet, dass man in der Muttersprache redet und die andere Sprache versteht, und so kann man auch verhandeln. Wie funktioniert dänisch-deutsch in den Verhandlungen?

Professor Dr. Heiner Dunkel

Wir sind bilingual. Das Problem ist aber ähnlich wie bei Ihnen, dass sehr viel mehr Dänen in der Region Deutsch sprechen, als Deutsche Dänisch. Und die sprechen in der Regel schlechter Dänisch als andersrum. Und das hat zur Folge, dass - weil englisch sehr präsent ist - man doppelt so schnell ins Englisch umsteigt. Englisch können fast alle als lingua franca. Die Skandinavier müssen sowieso praktisch zweisprachig sein, das heißt in Wissenschaftsbereich gibt es fast niemanden, der kein gutes bis exzellentes Englisch spricht. Das betrübt uns ein bisschen. Wir haben allerdings in den grenzüberschreitenden Gremien, die nicht nur Hochschulgremien sind, entschieden, dass man in der jeweiligen Muttersprache

sprechen kann. Das kennen wir auch aus der Schweiz, wo ich vor langer Zeit gearbeitet habe. Das machen wir jetzt auch. Das zwingt uns Deutsche ein bisschen auch Dänisch zu sprechen. Wir betrachten das als Herausforderung an unsere Kultur, dass eben der Kollege aus der Region Dänisch sprechen kann, wir aber deutsch antworten können. Und da wir viel mit grenzüberschreitenden Gremien zu tun haben, haben wir uns auf diese Variante geeinigt, auch wenn es etwas mühselig ist. Aber es dient der Erhaltung der Region, der verschiedenen Kulturen. Wir haben natürlich die große Befürchtung, dass das Interesse an der lokalen Kultur weiter abnehmen wird, wenn wir in der Zukunft nur Englisch sprechen werden. Und so zwingen wir uns alle ein wenig in ein Sprachsystem, was nicht sehr einfach ist.

Professor Dr. Albert Löhr

Ihre Ausführungen habe ich schon im Sinne eines Toleranz-Modells verstanden. Die Dänen machen es so, wir machen es so, und jetzt muss man sich wechselseitig verstehen. Es ist also eine Art wechselseitiger Anerkennung von kulturellen Eigenarten. Da habe ich die Befürchtung, weil das Thema Englisch genannt wurde, dass die großen Prozesse, die über uns hinwegstürmen, doch die Standards setzen und dass vielleicht von unten, von dieser bilateralen Kooperation, zu wenig Aktives entgegengesetzt wird. Vielleicht ungewollt machen wir dieses sozusagen anglo-amerikanisierte Modell für diese Region handlungsleitend. Also noch mal: Sie sind für dieses Toleranz-Modell Dänemark-Deutschland und werden es auch verteidigen gegen die Anglo-Amerikanisierung des Hochschul-lebens?

Professor Dr. Heiner Dunkel

Wir haben früher viele Probleme gehabt. Unser Kollege, der der zweite Studienleiter war, der sehr stark im amerikanischen System verhaftet ist und dort geforscht und gelehrt hat, hatte genau dafür wenig Verständnis. „Was soll der ganze Quatsch, wir kennen doch alle Englisch“. Nur muss man wissen, dass die Region sehr kulturbewusst ist, das heißt, sie können sich das im Prinzip als Bewohner der Region kaum erlauben. Die bilinguale, deutsch-dänische Verständigung wird über den Minderheitenschutz, durch die verschiedenen Gesetze sehr stark geregelt. Wir

haben eine sehr selbstbewusste dänische Minderheit in Flensburg. Jeweils 1/3 der Sitze im Stadtrat sind für eine dänische Partei reserviert. Sie haben also eine sehr starke Position und Stimme im diesem Land. Sie prägen das Land und prägen auch die dänische Kultur und wenn Sie z. B. während der Hochzeit des dänischen Kronprinzen in Flensburg gewesen wären, hätten Sie festgestellt, dass die dänische Flagge überall in der Stadt zu sehen war. Die Kinder gingen nicht zur Schule, saßen am Fernseher und guckten die Hochzeit des dänischen Kronprinzen.

Auch das Friesische wird über entsprechende Gesetze des Landes geschützt. Wir haben an der Westküste des Landes eine sehr bedeutende friesische Minderheit, die uns z.B. zur Auflage macht, bestimmte Städte mit unterschiedlichen Schildern in Friesisch zu versehen, und dort ist Friesisch die Amtssprache. Die Region achtet sehr stark darauf, dass die Kultur und die Sprachen erhalten bleiben. Und ich denke, wir haben eine Verpflichtung, beides zu tun. Es wäre aber unverantwortlich, nicht die Notwendigkeit der Lingua franca Englisch im Auge zu behalten. Es wäre genau so unverantwortlich, dies auf Kosten des Schutzes der Kultur und Sprache zu machen. Das hat bei uns die Folge, dass die Studierenden alle drei Sprachen kennen müssen.

Eine Besonderheit hier ist Spanisch. Die Studierenden müssen also Deutsch, Englisch und entweder Dänisch oder Spanisch sprechen. Das heißt, wenn sie an einem deutsch-dänischen Studiengang teilnehmen, müssen sie alle drei Sprachen kennen. Also wenn sie z.B. eine Veranstaltung der dänischen Kollegen besuchen, z.B. deutsch-dänischen Wirtschaftsvergleich, so findet das in Dänisch statt. Und es muss in Dänisch stattfinden. Wir haben auch die Kollegen gebeten, die in Amerika studiert haben, das in Dänisch zu machen. Das schmerzt und tut wirklich weh, aber wir geben nicht nach. Gerade die Studierenden, die nicht so gut in Dänisch sind, haben, wenn sie im zweiten Semester die Vorlesung Volkswirtschaft in Dänisch hören müssen, dann den vier- bis sechsfachen zeitlichen Aufwand für diese Vorlesung zu bewältigen. Es ist von uns so gewollt, weil es nur dann zu den grenzüberschreitenden Arbeitsgruppen führt und dem Kulturverständnis, welches wir wollen. Ja, wir müssen diese Kultursprachen erhalten. Wir müssen beides tun.

Dr. Grzegorz Kuprianowicz

(Europäisches Kollegium der Polnischen und Ukrainischen Universitäten in Lublin)

Wie weit nutzt die dänische Minderheit die existierenden gemeinsamen Studiengänge? Wie weit hat das gemeinsame Studieren Einfluss auf die Erhaltung der kulturellen Identität der dänischen Minderheit in Ihrer Stadt?

Professor Dr. Heiner Dunckel

Der dänischen Minderheit und allen, die bilingual sind, nutzen diese Studien sehr viel. Unsere dänischen Studierenden sind häufig die Mitglieder der dänischen Minderheit. Es hat ganz wesentlich zum Zuspruch für diese Studiengänge beigetragen, dass man die Möglichkeit hat, an einer deutschen Hochschule in Dänisch zu studieren und auch die dänische Kultur und das Wirtschaftssystem kennenzulernen. Und noch etwas ist uns ganz wichtig. Mit dem Bilingualen prägen wir natürlich auch die besondere Kultur, die besondere Qualität des Standortes. Stellen Sie sich Folgendes vor: Wenn Sie in die Mensa hineingehen, gibt es vorne links den dänischen Tisch, in der Mitte den spanischen Tisch und rechts dann den amerikanischen Tisch. Wir müssen das Multikulturelle also immer wieder erzwingen, indem wir gemeinsame Arbeitsgruppen bilden und gemeinsame Veranstaltungen machen, weil die Kulturen sich immer wieder relativ schnell voneinander abschotten.

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Könnten Sie diese gemeinsamen, gemischten Studiengänge vorstellen? Woher kommt die Motivation, wenn es für die Studierenden so schwierig ist, an ihnen teil zu nehmen? Sind es die Berufschancen, Spaß an der Multikulturalität oder familiäre Gründe?

Professor Dr. Heiner Dunckel

Es sind drei Studiengänge. Der größte ist der wirtschaftswissenschaftliche Studiengang International Management. Wir bilden dort Führungskräfte für internationale Unternehmen aus. Für deutsche, aber auch dänische Unternehmen. Damit sind wir bei der zentralen Motivation: In einem

dänischen Unternehmen müssen die Mitarbeiter mehrsprachig sein. Und sie müssen Kenntnisse der unterschiedlichen Wirtschaftssysteme haben. Und wenn wir unsere Absolventen befragen, ist es das, was derzeit über das Ansehen und die hohe Qualität entscheidet. Das heißt, wir bringen sehr viele Absolventen in die großen deutschen und dänischen Unternehmen, die international aufgestellt sind. Die zweite Motivation in diesem Bereich ist, dass wir die Studierenden haben, die ein Interesse an der Verbindung von Wirtschaftswissenschaft, Kultur und Sprache haben. Wir haben viele, die BWL studieren wollen, die aber schon in Wirtschaftsunternehmen untergekommen sind. Sie wollen nun die Sprache mit der Kultur kombinieren.

Der zweite Studiengang beinhaltet diese kulturelle Übersetzungsleistung, also von Verhandlungsstilen bis hin zur Sprache.

Beim dritten Studiengang geht es um die nachhaltige Energietechnik. Das hat für uns Bedeutung, weil die Windenergie hier einen hohen Stellenwert besitzt. Die größten Windenergie-Hersteller und -Versorger kommen in Dänemark und Deutschland aus dieser Region. Darum haben wir ein gutes Arbeitsfeld für die Absolventen.

Dr. Gerhard Duda

Welche deutsche Agentur hat ihre Studiengänge akkreditiert?

Professor Dr. Heiner Dunkel

Wir haben in Deutschland einen Akkreditierungsrat, der die Rahmenbedingungen für die Akkreditierung dieser Studiengänge formuliert. Und dieser Akkreditierungsrat akkreditiert wiederum die Akkreditierungsagenturen, und sie führen die konkrete Akkreditierung der Studiengänge durch. Wir haben natürlich ein Grundproblem. Es wird ein deutscher Studiengang akkreditiert und damit wird „quasi by the way“ der dänische mit akkreditiert. Eigentlich müsste man dazu kommen, dass sie eben grenzüberschreitend akkreditiert werden. Das ist aber schwierig, weil die Regeln der Akkreditierung nur für Deutschland gelten. Grenzüberschreitende Studiengänge können eigentlich nur international akkreditiert werden, und diesen Weg muss man noch finden.

Dr. Gerhard Duda

Die HRK plant einen Workshop zum Thema: „Internationale Akkreditierungen“. Es gibt zurzeit auf europäischer Ebene umfangreiche Bemühungen, eine Art Kodex für eine europäische Akkreditierung zu entwickeln, der der Bologna-Nachfolge-Konferenz in Bergen vorgelegt werden soll. Ein sehr komplizierter Prozess, und man erwartet nicht, dass das bis Bergen im Mai 2005 geschafft wird. Aber zumindest wird daran gearbeitet. Ihre Erfahrung dabei ist natürlich sehr wichtig.

Professor Dr. Richard Kleinschmager

Haben Sie die EU-INTERREG-Zuschüsse genutzt? Und was wird passieren, wenn die INTERREG-Möglichkeiten für uns nach 2006 nicht mehr verfügbar sein werden?

Professor Dr. Heiner Dunkel

Wir haben praktisch alle diese Studiengänge in großem Umfang über EU-Projekte finanziert. Mittlerweile machen wir die Erfahrung, dass wir mit diesen Studiengängen auch eine schöne Zeit ohne EU-Programme und -Projekte haben können. Und das funktioniert deshalb, weil die dänische Seite ein besonderes Interesse daran hat, sich an unseren Studiengängen zu beteiligen, weil das für sie zusätzliche Einnahmen bedeutet. Das heißt, die dänischen Hochschulen bekommen für jeden Absolventen staatliches Geld.

Professor Dr. Albert Löhr

Wie lösen Sie Konflikte, wenn es einen Krach gibt, wenn z.B. Studenten sich beschweren oder wenn bei den Lehrbeauftragten kaum Nachwuchs zu gewinnen ist?

Professor Dr. Heiner Dunkel

Wir haben natürlich eine formalisierte Konfliktregelung. Es gibt einen Leitungsausschuss als einen gemeinsamen Ausschuss der beiden Hochschulen, weil es nicht konfliktlos bleibt. Wir haben eine 10jährige Erfahrung. Die Erfahrung zeigt aber auch, dass die formalen Regelungen nicht helfen, wenn sie nicht Personen haben, die das tragen. Das ist ein

ganz wichtiger Punkt, dass heißt wir brauchen Menschen, die diese grenzüberschreitende Kooperation realisieren wollen, wir brauchen Menschen, die die Multikulturalität auch leben wollen.

Kommunikation über die Grenze: Am Beispiel des Sächsisch- Tschechischen Hochschulzentrums an der TU Chemnitz

Ilona Scherm

Technische Universität Chemnitz

Am 1. April 2003 nahm das „Sächsisch-Tschechische Hochschulzentrum (STHZ)“ an der Technischen Universität Chemnitz seine Arbeit auf. Es handelt sich dabei um ein Projekt der Europäischen Gemeinschaftsinitiative Interreg IIIA und ist vorerst bis September 2006 befristet. Der finanzielle Rahmen der Maßnahme beträgt 420.000 Euro, die zu 75% durch die Europäische Union und zu 25% Prozent von der Technischen Universität Chemnitz mitfinanziert werden.

Dem Projektbeginn war eine langwierige Antragsphase voran gegangen. Daneben hatte sich der Antragsteller, Professor Dr. Peter Jurczek (Professur für Sozial- und Wirtschaftsgeographie der TU Chemnitz), bereits seit Mitte der neunziger Jahre intensiv mit dem sächsisch-tschechischen und dem bayerisch-tschechischen Grenzraum beschäftigt und war unter anderem an mehreren Gutachten, Analysen und Veröffentlichungen dieser Region betreffend beteiligt.² Aus den theoretischen Konzepten und der Tatsache, dass sich Chemnitz in relativer Nähe zur nordböhmischen Grenze und damit im Realisierungsgebiet des INTERREG-Programms befindet, entstand schließlich die Idee, die theoretischen Überlegungen in die Praxis umzusetzen und auch auf universitärem Gebiet die Entwicklung über die Grenze voran zu bringen.

² Beachten Sie zu den Veröffentlichungen von Prof. Dr. Peter Jurczek die Übersicht am Ende des Kapitels, S. 61.

Bei der Auswahl geeigneter Partneruniversitäten in der Tschechischen Republik konnte auf bereits bestehende Beziehungen aus der Zeit vor 1989 zurückgegriffen werden. Bereits damals (ab 1986) hatte die Technische Universität (ab 1963) bzw. die Technische Hochschule Chemnitz Beziehungen zur Universität in Plzeň (jetzt: Západočeské univerzita v Plzně). Allerdings waren es zu jener Zeit vor allem die technischen Fächer wie Maschinenbau, die eine Kooperation pflegten. Nach der Wende orientierten sich allerdings diese Fächer sowohl in Tschechien als auch in Ostdeutschland verstärkt nach Westeuropa und den USA, so dass die Kontakte zu den „alten“ Partnern geringer wurden, obwohl nach wie vor eine Reihe tschechischer Studenten und Absolventen ihre Studien an der Fakultät für Maschinenbau absolvierten oder fortsetzten.

Als tschechische Partner für das aufzubauende Netzwerk im Rahmen des „Sächsisch-Tschechischen Hochschulzentrums“ wurden neben der Westböhmischen Universität in Plzeň mit der Außenstelle der Ökonomischen Fakultät in Cheb in erster Linie solche gewählt, die von der geographischen Lage nahe dem deutschsprachigen Ausland liegen. Es sind dies die J.-E.-Purkyně-Universität in Ústí nad Labem (zugleich Partnerstadt von Chemnitz), die Technische Universität in Liberec, die Südböhmische Universität in České Budějovice und die Masaryk-Universität in Brno. Um die zentrale Funktion von Prag zu berücksichtigen, wurden auch die Karls-Universität sowie die Vysoká škola ekonomická als Partner aufgenommen.

Aus der neuen Schwerpunktsetzung der TU Chemnitz, Europastudien Mittelosteuropas mit kulturwissenschaftlicher, sozialwissenschaftlicher oder wirtschaftswissenschaftlicher Ausrichtung einzurichten, ergaben sich die Fächer aus der philosophischen und der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät als Ansprechpartner für das zu gründende Hochschulzentrum. Schließlich waren es zwanzig Professuren aus den beiden genannten Fakultäten, die Interesse an einer sinnvollen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit tschechischen Partnern zeigten oder diese bereits praktizierten und sie nun vertiefen wollten.³

³ Eine Übersicht über die am STHZ beteiligten Professuren findet sich auf der Projekt-Homepage unter: <http://www.tu-chemnitz.de/phil/geographie/sthz/Tagungen.html>

Um das Projekt auch innerhalb der Region Südwestsachsen zu verankern, wurden Kooperationsverträge mit der Industrie- und Handelskammer Südwestsachsen in Chemnitz und der Initiative Südwestsachsen e.V. geschlossen. Letztere hat es sich zum Ziel gesetzt, Potentiale in Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Kunst, Kultur und Tourismus stärker zu bündeln, um Südwestsachsen als zukunftsorientierte Wachstumsregion im Herzen Europas besser zu vermarkten und interne Netzwerke aufzubauen.

In Zusammenarbeit mit und auf Wunsch der beiden genannten regionalen Partnern organisierte das STHZ im Mai 2004, knapp drei Wochen nach dem EU-Beitritt der Tschechischen Republik, eine Tagung mit dem Titel „Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Grenzraum Südwestsachsens und Nordwestböhmens – nach dem EU-Beitritt der Tschechischen Republik“⁴ und brachte den Teilnehmern Informationen aus erster Hand von Seiten der Praxis und der Wissenschaft.

Während der gesamten Laufzeit des Projektes gehört die Organisation von 12 Fachtagungen zu den bedeutendsten Aktivitäten des Sächsisch-Tschechischen Hochschulzentrums. Diese werden von rund 20 Professuren der TU Chemnitz zusammen mit ihren Partnereinrichtungen verschiedener tschechischer Hochschulen durchgeführt und beziehen folgende Wissenschaftsdisziplinen ein:

- Sozialwissenschaften
- Sprachwissenschaften
- Verwaltungswissenschaften
- Erziehungswissenschaften
- Rechtswissenschaften
- Kulturwissenschaften
- Geschichtswissenschaften
- Literaturwissenschaften
- Volkswirtschaftslehre
- Betriebswirtschaftslehre
- Politikwissenschaften
- Regionalwissenschaften

⁴ <http://www.tu-chemnitz.de/phil/geographie/sthz/wtihk/index.html>

Was die wichtigsten organisatorischen Eckpunkte der Fachtagungen angeht, so erstrecken sich diese über drei Tage. Die Tagungsbeiträge (Vorträge und Diskussionen) werden von professionellen Dolmetschern übersetzt. Als Richtzahl ist von 60 Teilnehmern auszugehen, im Idealfall zur Hälfte Dozenten und Studierende aus Sachsen, die andere Hälfte von den tschechischen Partneruniversitäten. Als Standorte werden bewusst Hotels im „Realisierungsgebiet“ gewählt, das heißt aus den grenznahen Landkreisen der südwestsächsischen Euroregionen Egreensis und Erzgebirge. Auf Grund der Förderrichtlinien des Projektes ist es nicht möglich, Tagungen auch auf der tschechischen Seite durchzuführen.

Was die inhaltliche Seite der Tagungen betrifft, so werden die Programmpunkte von den jeweiligen Tagungsleitern in Rücksprache und Zusammenarbeit mit dem STHZ erarbeitet. Die Tagungsergebnisse werden veröffentlicht, teils als Online-Publikationen, teils in gedruckter Form.

Die Konzeption des Sächsisch-Tschechischen Hochschulzentrums beinhaltet sowohl Probleme als auch Chancen. Die größte Schwierigkeit besteht in der Vorfinanzierung der Maßnahme durch die TU Chemnitz. Neben dem zu erbringenden Eigenanteil von 25% müssen die Gelder für das Projekt zunächst vorgestreckt und dann im Rahmen akkurater Einzelabrechnungen erst wieder eingefordert werden. Des ungeachtet unterstützt die TU Chemnitz das Projekt sehr stark und über das Soll hinaus, beispielsweise durch die Gewährung von zusätzlichen Haushaltsmitteln für studentische Hilfskräfte, welche im Projektantrag nicht vorgesehen waren. Hier zeigt sich ein weiteres Problem: Manche Sachverhalte waren während der Beantragung nicht oder nicht genügend in Betracht gezogen worden. So waren die Dolmetscherleistungen für die Fachtagungen einfach zu gering kalkuliert und auch die Mittel für die in Teilzeit beschäftigte Mitarbeiterin reichen bei Weitem nicht aus, um die anfallenden Arbeiten ohne (unbezahlte) Überstunden erledigen zu können.

In der alltäglichen Zusammenarbeit mit den tschechischen Partnern gibt es Probleme auf dem Gebiet der interkulturellen Kommunikation, wie es bei vielen grenzüberschreitenden Projekten der Fall ist. Dazu kommt die Sprachbarriere: Bei den Fachtagungen stehen zwar zwei hoch qualifi-

zierte Dolmetscher zur Verfügung, um Vorträge und Plenarbeiträge simultan zu übersetzen. Für die tägliche Arbeit konnte eine tschechische Studentin zum Übersetzen der Korrespondenz gewonnen werden, aber im Gespräch mit den Partnern vor Ort stößt man dann doch an die Grenzen der Kommunikation, und ein Ausweichen auf die „lingua franca“ Englisch erleichtert die Verhandlungen zwischen den Partnern nicht immer.

Die gewährten Gelder für die Errichtung einer Grundinfrastruktur für das Hochschulzentrum (in Form von Büro- und Besprechungsräumen) sind dagegen ebenso unter den Pluspunkten des Projektes einzureihen wie die eingeplanten 10.000 Euro für jede Fachtagung. Die interdisziplinäre Ausrichtung dieser Konferenzen als Grundlage der weiteren Zusammenarbeit oder als Anstoß für neue sächsisch-tschechische Projekte der beteiligten Lehrstühle wird von beiden Seiten positiv bewertet.

Einen weiteren großen Vorteil bietet die mit Projektmitteln großzügig ausgestattete „Sächsisch-Tschechische Fachbibliothek (STFB)“. Bis zum Projektende im September 2006 sollen rund 5.000 Bände angeschafft werden. Vorrangig handelt es sich dabei um Literatur mit regionaler Ausrichtung auf Sachsen und die Tschechische Republik, wobei von der Belletristik über Reiseführer bis hin zu Sachbüchern verschiedener Themenbereiche bereits jetzt zahlreiche Neuerscheinungen vorhanden sind. Daneben stehen Monographien zum Thema der EU-Erweiterung mit Bezug auf Sachsen und/oder Tschechien auf der Anschaffungsliste, natürlich Spezialwörterbücher, und Fachbücher in tschechischer Sprache. Diese werden nicht nur von den Studenten oder Dozenten der TU Chemnitz genutzt; im Rahmen der Fernleihe gehören auch Besteller aus ganz Sachsen und aus Tschechien zu den Nutzern. Auf der Homepage des Projektes können die aktuellen Neuzugänge der Fachbibliothek eingesehen werden.⁵

Für die verbleibende Laufzeit des Projektes sind weitere Fachtagungen geplant, der Bekanntheitsgrad des STHZ soll durch Vorträge, Publikationen und aktive Teilnahme an Veranstaltungen mit grenzüberschreitender Thematik noch verstärkt werden. Der Ausbau der Fachbibliothek wird

⁵ http://www.bibliothek.tu-chemnitz.de/STHZ/sthz_medien.html

forciert, und die am STHZ beteiligten Lehrstühle werden sich um verschiedene Formen der Zusammenarbeit mit ihren tschechischen Partnern bemühen, etwa in Form von Studenten- oder Dozentenaustausch oder der Durchführung gemeinsamer Fachexkursionen.

Diskussion

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Warum haben Sie den Standort in Sachsen gewählt? Warum machen Sie nicht auch auf der tschechischen Seite ein paar Tagungen?

Ilona Scherm

Es handelt sich um sächsisches Geld oder Geld, das Sachsen aus Brüssel bekommen hat, und wir dürfen das Geld nur in Sachsen ausgeben. Wir gehen ins strukturschwache Grenzland und schauen, was dann aus diesem Geld in den strukturschwachen Regionen ausgegeben werden kann. Aber wir dürfen in Tschechien keine Veranstaltung durchführen. Leider.

Ulrich Räther

Haben Sie denn das Gefühl, dass so auch nachhaltige Strukturen entstehen? Wird das auch weiter laufen, wenn INTERREG ausläuft?

Ilona Scherm

Ein nachhaltiges Ergebnis wird die Fachbibliothek sein. Diese 5.000 Bücher im Wert von 140.000 Euro werden nach dem Ende des Projektes unseren Studenten und der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Vielleicht bleiben auch die grenzüberschreitenden Kontakte zwischen unseren Studierenden und unseren Dozenten. Jetzt gibt es schon einzelne Projekte zwischen Lehrstühlen und Fakultäten mit tschechischen Partnern. Und wir bemühen uns natürlich um eine weitere Förderung aus anderen Töpfen. Wir wollen schon über 2006 hinaus aufbauen, und nicht, dass das Ganze irgendwo mitten drin stecken bleibt.

Professor Dr. Penka Angelova

(BRIE-Rousse, Bulgarien)

Welche Inhalte stehen bei Ihnen im Mittelpunkt?

Ilona Scherm

Es ist kein Studiengang, sondern wir haben 20 Professoren aus der Philosophischen Fakultät und der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in diesem Zentrum gebündelt, die vor allem in den Studiengängen der Europastudien an der TU Chemnitz aktiv sind, aber eben nicht nur dort, denn neben unseren Europastudien existieren Studiengänge wie Internationale Politik, Soziologie und Geographie.

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Eine sehr intime Frage an Sie: was haben Sie davon, dass Sie das machen? Meine Erfahrung besagt, dass wenn eine Institution nichts davon hat, dann wird sie sich einer Sache nicht annehmen. Was ist das egoistische Interesse der TU Chemnitz?

Ilona Scherm

Mein Chef, Professor Jurczyk, Sozial- und Wirtschaftsgeograph, der das Projekt eingereicht hat, hat gesagt, er wollte endlich einmal in die Praxis umsetzen, was er seit Jahren von den Ministerien und verschiedenen Stellen in seinen Gutachten fordert: Selber mal ein INTERREG IIIA Projekt durchzuführen, bestehende Partnerschaften festigen und auch die Kollegen von verschiedenen Studiengängen ermutigen, selbst Projekte zu schreiben. Ich sehe nun, wie schwierig es ist, 20 Professoren immer wieder hinterher zu rennen und sie praktisch anzutreiben: Wie weit seid Ihr? Das ist schon eine Aufgabe, die entsprechenden Akteure immer wieder bei der Stange zu halten.

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Sie sagten, die Universität greift Ihnen mit einer Referentenstelle unter die Arme und finanziert das Dolmetschen.

Ilona Scherm

Der Dezernent für Haushalt und Wirtschaft, der unserem Projekt sehr wohl gesonnen ist, sagt, die Gelder, die Ihr im Projekt für die Simultanübersetzung habt, reichen nicht aus, wir nehmen das in den Uni-Haushalt hinein. Auch die studentischen Hilfskräfte haben wir von der Uni bekommen. Ich bin von dem Sächsischen Aufbauamt in Dresden angesprochen worden, das jetzt die INTERREG-Finanzierung bei uns zentral vermittelt, dass die Tschechischen Universitäten animiert werden sollen, auch mit uns INTERREG IIIA Fördermittel zu beantragen. Das Problem bei unseren tschechischen Kollegen ist, dass sie durch das Antragsverfahren abgeschreckt werden. Es kennt sich auch bei den Behörden in Tschechien noch keiner aus. Und das größte Problem für unsere tschechischen Kollegen an den Universitäten ist der finanzielle Eigenanteil.

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Wer von Ihnen hat Erfahrungen mit einer praktikablen Lösung, wie man Lehrveranstaltungen simultan dolmetschen kann?

Dr. Christian Bremen

Wir machen das in Aachen ganz unkompliziert und haben eine sehr billige Lösung gefunden. Wir fragen unsere Studierenden. Zurzeit haben wir unter unseren Studierenden viele Sprachwissenschaftler. Wir haben Germanisten aus Ungarn und aus Polen, die diese Aufgabe sozusagen als freiwilliges Sprachpraktikum betrachten. Wir haben auch keine Beschwerden der Teilnehmer über die Qualität gehört.

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Es ist durchaus schwierig, sagen wir, eine Vorlesung von Beginn bis Ende simultan zu dolmetschen. Es ist eine hohe Kunst. Wir würden es nicht wagen, von unseren Studenten der Kulturwissenschaften Übersetzungen dieser Art vornehmen zu lassen.

Dr. Christian Bremen

Ein konkretes Beispiel. Wir haben vor zwei Jahren eine EU-Konferenz in Aachen durchgeführt, die von unseren Studenten gedolmetscht worden ist. Und alle waren hoch zufrieden.

Ulrich Räter

Der Unterschied ist, dass Sie, Herr Bremen, immer von einzelnen Events sprechen, wo es so funktioniert, während Herr Wojciechowski eine strukturelle Lösung für dieses Problem sucht. Und damit überfordert man die Studierenden wirklich, denke ich.

Es seien hier nur einige der zahlreichen Veröffentlichungen genannt, die Prof. Dr. Peter Jurczek, teils in Zusammenarbeit mit tschechischen Kollegen, in der Mitte der neunziger Jahre im Bereich der grenzüberschreitenden Entwicklung in Nordbayern, Südwestsachsen und Nordwestböhmen verfaßt hat:

- Jurczek; Peter: Grenzüberschreitende Entwicklungskonzepte und deren Umsetzung: das Dreiländereck Bayern - Sachsen - Böhmen als Beispiel; in: Beiträge zur Angewandten Sozialgeographie, S. 180-187, Augsburg 1993.
- Ders.: Přeshraniční regionální Rozvoj bavorsko-sasko-českého Pohranicí (Grenzüberschreitende Regionalentwicklung im bayerisch-sächsisch-tschechischen Grenzraum); in: Miscellanea Geographica, H. 1, S. 19-23, Plzen/Pilsen 1993.
- Ders.: Trilaterales Entwicklungskonzept für Nordostbayern, das Sächsische Vogtland und Nordwestböhmen; in: Oberfranken Journal, Bayreuth 1993.
- Ders.: Entwicklungskonzept für die Heilbäder und Kurorte im Dreiländereck Bayern - Sachsen - Böhmen, Bayreuth 1993.
- Ders.: Grenzübergreifendes Aktionsprogramm für die Euregio/Euroregio Egrensis. Dresden/Erfurt/ München/Praha 1994.
- Ders.: Trilaterales Entwicklungskonzept für den bayerisch-sächsisch-tschechischen Grenzraum (Nordostbayern-Sächsisches Vogtland - Nordwestböhmen)*, Chemnitz 1995.
- Ders.: Ansätze zur grenzüberschreitenden Entwicklung in der Euregio Egrensis; in: Frankfurter Wirtschafts- und Sozialgeographische Schriften, H. 67 (1995), S. 109-137.
- Ders.: Möglichkeiten und Schwierigkeiten der grenzüberschreitenden Entwicklung sowie Formen der grenzübergreifenden Kooperation im sächsisch-bayerisch-tschechischen Dreiländereck; in: Geographische Grenzraumforschung im Wandel = Praxis Kultur- und Sozialgeographie, H. 15 (1996), S. 35-42
- Ders.: Regionale Entwicklung über Staatsgrenzen (Hrsg.), Kronach/München/Bonn 1996.

Ders.: Planungsvorschläge für Nordostbayern aus der Sicht kommunaler und regionaler Entscheidungsträger im Rahmen des Trilateralen Entwicklungskonzeptes, Chemnitz 1996.

Ders.: The Inception of a Joint Development concept in the Bavaria-Saxonia-Bohemia Triangle; in: Occasional Papers, Joensuu 1996.

Ders.: Objectives and perspectives of the trans-border co-operation; in: The Situation and Perspectives of Trans-border Development and Co-operation of Border-regions in Germany, Poland, Slovakia and the Czech Republic, Gliwice 1997.

Erfahrungen beim Einsatz einer Breitband-Richtfunkverbindung zwischen dem Collegium Polonicum und der Europa- Universität Viadrina

Dr. Werner Fitzner

Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)



	EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA  FRANKFURT (ODER)	
<p>Gliederung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Einordnung des Projektes* 2. Die Europa- Universität Viadrina 3. Das Collegium Polonicum 4. Die IuK- Infrastruktur der Europa- Universität Viadrina 5. Die organisatorische und technische Lösung des Projektes 6. Zusammenfassung und Schlußbemerkungen <p><small>*ausgehend von der Installation der Richtfunkverbindung im Jahre 1996</small></p>		
Dr.- Ing. W.Fitzner	Fachreferat Allgemeine Datenverarbeitung - ADV	Stuhico, 13.11.2004

	EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA  FRANKFURT (ODER)	
<p>Die Zusammenarbeit des Collegium Polonicum und das Fachreferat Allgemeine Datenverarbeitung umfaßte in den zurückliegenden zehn Jahren im wesentlichen drei Punkte:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Aufbau einer Richtfunkverbindung* Interreg II 1995 2. Installation eines SB- Terminals für die SmartCard- Technologie Leihgabe aus dem Haushalt 1999 2. Aufbau eines „Datenaustauschservers“ Novell- Technik Interreg II 2000 <p><small>*Der Vortrag basiert auf einen Beitrag der 1997 in Grenoble anlässlich der EUNS- Tagung (European University Information System) gehalten wurde und orientiert sich an dem Projekt der Richtfunkverbindung. Die Installation dieser Richtfunkverbindung ist von grundsätzlicher Bedeutung für die IuK- Information zwischen dem CP und der EUV.</small></p>		
Dr.- Ing. W.Fitzner	Fachreferat Allgemeine Datenverarbeitung - ADV	Stuhico, 13.11.2004



EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA



FRANKFURT (ODER)



Karte der Fördergebiete im Rahmen der regionalen Ziele der Strukturfonds

Strukturelle Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand

Neue Bundesländer (Deutschland)

Land Brandenburg

Portugal / Spanien / Irland / Schottland / Süditalien / Griechenland

Dr.-Ing. W.F. Ritzner
Fachreferat Allgemeine Datenverarbeitung - ADV
Stuhico, 13.11.2004

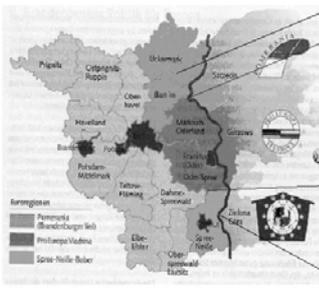


EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA



FRANKFURT (ODER)

**DIE DREI EUROREGIONEN
LAND BRANDENBURG**



POMERANIA

PRO EUROPA VIADRINA
 GORZÓW
 MÄRKISCH-ODERLAND
 ODER-SPREE

SPREE-NEISSE-BOBER

Dr.-Ing. W.F. Ritzner
Fachreferat Allgemeine Datenverarbeitung - ADV
Stuhico, 13.11.2004

		EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA  FRANKFURT (ODER)	
INTERREG II Gemeinschaftsinitiative zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen gemeinschafts-internen Grenzgebieten zur Belebung der Gebiete an den Außengrenzen der Gemeinschaft			
Gemeinschafts- initiativen 1994- 1999	Geplante finanzielle Mittel für das Land Brandenburg	Zuständiges Ministerium	
INTERREG II*	99,40 MIO. ECU	Ministerium der Justiz und für Bundes- und Europa- angelegenheiten (Koordination)	
<small>Dr.- Ing. W. Fitzner</small>		<small>Fachreferat Allgemeine Datenverarbeitung - ADV</small>	
<small>Stühico, 13.11.2004</small>			

		EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA  FRANKFURT (ODER)	
DAS PROFIL			
		Fakultäten:	
		Rechtswissenschaftliche Fakultät	
		Kulturwissenschaftliche Fakultät	
		Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	

		Anzahl Studierende:	ca. 4800
<small>Dr.- Ing. W. Fitzner</small>		<small>Fachreferat Allgemeine Datenverarbeitung - ADV</small>	
<small>Stühico, 13.11.2004</small>			

	EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA  FRANKFURT (ODER)	
DAS PROFIL	Institute und Zentraleinrichtungen	
 	<p>Frankfurter Institut für Transformationsstudien- F.I.T. Forschungsschwerpunkt: Analyse der Transformation von Wirtschafts- und Sozialsystemen</p> <p>Interdisziplinäres Zentrum für Ethik- IZE Forschungsschwerpunkt: Grundsätzliche Fragen der Ethik in der Wissenschaft</p> <p>Heinrich- von- Kleist- Institut für Literatur und Politik Forschungsschwerpunkt: Zusammenhang Literatur und Politik Ästhetik in Literatur und Politik Fragen zur Macht der Medien</p> <p>Universitätsbibliothek Sprachenzentrum Fernstudienzentrum</p>	
<small>Dr.- Ing. W.F. Ritzner</small>	<small>Fachreferat Allgemeine Datenverarbeitung - ADV</small>	<small>Stuhico, 13.11.2004</small>

	EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA  FRANKFURT (ODER)	
Ansicht: <u>Europa- Universität Viadrina und Collegium Polonicum</u>		
	<p>Collegium Polonicum</p> <p>Richtfunkstrecke</p> <p>Europa-Universität Viadrina</p>	
<small>Dr.- Ing. W.F. Ritzner</small>	<small>Fachreferat Allgemeine Datenverarbeitung - ADV</small>	<small>Stuhico, 13.11.2004</small>

	EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA  FRANKFURT (ODER)	
<h3><u>Das Collegium Polonicum</u></h3> <p> Studiengänge zur Ergänzung an der EUV und der AMU Förderung der wissenschaftlichen Begegnung Polen-Deutschland Förderung des Wissens über Polen und Osteuropa Förderung der Idee des vereinten Europa Untersuchung interkultureller Kommunikationen zwischen Ost- und Ostmitteleuropa Rechts- und Verfassungsvergleich Sprachkurse in Polnisch und Deutsch </p>		
Dr.-Ing. W. Fitzner	Fachreferat Allgemeine Datenverarbeitung - ADV	Stuhico, 13.11.2004

	EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA  FRANKFURT (ODER)	
<h3><u>Der Neubau des Collegium Polonicum</u></h3>		
	Die EU stellt Mittel aus dem PHARE-Programm (23,5 MIII. DM)	
	INTERREG II Unterstützt die Zusammenarbeit CP und EUV (8 MIII. DM)	
	Finanzmittel der Regierung der Republik Polen (30 MIII. DM)	
	Finanzmittel des Landes Brandenburg	
	Stiftung Deutsch- Polnische Zusammenarbeit (12 MIII. DM)	
Dr.-Ing. W. Fitzner	Fachreferat Allgemeine Datenverarbeitung - ADV	Stuhico, 13.11.2004

EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA FRANKFURT (ODER)

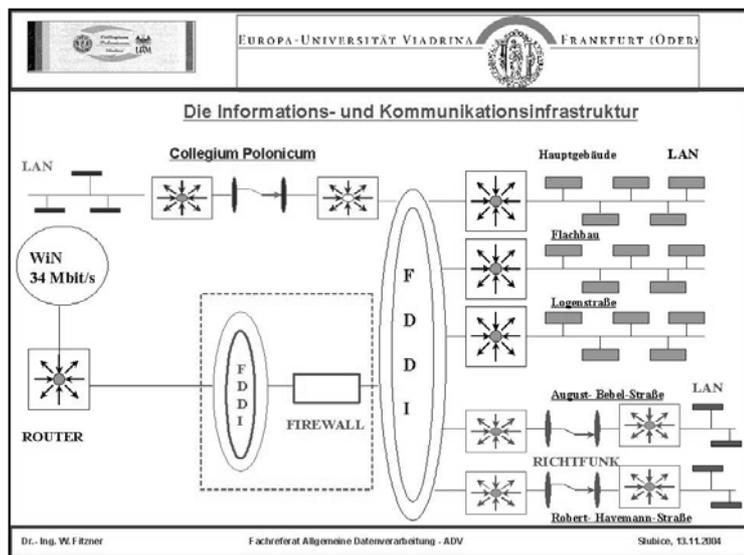
CP und Adam-Mickiewicz-Universität Posnan

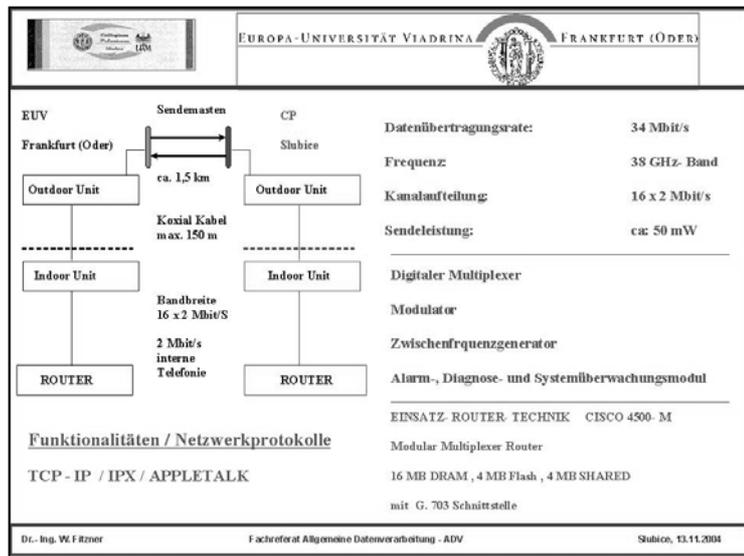
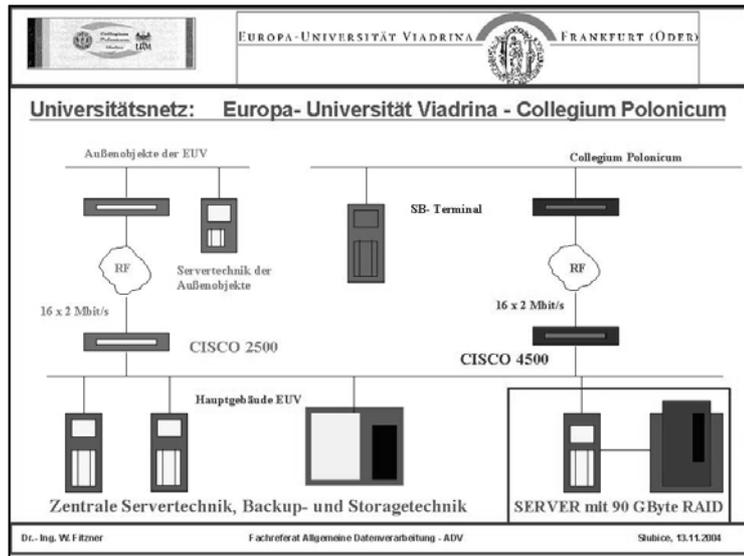


Fakultäten:

- Biologie
- Chemie
- Physik
- Mathematik und Informatik
- Philologie der neuen Sprachen
- Polnische und Klassische Philologie
- Geschichte
- Sozialwissenschaften Pädagogik
- Rechts- und Verwaltungswissenschaften

Dr.-Ing. W.F. Ritzner Fachreferat Allgemeine Datenverarbeitung - ADV Stuhico, 13.11.2004





	EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA		FRANKFURT (ODER)
---	-----------------------------	---	------------------

Beispiel der Zusammenarbeit: Zeitlicher Ablauf des Projektes

1.	Planung der Finanzen - INTERREG II	November	1996
2.	Bildung der Arbeitsgruppe	Januar	1997
3.	Definition der technischen Parameter Ausschreibung der Technik	Mai	1997
4.	Vergabe des Auftrages	Juni	1997
5.	Beginn der Montage	Juli	1997
6.	Geplante Inbetriebnahme	Oktober	1997
7.	Probetrieb	Dezember	1997

Dr.-Ing. W. Fitzner Fachreferat Allgemeine Datenverarbeitung - ADV Stahico, 13.11.2004

	EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA		FRANKFURT (ODER)
---	-----------------------------	---	------------------

Beispiel der Zusammenarbeit: Inhalt der Arbeit der Arbeitsgruppe

1. Organisatorischer und technischer Projektentwurf
2. Organisation und Koordinierung der Zusammenarbeit CP und EUV
3. Gründung und Leitung der Arbeitsgruppenarbeit
4. Schrittweise Projektrealisierung
5. Abschluß einer Vereinbarung zwischen den Rektoren
6. Antragsbearbeitung bei allen Behörden (BAPT und PAR)
7. Finanz- und Vertragsbearbeitung
8. Vorbereitung der Applikationen in der Testphase

Dr.-Ing. W. Fitzner Fachreferat Allgemeine Datenverarbeitung - ADV Stahico, 13.11.2004

	EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA  FRANKFURT (ODER)	
Beispiel der Zusammenarbeit: Gemeinsame polnisch- deutsche Arbeitsgruppe		
<u>Permanente Mitglieder (6 Mitarbeiter)</u>		
Verwaltungsdirektor des Collegium Polonicum Mitarbeiter der Datenverarbeitung - CP Mitarbeiter der Bibliothek - CP		
Leiter des Fachreferates der ADV der Europa- Universität Viadrina Mitarbeiter- Netzadministration der ADV Mitarbeiter- Novelladministration der ADV		
<u>Temporäre Mitglieder (2 Mitarbeiter)</u>		
Leiterin der Bibliothek des CP Stellvertretender Leiter der Universitätsbibliothek der EUV		
Dr.- Ing. W. Fitzner	Fachreferat Allgemeine Datenverarbeitung - ADV	Stuhico, 13.11.2004

	EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA  FRANKFURT (ODER)	
<u>Beispiel der Zusammenarbeit: Projekterfahrungen</u>		
<ol style="list-style-type: none"> 1. Objektive Notwendigkeiten der Zusammenarbeit in der Grenzregion bewußt organisieren (Wirtschaft / Wissenschaft / Kultur) 2. Koordinierung der Initiativen auf allen Ebenen (Europapolitik / Deutschland und Polen / Land Brandenburg / MWFK / Universität) 3. Kontakte der beteiligten Einrichtungen und der Menschen fördern - universitäre Zusammenarbeit fördern (Konkrete, bedarfsgerechte, qualifizierte Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch) 4. Vereinfachungen der Zusammenarbeit EU- Ostmitteleuropa (staatliche oder zwischenstaatliche Einrichtungen schrittweise und umfassend verbessern) 5. Sehr gute Zusammenarbeit mit den beteiligten Mitarbeitern und Einrichtungen 		
Dr.- Ing. W. Fitzner	Fachreferat Allgemeine Datenverarbeitung - ADV	Stuhico, 13.11.2004

	EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA		FRANKFURT (ODER)
<u>Ausblick zur Zusammenarbeit: Stand 1997</u>			
<u>Applikationen</u>			
Nutzung der Bibliothekskataloge - Katalogverbund CP und EUV			
Online- Dienste für Rechtswissenschaftliche Fakultät*			
Visualisierung von Daten der Kulturwissenschaftlichen Fakultät*			
Projekte für Teleteaching und Distance Learning*			
Multimedia- Projekte*			
Sprachausbildung*			
* Keine inhaltliche Realisierung in den folgenden Jahren			
<u>Zusammenarbeit Polen - Deutschland</u>			
Möglichkeiten der Zusammenarbeit NASK und DFN			
Teilnahme am Projekt TEN- 34 bzw. GEANT			
Dr.- Ing. W. Fitzner	Fachreferat Allgemeine Datenverarbeitung - ADV		Stübico, 13.11.2004

	EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA		FRANKFURT (ODER)
TRANS- UNI			
12. – 14. November 2004			
Europa- Universität Viadrina		Dr.- Ing. Werner Fitzner	
Große Scharmstraße 59 Fachreferat ADV D- 15230 Frankfurt (Oder)		e-mail: fitzner@euv-frankfurt-o.de fon: 49 (0335) 5534 4239	
Postfach 776 Fachreferat ADV D- 15207 Frankfurt (Oder)		fax: 49 (0335) 5534 4415	

Diskussion

Brankica Micovic M.A.

(jetzt Assenmacher, Hochschulrektorenkonferenz)

Ich wüsste gerne, ob jemand ein Rezept dafür hat, wie man die Fahrtkosten zu Koordinierungstreffen einsparen bzw. verringern könnte?

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Die Fahrtkosten? Wir bevorzugen das Beamen. Aber im Ernst: eine praktische Methode der Einsparung dieser Kosten kennen wir nicht.

Brankica Micovic M.A.

Es ist nicht in allen grenzüberschreitenden Projekten so, dass man sich schnell treffen kann. So ist es z.B. bei unserem Rumänisch-Bulgarischen Projekt, so, dass wir aus Deutschland anreisen müssen, und das kostet natürlich sehr viel.

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Das ist ein Problem, das wir in der Zukunft lösen wollen. Wir haben auch große Fahrtkosten. Die Dozenten aus Poznań reisen zu den Veranstaltungen an, und jedes Mal ist es eine Dienstreise von über 200 km. Das sprengt langsam unseren Haushalt. Wir versuchen, das an die Zentrale abzuwälzen oder an die Fakultäten. Aber irgendwie ist es so, dass die Kosten immer zu unserem Haushalt zurückkommen. Auch wenn wir Geld mit Fernstudiengängen verdienen – das geht an die Fakultäten oder die Zentrale, so kommen aber die Kosten immer wie ein Bumerang zu uns zurück. Deshalb haben wir uns gedacht, dass wir vielleicht einen Teil der Vorlesungen, die im Grunde genommen egal wo stattfinden könnten – Frankfurt, Słubice oder Poznań - einfach übertragen könnten. Und wir arbeiten mit Herr Dr. Fitzner jetzt daran, eine Video-Brücke Frankfurt-Słubice-Poznań aufzubauen. Die Arbeit ist konzeptuell sehr weit fortgeschritten, und die Finanzierung steht in Aussicht. Herr Fitzner wird die Anträge stellen, aber es fehlt ein Element, nämlich eine Standleitung zwischen Słubice und Poznań. Per Internet wäre es etwas zu langsam und zu teuer. Wir brauchen ein Lichtwellenkabel nur für das Universitätsnetz.

Und dieses Kabel wird aus Poznań in unsere Richtung gezogen. Es ist schon in Gorzów. Das ist 80 km von hier entfernt. Nächstes Jahr soll es hier ankommen. Und dann wird es hoffentlich so sein, dass die Studenten des Studienganges z.B. Bachelor of German and Polish Law, in einem Hörsaal der Viadrina bzw. bei uns im Collegium Polonicum sitzen und eine Vorlesung über polnisches Verfassungsrecht oder polnisches Zivilrecht aus Poznań anhören. Diese Vorlesung ist ein Bestandteil der Juristenausbildung in Poznań, muss aber nicht mit einer Dienstreise nach Stubice wiederholt werden. Wir wissen allerdings nicht, ob die Studenten nach diesem „Sparkurs“ vor dem Bildschirm genau so viel wissen werden, wie bei Vorlesungen mit persönlichem Kontakt oder ob sie dann überhaupt zu der Vorlesung erscheinen werden und ob die Qualität der Lehre stimmen wird. Das sind Fragen, die wir noch nicht beantworten können. Wir werden uns bemühen und warten, was kommen wird. Aber wie gesagt, das sehe ich als die einzige Möglichkeit, die Kosten zu reduzieren.

Frage aus dem Saal

Ich hätte noch einen Kommentar. Wenn man das zu Ende denkt, müssen die konkreten Organisationen überhaupt nicht mehr zusammenarbeiten. Man wird ein Video von einem renommierten Professor aufnehmen, und Millionen von Studenten werden nach diesem Video polnisches Recht lernen.

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Es gibt eine Grenze, wo die technische Machbarkeit auf die Natur des Menschen stößt. Das Wissen ist etwas, was - so zu sagen - Körper haben muss: Emotionen, eine sinnliche Grundlage, der Geruch des anderen... Dann ist es echtes Wissen. Aber es gibt, sagen wir einen Randbereich, den man noch nutzen kann und wo man diese technischen Möglichkeiten noch ausschöpfen kann. Für realistisch halte ich folgendes: im Semester gibt es 15 Vorlesungen, 10 werden per Video übertragen, 5 persönlich hier vor Ort mit Konsultationen abgehalten. So ist immerhin die Reduzierung der Kosten um zwei Drittel möglich. Irgendetwas muss man unternehmen, sonst werden wir uns kaputt zahlen.

Dr. Heidi Fichter-Wolf

(Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner)

Ich habe eine Frage zu ihrer kommunikationstechnischen Lösung. Habe ich das richtig verstanden, dass diese innovative technische Lösung, die Richtfunkstrecke, nur deshalb möglich ist, weil es über der Oder keine Barriere gibt?. Der Strahl stößt auf keinen Widerstand. Kann man nicht einen ausreichend hohen Mast bauen, um die Strecke Frankfurt-Poznań zu bedienen?

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Dieser Sender arbeitet mit sehr kurzen Frequenzen. Man weiß: je kürzer die Frequenz, desto geringer der Umfang der Übertragung. Man kann das z.B. nicht zwischen Frankfurt und Erkner machen. Zweitens: die Radiowellen breiten sich nicht schnurgerade aus. Sie prallen von atmosphärischen Schichten ab, und dadurch könnten Sie auch den Erdball umkreisen. Also theoretisch sind alle Hindernisse zu überwinden. Wenn es allerdings einen Kirchturm auf der Strecke gäbe, dann wäre die Übertragungskapazität natürlich wesentlich eingeschränkt. Das ist es, wovor wir Angst haben. Intensiver Schneefall, Regen, Hagel könnten die Übertragung stören. Unsere Richtfunkstrecke ist nun schon 6 Jahre in Betrieb, und kein einziges Mal kam es zu Störungen. Es gab ein einziges Mal ein software-technisches Problem. Wir sind mit dieser Richtfunkstrecke sehr zufrieden. Allerdings hat sie ihre Kapazitäten ausgeschöpft und zwar durch die Wohnheime. In den Wohnheimen auf der polnischen Seite wohnen 1500 Studenten, und alle wollen kostenlos im Internet surfen. Und im diesen Jahr mussten wir ihnen leider diese Möglichkeiten sperren, weil sie den Telefonbetrieb lahm gelegt haben. Nun wird eine ganz andere Lösung für die Studenten angestrebt. Die Studenten gründen einen Verein, kaufen die technische Ausstattung und so entsteht ein regionales Wireless-Lan. Eine kabellose Verbindung Frankfurt – Słubice. Und so werden die Studenten das Internet benutzen können.

Professor Dr. Penka Angelova

Ich möchte auf eine Frage zurückkommen. Es ist sehr schön, wir reden über große Schritte in die Zukunft, von Vorlesungen und von Konferenzen per Video oder Bildschirm. Aber die leibliche Präsenz möchte ich doch

hervorheben. Sie spielt eine wichtige Rolle gerade bei organisatorischen Treffen. Wenn man sich nicht gegenseitig erlebt hat, wenn man sich auch nicht gegenseitig geärgert hat, wenn es nur Kontakte per Mail gab, dann hört die Verbindung auf. Dann funktioniert es einfach nicht.

Brankica Micovic M.A.

Natürlich sollten wegen der Fahrtkosten die Kontakte nicht weniger werden. Da die Fahrkosten so hoch sind, sieht man sich noch seltener, als man sollte.

Professor Dr. Penka Angelova

Der Mailkontakt bleibt als Möglichkeit erhalten, auch wenn man sich trifft. Aber ansonsten ist es ziemlich kompliziert. Und was Vorlesungen anbetrifft, würde ich sagen, es ist für die Studierenden eine Ehre, wenn ein Professor zu ihnen persönlich kommt. Bevor das Beamen eingeführt wird, sollten wir die Persönlichkeiten doch erst einmal einladen.

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Ich bin mit beiden Parteien einverstanden. Es ist natürlich so, dass die persönliche Präsenz durch nichts ersetzt werden kann. Aber auf der anderen Seite gibt es technische Möglichkeiten, die selbst etwas von diesem humanen Aspekt fördern. Wir sollten sie ausnutzen. Ein Beispiel aus meinem Privatleben. Mein Cousin studiert an der Viadrina. Seine Eltern wohnen in Warschau. Er selbst ist im Rahmen eines akademischen Austausches nach Bogota in Kolumbien gefahren. Und er ist ein Muttersöhnchen. Er war dort ein halbes Jahr. Nach 4 Monaten habe ich seine Mutter in Warschau besucht und fragte, wie sie die Trennung verkraftet. Und sie sagte, es sei kein Problem. „Wir sehen uns jeden Abend!“ Ich fragte „Was?“ Sie zeigte mir an dem Computer eine Minikamera für 160 Zloty. „Wir sprechen miteinander eine gute halbe Stunde jeden Abend! Ich spüre absolut keine Sehnsucht!“ Es ist etwas, was man nicht mythologisieren oder dämonisieren sollte, aber es ist eine technische Lösung, die man konstruktiv nutzen kann.

Heidi Fichter-Wolf

Ich denke, dass die persönlichen Kontakte sehr wichtig sind, aber man kann sie durch andere innovative Arbeitsformen kompensieren. Man müsste nur vielleicht eine Betreuung vor Ort in Form von Arbeitsgruppen gewährleisten. Die Studenten sollen einen Ansprechpartner haben, um Fragen stellen zu dürfen. Ich denke, wenn man solche innovativen Arbeitsformen findet, dann kann man die Reisekosten reduzieren, ohne dass die persönlichen Kontakte darunter leiden.

Finanzen grenzüberschreitend gemanagt

Dr. Günter Quiel

Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Am Anfang meiner Ausführungen möchte ich kurz darstellen, dass bereits im Gründungssenat der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) Anfang 1991 der polnische Vertreter, Professor Pfeiffer, den Aufbau eines Collegium Polonicum auf der anderen Oderseite thematisierte. Diese damalige Vision wurde von Menschen in Angriff genommen, die ein Zeichen für einen völlig neuen Anfang der Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem Gebiet setzen wollten. In dieser Phase suchte man Mitstreiter auf beiden Seiten, sowohl in Brandenburg als auch in Polen. Das Land Brandenburg und die polnische Republik gaben durch ihre Ministerpräsidenten politisch das Signal für diese Zusammenarbeit. Diese sollte in Form eines Staatsvertrages in seinen Einzelheiten geregelt werden. Dieser Vertrag, der schon seit mehreren Jahren unterschriftsreif beiden Seiten vorliegt, ist jedoch bisher nicht ratifiziert. Selbst dieser Sachstand hielt die Akteure der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) und der AMU Poznan nicht davon ab, die Aufgabe in die Hand zu nehmen und an ihrer Verwirklichung zu arbeiten. Hier seien stellvertretend und nachahmenswert die kostenfreie Bereitstellung von Grundstücken durch die Stadt Słubice für das Collegium Polonicum selbst, aber auch für einige Studentenwohnheime genannt. Später (nach 4 Jahren) wird sich dies als eine besondere Form der Schaffung von Arbeitsplätzen erweisen, denn heute sind mehr als 100 Bürger(innen) von Słubice und Umgebung am Collegium Polonicum und in den Studentenwohnheimen beschäftigt.

Ein jeder kann sich denken, wie schwierig ein derartiges Ansinnen in einer Stadtverordnetenversammlung durchzubringen ist. Die nächste Frage war, wie kann man diese Aufgaben finanzieren und organisieren. Hier sind in bewundernswerter Weise Maßnahmen auf polnischer Seite vorbereitet worden. Die Unterstützung kam dabei durch die Förder-

programme Phare/CBC, aber auch von der Gesellschaft für deutsch-polnischen Zusammenarbeit und weitere Geldgeber. Es wurde möglich, die Studentenwohnheime und das CP zu errichten. Die feierliche Eröffnung des CP fand am 12.10.98 statt. Mit dieser Feierstunde wurde gleichzeitig das akademische Jahr 1998/99 am CP eröffnet.

Im Rahmen der Aufgaben des CP wurden dabei folgende Studienangebote durch die EUV und die AMU Poznań angeboten:

- polnisches Recht im Rahmen des internationalen Magisterstudienganges,
- Politologie,
- Umweltschutz,
- Raumwirtschaft mit der Spezialisierung: Entwicklung und Erneuerung der Städte und Dörfer,
- Vergleichende Mitteleuropastudien (MA),
- Schutz europäischer Kulturgüter,
- Der Management und Marketing für Mittel- und Osteuropa (MBA),
- Modernes Stadtentwicklungsmanagement.

Parallel dazu wurde in all diesen Jahren, verstärkt und intensiviert ab 1996 im Rahmen der INTERREG-II-Förderung, auf der deutschen Seite die inhaltliche und personelle Vorbereitung insbesondere der Studiengänge für das CP umgesetzt.

Neben diesen inhaltlichen und wissenschaftlichen Aufgaben galt es aber auch die technisch organisatorischen Voraussetzungen der Zusammenarbeit, und hier besonders auf dem Gebiet der Informations-, Kommunikations- und Rechentechnik, als Voraussetzung für eine reibungslose Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Einrichtung in zwei Ländern zu schaffen. Nach vielen Vorschlägen erwies sich für die tagtägliche Information und Kommunikation die Telefon- und Datenübertragung über eine Richtfunkstrecke vom Hauptgebäude der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) zum CP als optimale Lösung. Diese elegante technische

Lösung erforderte einen Abgleich zwischen den polnischen und deutschen Telefonanbietern, so dass ein innerbetriebliches System geschaffen wurde, das nicht nur optimal, sondern zukünftig auch kostengünstig ist. Diese Lösung ist seit mehr als 8 Jahren völlig stabil und ermöglicht eine schnelle und reibungslose Arbeit.

Zur Nutzung von Ergebnissen der Lehre und Forschung der EUV für die gemeinsame wissenschaftliche Arbeit am CP war es notwendig, den Zugriff zu Datenbanken herzustellen. Dies erforderte eine entsprechende Servertechnik und zum anderen die erforderliche Sicherungstechnik. Diese technischen Voraussetzungen wurden dabei mit Mitteln der Europäischen Union beschafft und von allen Beteiligten, beginnend beim Fondsverwalter der Mittel bis zum Antragsteller EUV mit Umsicht und unter Abwägung aller Vorschriften geprüft und umgesetzt. Es musste dabei beachtet werden, dass die Technik in Deutschland oder Polen gekauft wird, da sie zum Einen ohne zusätzliche Schnittstellen/Anpassungstechnik nutzbar sein und zum Anderen die Bedingungen für Gewährleistungsansprüche erfüllen muss. All dies war auch noch mit den Vorschriften der deutschen Bürokratie, so z. B. konkret den Bedingungen bei Beschaffungen gemäß Verordnung zur Lieferung und Leistung, beim Kauf in Polen in Einklang zu bringen.

Dies wurde gelöst, in dem der Verwaltungsdirektor des CP einen Auftrag von der EUV zum Kauf unter Anwendung der deutschen Vorschriften, d. h. Einholung von Angeboten, öffentliche Ausschreibungen etc., erhielt. In die Entscheidung wurde die EUV einbezogen. Wurde der Kauf z. B. in Polen vollzogen, so war das Problem der Mehrwertsteuer (22 %) zu prüfen. War es unmöglich, die Mehrwertsteuer zurückzuerstatten, musste ein Antrag der EUV an das Finanzamt zur Nichtanwendung des § 4 des Einkommenssteuergesetzes gestellt werden. Einrichtungen des öffentlichen Rechts, so z. B. Universitäten, sind nicht Vorsteuerabzugsberechtigt. Diese zurückgeführten Mittel wurden zur Entlastung des Bewilligungsbetrages gegen gerechnet. Die so erworbene Ausstattung ist Eigentum der EUV und somit Bestandteil der Sachmittelverwaltung (Die Inventarordnung gilt uneingeschränkt). In dieser Phase wurden für das deutsche Personal ca. 20 Dauerarbeitsplätze (Möbel-, Büro- und Rechentechnik),

aber auch die Ausstattung für die Bibliothek (Regale, Literatur etc.) realisiert.

Die Europäische Gemeinschaft stellte dabei aus ihren Fonds für die Jahre 1996 – 2000 eine Gesamtsumme von ca. 10 Mio. DM zur Verfügung. Mit diesen Mitteln wurde es möglich, dass eine weitgreifende Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem Gebiet mit Unterstützung der beiden Universitäten, EUV und AMU, aufgebaut und entwickelt werden konnte. Die Wege, die dahin führten, waren bedingt durch die Grenzlage sehr schwierig.

Eine Vielzahl von Problemen trat auf, die tagtäglich einer Lösung bedurften. Die Grenzlage, verbunden mit der aufwendigen Pass- und Zollkontrolle verursachte an manchen Tagen Riesenschlangen von Grenzgängern, die ein reibungsloses Passieren der Studierenden und Mitarbeiter von Deutschland nach Polen und umgekehrt (manchmal mehrere Stunden) erschwerten, und die die Vision der gemeinsamen Aufgabe, wie z. B. Vorlesungen am CP bzw. der EUV, Beratungen am CP und die operative Verwaltungshilfe in Frage stellten.

Aber auch in dieser schwierigen Situation wurde eine Lösung mittels einer grünen Karte zur bevorzugten Abfertigung auf der Stadtbrücke Frankfurt (Oder) unter besonderer Mitwirkung des Bundesgrenzschutzes und des Zolls gefunden. Da diese Lösung auch noch nicht optimal war, wurde über eine Sonderspur auf der Stadtbrücke, aus INTERREG-II-A gefördert, entschieden. Hier wurde deutlich, wie wichtig es war, gute Informationswege zu schaffen. Dies geschah in den monatlichen Treffen der Behördenleiter der Stadt. Die EUV wurde durch den Kanzler vertreten.

Im Anschluss an die INTERREG-II-A-Förderung bemühte sich die Hochschulleitung, weitere Programme, und neue Studiengänge, aber auch neue Wege der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung, ins Leben zu rufen. Hier sei das Europe-Fellows-Programm des Bundesministeriums für Forschung und Bildung genannt, das mit einer Gesamthöhe von 4,8 Mio. DM (für 3 Jahre) gefördert wurde. Im Rahmen dieses Programms wurden weitere 24 Arbeitsplätze, sowie Seminarräume ausgestattet.

Zeitgleich wurde ab 2002 der Aufbau des Europäischen Wirtschaftszentrums (EWZ) mit den Schwerpunkten

- Deutsch-polnisches Dokumentations- und Medienzentrum,
- Zentrum für grenzüberschreitende Fremdsprachenvermittlung,
- Deutsch-polnisches Büro für Weiterbildung und Fernstudien,
- Forschungskolleg

vorbereitet.

Projektziel des Deutsch-Polnischen Dokumentations- und Medienzentrums (DPDMZ) ist die grenzüberschreitende Integration verschiedener Informationsträger, die den Transformationsprozess von Polen in wirtschaftlicher, rechtlicher und kultureller Hinsicht beinhalten. Auf diese Weise kann der "Produktionsfaktor Information" gezielt für die Entwicklung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit und den Aufbau der Region genutzt werden. Die gezielte Nutzung dieser Informationen geht mit der Vermittlung entsprechender Informationskompetenz einher.

Von dieser aufbauenden Arbeit werden folgende Zielgruppen profitieren:

- Unternehmen
- Privatpersonen
- (Kommunal-) Politiker
- Verwaltungseinrichtungen
- Polizei
- Studenten
- Schüler
- Beschäftigte der Touristikwirtschaft

Inhaltlich orientiert sich das Projekt an den zentralen Schwerpunktthemen, die für die Bereiche Forschung, Lehre und Weiterbildung maßgeblich sind und das wissenschaftliche Profil des Collegium Polonicum

ausmachen. Diese Schwerpunktthemen spiegeln sowohl die wissenschaftlichen Stärken der beteiligten Universitäten und die Erfahrungen der Aufbauphase, als auch den Ausbildungs- und Wissensbedarf der Grenzregion im erweiterten Europa, wieder.

Die Schwerpunktthemen sind:

1. Die Dynamik der europäischen Integration (Interdisziplinäre Europastudien): Internationale Beziehungen, Struktur und Verfahren europäischer Institutionen, Europarecht, Europäische Wirtschaftsbeziehungen, Europäische Rechtspolitik, Soziale Dimensionen der EU-Erweiterung.
2. Grenzüberschreitende wirtschaftliche Kooperation (Transformation und Kooperation): Kooperationsformen für Unternehmen und Wirtschaftsräume, Unternehmensmanagement in Umbruchsituationen, Infrastrukturen für Kooperation und Migration von Arbeitskräften.
3. Der Umgang mit kulturellen Unterschieden (Interkulturelle Kommunikation), einschl. interkultureller Wirtschaftskommunikation, historischer Bedingungen kultureller Normen, Ethik, Translatork, Slawistik und Vergleichende Religionssoziologie.
4. Stadt, Raum und Region (Vergleichende Regional- und Raumwissenschaft): Stadt- und Regionalentwicklung, Raum- und Stadtmanagement, Umweltmanagement, Schutz von Kulturgütern.
5. Recht und Grenze (Vergleichende Rechtswissenschaft): gemeinsame Juristenausbildung, Rechtsangleichung, Rechtsvergleich, grenzübergreifende Kriminalität, Entwicklung neuer Formen der Vermittlung von Juristischen Strukturen in der Lehre (Visualisierung von Rechtsstrukturen).
6. Mehrsprachigkeit in der Grenzregion, Bedarfsanalyse, Weiterbildung und Lehrmaterial-Entwicklung.

Diese gemeinsamen grenzüberschreitenden Angebote sind dabei Beweis für die kontinuierliche Weiterentwicklung. Die aus dem INTERREG-III-A-Programm finanzierten Aktivitäten werden helfen bleibende Angebote, wie z. B.

- den Medien- und Dokumentationsaustausch,
- erweiterte Studienangebote,
- die Weiterbildung von europabefähigten Beamten,
- und die Wirtschaftskooperation,

zu ermöglichen. Hierfür sind im Zeitraum 2002 – 2004 2,5 Mio. Euro bereitgestellt worden. Gegenwärtig läuft ein Verfahren zur Verlängerung der Projekte bis 2006 in gleicher Finanzhöhe. Zwischenzeitlich läuft das 2. Europe-Fellows-Programm in analoger Förderhöhe zur Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in der europäischen Forschungsthematik.

Diese positive Geschichte wäre nicht denkbar gewesen, wenn es nicht auf allen Ebenen in beiden Universitäten Menschen gibt und gegeben hätte, die diese Aufgaben von Herzen wollten, organisierten und durchführen. Diese Menschen mussten alle Schwierigkeiten, insbesondere zur Bewältigung der Bürokratie auf beiden Seiten der Grenze meistern und dies mit Geschick, Kreativität, Übersicht und Handlungsmut durchführen. Jede dieser Entscheidungen war stets eine Gratwanderung zwischen bestehenden Gesetzmäßigkeiten, da es nach wie vor keinen ratifizierten Staatsvertrag gibt! Es gehörte sehr viel Mut, Verantwortung und politisches Bewusstsein dazu, diese Aufgabe zu realisieren.

Heute kann man sagen, dass dieses Projekt mehr als gelungen ist und auch Anerkennung auf allen Ebenen findet. Es ist nicht zu verhehlen, dass dabei aber auch viele Menschen, sei es aus der Landes- bzw. Bundesregierung, der Republik Polen und der Europäischen Union mit ihrer Unterstützung und Wertschätzung für das gesamte Projekt zum Erfolg beigetragen haben.

Das CP ist dabei ein nachahmenswertes Beispiel, wie auf wissenschaftlichem Gebiet grenzüberschreitend zusammengearbeitet werden kann.

Diskussion

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Herr Quiel, es gibt Geld auf einer Seite, und es muss etwas auf der anderen Seite bewirken. Wie kann man das erreichen? Können Sie ein paar Tricks verraten?

Dr. Günter Quiel

Ich kann nur jedem eins empfehlen: Auf der Arbeitsebene muss es stimmen. Weil nur die Arbeitsebene den nächsten Höheren überzeugen kann. Also es muss Kompetenz und Vertrauen an diesen Dienststellen oder in dieser Einrichtung oder auch im Ministerium geben.

In dieser Zusammenarbeit muss man auch Menschen haben, die in jeder Phase sagen, wie kann man das, was man will, machen? Die gefährlichsten Wörter sind: „geht nicht“, „gibt’s nicht!“ Ich sage nicht gleich, wie es geht, aber ich denke darüber nach, wie es geht! So eine Einrichtung, die wir hier betreiben, würde überhaupt nicht existieren, wenn sie nur mit klassischen, nach Vorschriften handelnden Beamten besetzt wäre. Darauf würde ich wetten.

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Wie überlistet man so zu sagen diese Grenzlage. Ich habe folgende Stichworte aus ihrem Vortrag notiert:

Erstens Kompensationsgeschäfte – das heißt z.B. Post gegen Post. Wir verschicken die Post der Viadrina in Richtung Osten und die Viadrina verschickt unsere Post nach Deutschland. Oder: Wein gegen Toner. Das haben wir öfters gemacht. Die Viadrina hat ein Verbot, Wein zu kaufen. Wir bezahlen das, und Herr Quiel (EUV) übernimmt dafür den Toner. Dann drei Prinzipien: persönliches Vertrauen auf der Ausführungsebene, Offenheit und Flexibilität. Zur Offenheit: Die Deutschen sind Fanatiker der Offenheit, wir Polen erledigen lieber alles privat, in den Couloirs, aber die Offenheit tut gut. Wenn man das Problem thematisiert, selbst wenn es unter den gegebenen Konditionen unlösbar ist, und dann eine Lösung anstrebt, die dicht an der Grenze der Legalität ist, tun alle so, als ob sie

das nicht sehen würden und dulden das. Die Offenheit erzeugt ein passiv-kooperatives Verhalten der Akteure. Würde man die Offenheit nicht anstreben, würden sofort Gerüchte entstehen, dass man Geld unterschlägt und so weiter.

Dann Flexibilität: Sie bedeutet, die Dehnbarkeit des Rechts ausnutzen und Hilfskonstruktionen schaffen. Wir haben hier, um gewisse Geldflüsse zu ermöglichen, eine Stiftung nach polnischem Recht ins Leben gerufen. Das ist so wie ein Verein nach dem deutschen Recht, nur etwas einfacher.

Die Stiftung hat natürlich auch wichtige Aufgaben: Sie soll die Zusammenarbeit fördern, aber sie ist auch ein sehr gutes Instrument dafür, gewisse Geschäfte abzuwickeln.

Weil sie ein kleines Subjekt ist, und der Vorstand nur aus drei Personen besteht, die aus dem CP und der Viadrina stammen und vor Ort sind, dauert eine Entscheidung innerhalb der Stiftung fünf Minuten und nicht fünf Monate.

Dr. Günter Quiel

Wenn wir so sichtbar gut zusammenarbeiten, hat man natürlich auch gewisse Vorteile. Wir werden z. B. für Erben interessant, die uns Nachlässe anbieten. Es gibt gerade viele neue deutsch-polnische Verbindungen, in Firmen, in Ehen und sonst wo. Jetzt haben wir drei solche Nachlässe angeboten bekommen. Und schon jetzt kommt die Schwierigkeit auf zu entscheiden, ob wir noch die Räumlichkeiten dazu haben. Wir haben drei solche Nachlässe übernommen: Dedecius, Bereska und Friedrich. Wir haben zusätzlich ein Angebot, das noch größer ist, welches das Land interessiert.

Brankica Micovic M.A.

Haben Sie eine Person, die zwischen den beiden Unis ein Gleichgewicht schafft, die für die gemeinsamen Aktivitäten zuständig ist und die die Aufgabe hat, die beiden Unis zu integrieren?

Dr. Günter Quiel

Es gibt ein Koordinierungsgremium. Wenn sie es auf Personen anlegen, so ist alles sehr abhängig von Dr. Wojciechowski und mir, das ist auch ganz verständlich, weil oft Finanzprobleme entstehen. Die großen Probleme beginnen immer mit dem Geld. Wir sind jetzt in der Phase, dass wir auch die Verwaltung zusammen reingucken lassen wollen, damit sie kennen lernt, was die andere Seite macht. Wir haben jetzt sehr interessante Gespräche geführt. Wir werden damit beginnen, dass auch Mitarbeiter aus Poznań und vom CP bei uns in der Verwaltung sitzen, vielleicht eine Woche lang, unsere Abläufe mitgestalten und beobachten, wie wir das lösen. Danach schicken wir die Leute vom CP mit unseren Leuten nach Posen, um ihre Arbeitsweise zu sehen. Wir werden einfach Gedanken austauschen und vielleicht eine bessere Lösung für dieses und jenes Problem finden.

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Die Idee ist, Mitarbeiter auf der Ausführungsebene in Dezernaten, in den Arbeitsbereichen, bei den Sachbearbeitern und nicht die Chefs zusammen zu führen und den einen auf der einen Seite ein paar Tage an dem Schreibtisch des anderen ausländischen Kollegen arbeiten zu lassen. In dem Dreieck Poznań-Frankfurt-Słubice wollen wir diese persönliche Kommunikationsebene aufbauen.

Brankica Micovic M.A.

Wie haben Sie es am Anfang geschafft, dass solche Vertrauensbeziehungen aufgebaut und dass überhaupt solche innovativen Lösungen gesucht und die Spielräume von institutionellen Regelungen ausgeschöpft wurden?

Dr. Günter Quiel

Ich möchte noch einmal sagen: Das müssen die Menschen in den Führungspositionen wollen. Wenn Sie das nicht wollen, blockieren Sie alles. Für jede Aufgabe, die mir Dr. Wojciechowski stellen würde, finde ich ein Gesetz, das mir eine Lösung verbietet. Wenn sie das wirklich nicht wollen und das im Kopf haben, dann läuft es nicht. Die Gremien, die man

gebildet hat, Kommissionen zwischen den Universitäten, können nicht alles erledigen. Wenn aber die Leitung es will und das auf die anderen überträgt, dann können sie sich den Aufträgen nicht verweigern. Deswegen sage ich nochmals: Der Kopf ist wichtig. Wie der Herr, so ist's Gescherr – sagt ein deutsches Sprichwort.

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Das stimmt, was Herr Quiel sagte. Es gab ein gutes politisches Klima, den politischen Willen beider Seiten, aber jeder hat auch seine Interessen gehabt. Und dann gab es die Ausführungsebene. Also - sagen wir - von den jeweiligen 10 Akteuren waren 2 für die Zusammenarbeit, 5 gleichgültig und 3 total dagegen. Und dann hatten wir die Wahl: Entweder verfahren wir nach den Vorschriften und dann stoßen wir unter Umständen auf den, der dagegen ist, oder wir richten die ganze Energie auf die Personen, die dafür sind. Zum Beispiel: über Herr Quiel laufen nicht nur finanzielle Angelegenheiten, sondern auch technische und Personalangelegenheiten und die auch woanders laufen könnten. Aber ich weiß, mit dem kann ich sprechen und gehe zu ihm und nicht zu jemandem anderes. Und so werden mit der Zeit Verbindungen geschaffen. Die Skeptiker gewinnt man mit der Zeit und die Gegner, die gibt es bis heute. Auf beiden Seiten gibt es Leute, die „mauern“ und schaden können, aber jetzt sind sie marginalisiert.

Ulrich Räter

Es gab und gibt immer noch durchaus so ein Grundmisstrauen, und es ist eben Leuten wie Herr Quiel oder Herr Wojciechowski zu verdanken, dass trotzdem so viel passiert. Es ist ein Glück, dass beide Seiten Interessen haben, dieses Projekt weiterhin voranzutreiben, Interessen die nicht mit Völkerfreundschaft und „Friede, Freude, Eierkuchen“ an der Grenze zu tun haben, sondern teilweise ganz anders gelagert sind.

Frage aus dem Saal

Das, was Sie hier geleistet haben, verdient meinen größten Respekt. Wenn ich mal 50 Jahre in die Zukunft schaue, kann ich mir vorstellen, dass es eine gemeinsame Universität gibt. Die Entwicklung deutet wenigstens darauf hin. Gab es bis jetzt keine Einwände basierend auf

nationalen bzw. nationalistischen Gesichtspunkten? Kultur ist doch ein Ausdruck der nationalen Identität. Warum hat man hier ein deutsch-polnisches Projekt gemacht, ein POLONICUM gegründet und warum nicht ein EUROPA-Institut?

Ulrich Räter

Ich will es mal zuspitzen, weil ich diesen Namen auch immer schwerer im europäischen Kontext vermittelbar finde. Man stelle sich vor, eine deutsche Universität, nicht direkt an der Grenze gelegen, z.B. Dresden tut sich mit einer polnischen Universität zusammen und gründet ein Institut an der deutsch-polnischen Grenze. Und sie nennt dieses Institut das Collegium Germanicum. Das kann man sich schwer vorstellen, aber hier ist so etwas passiert. Aber zu den Hintergründen kann Herr Wojciechowski vielleicht etwas mehr sagen.

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Wir haben nicht viel Zeit, und ich versuche alles auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Dieser Nenner ist das Selbstwertgefühl. Und das Selbstgefühl spielt im Kontakt zweier Kulturen eine entscheidende Rolle. Die Antwort auf die erste Frage: Warum gab es hier Zusammenstöße oder vielleicht den Verdacht, dass die eine die andere Kultur unterdrückt? Die Deutschen sind absolut politisch korrekt. Sie haben tausendmal beteuert, dass sie die polnische Kultur respektieren, dass sie positiv gesonnen sind. Diese Korrektheit ist manchmal übertrieben. In der ersten Phase waren es die Polen, die vermutlich aus historischen oder anderen Gründen vor dieser Zusammenarbeit Angst hatten. Sie haben zum Ausdruck gebracht, dass dieser gute Wille der Deutschen ihnen suspekt ist. Warum eigentlich wollen die Deutschen polnische Studenten ausbilden? Vielleicht um sie zu germanisieren? Das war in den Jahren 1992-93 schon ein Problem, mit dem wir zu kämpfen hatten. Sogar die polnischen Studenten, die hierher gekommen sind, fragten mich öfter: Was wollen sie mit uns machen? Wollen sie uns zu irgendwelchen Agenten ausbilden? Aber das hat sich sehr schnell gelegt und diese große Perspektive Nation gegen Nation ist, der Auseinandersetzung Universität gegen Universität, Fachmann gegen Fachmann, Professor gegen Professor gewichen. Bis heute haben wir zwischen den Partnern ein hin und her, ein Kräftemessen. Dieses Ringen

um das Selbstwertgefühl ist sichtbar vorhanden. Im Grunde genommen hat alles, was wir im Alltag machen, bis aufs Essen, irgendwie mit dem Selbstwertgefühl zu tun. Das Hauptmotiv der Deutschen ist, gute Arbeit zu leisten, Hauptmotiv der Polen ist, präsent zu sein und sich nicht unterkriegen zu lassen. Auch die Ansicht, dass es profitabel ist. Es gab kein „Collegium Europeum“ aus zwei Gründen: 1. So hat dieses Collegium Professor Pfeiffer genannt, und es hat sich eingebürgert. 2. Das war eben das Motiv der polnischen Seite: aus nationalem Stolz mitzumachen. Professor Pfeiffer hat immer in den ersten Jahren betont, er sei ein glühender polnischer Patriot, der hier das polnische Volk würdig vertreten wird. Heute spielt das eine geringere Rolle.

Ulrich Räter

Dummerweise hat die AMU mittlerweile ein Collegium Europeum in Gniezno gegründet, so dass wir mit unseren Namen wohl weiter werden leben müssen.

Professor Dr. Penka Angelova

Ich habe in der letzten Zeit die Beobachtung gemacht, dass überall diese Europa-Häuser gegründet werden. Es ist so eine Welle wie um die Jahrhundertwende mit den Mutter-Germania Denkmälern. Dieses Gründungspathos der neunziger Jahre des 19. Jahrhundert geht jetzt wirklich in das Gründungspathos der EU über. Ihr habt hier eine Europa-Insel auf der Oder, einen Europa-Garten, woanders gibt es Europa-Häuser, Europa-Plätze und -Denkmäler. Europa überall!

Günter Quiel

Na ja, Europa sucht nach einer eigenen Identität und schafft sich die entsprechenden Symbole.

Die Sprachenpolitik des Zusatzstudiengangs Europastudien an der RWTH Aachen

Dr. Christian Bremen

RWTH Aachen

Der Aachener Europastudiengang zählt zu den ältesten Europastudiengängen Deutschlands.⁶ Über 150 Studierende aus allen Teilen Europas, aber auch aus Amerika, Afrika, Asien und Australien belegen das Graduiertenstudium. Das Aachener Konzept versteht Europa nicht als Feld der Spezialisierung von Juristen, Wirtschaftswissenschaftlern und Politologen, sondern als Aufgabe für alle, die in Unternehmen und Institutionen verantwortlich handeln müssen. Das Ausbildungsziel ist nicht der Europaspezialist, beispielsweise der Europarechtler, sondern der Generalist, der sich in den verschiedensten Bereichen der Europäischen Union auskennt. Der Zusatzstudiengang richtet sich deshalb an Absolventen aller Studienfächer, seien es Ingenieur-, Natur-, Kultur-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler.

In seiner ganzen Vielfalt soll Europa intellektuell durchdrungen werden. Dies gelingt durch unterschiedliche fachwissenschaftliche Zugänge der Studierenden und durch das interdisziplinäre Lehrangebot. Der auf einer Regelstudienzeit von vier Semestern ausgelegte deutschsprachige Magisterstudiengang besteht aus drei Bereichen und zwar den Pflichtfächern Europarecht, Europäische Geschichte, Europäische Wirtschaft und Europapolitik, den Wahlpflichtbereichen europäische Kultur- und Sozialwis-

⁶ Die nachfolgende Darstellung des Zusatzstudiengangs Europastudien der RWTH Aachen basiert auf: Christian Bremen, Der Zusatzstudiengang Europastudien: eine Bilanz, in: Europa studieren. Hochschuldidaktische Überlegungen zur Europäistik. Hrsg. v. Christian Bremen u. Armin Heinen. St. Augustin 2003, S. 133-167. – Einladung nach Europa. Der Zusatzstudiengang Europastudien an der RWTH Aachen. Hrsg. v. Christian Bremen. Aachen 2002.

senschaften sowie der Ausbildung in einer zweiten europäischen Fremdsprache.

Charakteristisch für das Graduiertenstudium ist der hohe Praxisbezug. Abgeordnete des Europaparlaments unterrichten in Brüssel Europapolitik, herausragende Kenner des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg betreuen die rechtswissenschaftlichen Kurse; Diplomaten, Beamte der EU-Kommission in Brüssel und des Bundesfinanzministeriums in Berlin sowie Lobbyisten aus Brüssel zählen zu den Dozenten des Europastudiengangs. Die Aachener konnten in den letzten Jahren Kreisläufe mit der Politik, Wirtschaft und Verwaltung etablieren. Das heißt, diese Bereiche stellen dem Studiengang Fachleute für die Lehre zur Verfügung und sind gleichzeitig bereit, begabten Studierenden ein drei- bis sechsmonatiges Praktikum in ihren Institutionen zu ermöglichen. Es verwundert deshalb auch nicht, dass viele Absolventen dort später eine Anstellung finden.

Großen Wert legt die Studiengangsleitung auf die Sprachausbildung der Studierenden. Der Aachener Europastudiengang ist ein deutschsprachiges Programm. Schon die Gründungsväter des Studiengangs gingen in den 80er Jahren von einem Ausländeranteil von mindestens 50 % aus. Damit konzentriert sich der Europastudiengang von Anfang an auf Ausländer, die bewusst ein deutschsprachiges Programm wählen wollen, um ihre Sprachkompetenz zu erweitern und eine deutsche Sicht von Europa zu erfahren.

Über 80 % der Studierenden kommen aus dem Ausland und müssen deshalb vor Studienbeginn ihre Deutschkenntnisse auf DSH⁷-Niveau nachweisen. Die deutschsprachigen Studienanfänger müssen eine andere europäische Sprache auf dem Niveau B 2 des europäischen Referenzrahmens belegen. Eine dritte Sprache muss jeder Student auf Anfängerniveau, d.h. A 2 des Europäischen Referenzrahmens durch einen Test zu Beginn des Studiums dokumentieren. In jedem Semester sind vier Semesterwochenstunden für die Ausbildung in einer Fremdsprache vorgesehen.

⁷ Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang

Viele Studierende nehmen das Angebot wahr und belegen Sprachkurse in mehreren Fremdsprachen. Der Anreiz für Aachen ist besonders groß. Die Stadtgrenze Aachens ist die Staatsgrenze der Bundesrepublik Deutschland. Ihr Sprachwissen können die Studierenden sofort anwenden; Französisch und Niederländisch schon in der alten Kaiserstadt selbst und Englisch durch zahlreiche Unterrichtsveranstaltungen des Studiengangs in Brüssel.

Unser zeitweise verfolgtes Ziel, den Europastudiengang zu einem vielsprachigen Programm weiterzuentwickeln, ist allerdings gescheitert. Wir sind in der Lage, beispielsweise eine Italienkunde auf Italienisch und eine Bulgarienkunde auf Bulgarisch anzubieten. Es haben sich jedoch nie genügend Studierende in einer ausreichenden Zahl für diese Seminarangebote zusammengefunden. Nur Englisch konnte bisher als weitere Unterrichtssprache etabliert werden.

Am Ende des Studiums beherrscht jeder Student neben seiner Muttersprache und Deutsch, auch Englisch und meist auch noch Französisch in Wort und Schrift. Dies entspricht dem kulturwissenschaftlichen Verständnis des Aachener Europastudiums, das die Menschen in Europa in ihrer Lebenspraxis kennen- und verstehen lernen will. Es spricht für die hohe Qualität der Studierenden und ihren Lerneifer, dass 80% von ihnen das Studium in der Regelstudienzeit absolvieren. Viele bewältigen gar das Kursprogramm in einem Jahr. Probleme entstehen allerdings, wenn Studierende ihre Deutschkenntnisse nicht über das DSH-Niveau hinaus weiterentwickeln können oder wenn beispielsweise Kommilitonen aus Asien der soziokulturelle Hintergrund der europäischen Studierenden fehlt. Das Schulbuch- und Zeitungswissen der Europäer wird in den Seminaren oft vorausgesetzt.

Die Berufsaussichten der Absolventen sind gut. Die Statistik des Studiengangs weist aus, dass ein Drittel der Studienabgänger in Internationalen Organisationen, in Ministerien und in der Verwaltung eine Anstellung gefunden haben, ein weiteres Drittel konnte in Unternehmen eine Beschäftigung finden und fast 20% setzten ihr Studium mit einem Promotionsvorhaben fort.

Die Gründe für die Aachener Ausbildungserfolge liegen

1. in der interdisziplinären und praxisorientierten Ausbildung,
2. in der interkulturellen Kompetenz der Absolventen und
3. in ihren soliden Sprachkenntnissen in mindestens drei europäischen Sprachen.

Für uns ist Europa nicht einsprachig, sondern vielsprachig. Wir wollen die Menschen des alten Kontinents verstehen, mit ihnen kommunizieren und sie in ihren verschiedenen kulturellen und sozialen Lebenszusammenhängen achten lernen. Der „normale“ Aachener Europastudent kommt aus dem Ausland, möchte bewusst in einer Fremdsprache – nämlich Deutsch – Europa studieren und sich dort in einer weiteren Fremdsprache ausbilden lassen. Vielen deutschen Studienbewerbern – insbesondere denjenigen ohne Auslandserfahrung – raten wir deshalb zu einem Europastudium im Ausland. Es verwundert nicht, dass die Aachener dieses Erfolgskonzept und ihre Auffassung von einem Europa der Sprachenvielfalt in internationale Projektverhandlungen einbringen. Hier möchte ich von drei verschiedenen Kooperationen berichten:

1. Die Übernahme des Aachener Modells

Regelmäßig erhalten wir in Aachen Kooperationsangebote, die darauf abzielen, den Europastudiengang der Karlsstadt mit seinen Lehrmethoden und Ausbildungszielen zu übernehmen. Wir behandeln derartige Initiativen mit Interesse und Zurückhaltung, müssen doch zahlreiche Voraussetzungen vorhanden sein. Eine davon sind genügend freie Lehrkapazitäten an der RWTH Aachen. Deshalb wird ein derartig personalintensives Projekt erst dann begonnen, wenn das vorhergehende abgeschlossen ist.

Zurzeit engagieren wir uns an der Neuen Bulgarischen Universität in Sofia. Hier ist die Unterrichtssprache Deutsch, die Ausbildungssprache Englisch und die Arbeitssprache der Verwaltung des Europastudiengangs ist ebenfalls Deutsch. Es machte bisher keinen Sinn, Bulgarisch als Unterrichtssprache anzubieten, weil alle Studierenden aus Bulgarien kamen.

Unsere Bemühungen, Deutsche und andere Ausländer für ein Studium in Bulgarien zu interessieren, sind bislang erfolglos. Die Magisterurkunde der RWTH wird verliehen, und die bulgarischen Studierenden belegen ein Studienmodul in Aachen. Schon zwei Jahrgänge konnten das Programm erfolgreich abschließen. Die Absolventen blieben in ihrem Heimatland und fanden alle eine interessante Arbeit. Seither sinkt die Zahl der bulgarischen Studienanfänger in Aachen.

2. Das Konsortium

Über ein Jahr lang haben die Leitungen der Europastudiengänge aus Maastricht, Portsmouth, Krakau, Bologna, Istanbul und Aachen über den Aufbau eines gemeinsamen einjährigen Masterprogramms in Europa-studien verhandelt. Im Oktober nächsten Jahres werden sie gemeinsam an ihren Universitäten ein Programm mit einem kulturwissenschaftlichen Schwerpunkt und modulartig organisiert anbieten. Jeder Teilnehmer muss an zwei verschiedenen von ihm selbst gewählten Studienorten des Konsortiums studieren.

In den Verhandlungen über den Aufbau des Programms haben wir auch über die Unterrichtssprache diskutiert. Es waren die Aachener und nur die Aachener, die für ein mehrsprachiges Programm mit Fremdsprachenausbildung eintraten. Alle anderen Partner traten für Englisch als Unterrichtssprache ein. Sie führten das Verkaufsargument an, nur ein englischsprachiges Programm habe Chancen auf dem internationalen Bildungsmarkt, es gebe nicht genügend Studieninteressenten mit mehrsprachigen Fähigkeiten und Interesse an mehrsprachigen Programmen. Das Entgegenkommen der Partner auf die Wünsche der Aachener bestand in ihrer Bereitschaft, im ersten Semester neben Englisch auch die Sprache des Studienortes als Unterrichtssprache zuzulassen. So werden Aachen und möglicherweise auch Bologna im ersten Semester zwei Unterrichtssprachen anbieten. Im zweiten Semester wird es überall nur Englisch als Unterrichtssprache geben. Mehr war in den Verhandlungen nicht herauszuholen. Die verschiedenen Studiengangsleitungen kommunizieren untereinander in Englisch.

3. Die Euregio Maas-Rhein

Die Euregio Maas-Rhein verdient die Bezeichnung „Europa im Kleinen“, denn in diesem Gebiet sind fünf Partnerregionen mit ebenso vielen Kulturkreisen und den drei Sprachen, Deutsch, Französisch und Niederländisch, vertreten. Trotz vieler historischer Bezüge ist die Euregio Maas-Rhein selbst „ein künstliches Gebilde“ und besitzt „keinen inneren soziologischen Zusammenhang“⁸. Im zusammenwachsenden Europa der Regionen nimmt aber gerade diese Euregio mit ihren 3,7 Millionen Menschen, ihrer günstigen geographischen Lage und ihren bedeutenden Einrichtungen einen wichtigen Platz ein.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den europäischen Regionen soll der Verflechtung zwischen den Grenzgebieten mit gemeinsamer Geschichte und Kultur dienen. Zu diesem Zweck haben die Universitäten in Aachen, Lüttich und Maastricht schon im Jahre 1990 einen Kooperationsvertrag mit dem Namen „ALMA“ - zusammengesetzt aus ihren Anfangsbuchstaben - abgeschlossen. Zwei Jahre später trat die Universität in Hasselt-Diepenbeek dem Netzwerk bei.

Nur folgerichtig haben die Europastudiengänge in Aachen, Lüttich und Maastricht vor dem Hintergrund der angestrebten Vertiefung und Erweiterung des europäischen Integrationsprozesses einen gemeinsamen Europastudiengang mit einer euregionalen Schwerpunktsetzung entwickelt. Das Programm trägt den Namen ALMaster. Der einjährige englischsprachige Studiengang besteht aus drei Modulen. Jeder Partner stellt eine Blockeinheit zur Verfügung. Die Absolventen erhalten von den drei Universitäten sowohl einen nationalen Master-Abschluss als auch einen gemeinsamen Grad, den ALMaster. Da letzteres vermutlich eines längeren rechtlichen Entscheidungszeitraumes bedarf, soll zunächst von den ALMA-Universitäten ein gemeinsames Zertifikat ausgestellt werden. Das einjährige Studienprogramm verbessert die Europafähigkeit der Absolventen durch eine gezielte praxisnahe Ausbildung und bereitet die Studierenden auf eine Laufbahn in Verwaltung, Wirtschaft und Politik vor.

⁸ Die Euregio Maas-Rhein und die Stadt Aachen. Oberbürgermeister der Stadt Aachen, in: MESsages, Ausgabe Nr. 9, Januar 2000, S. 11.

Der Rektor der RWTH Aachen bewertete die Kooperation in einem Interview:

Beispielhaft sei hier der Plan genannt, einen europäischen bzw. euregionalen Studiengang basierend auf den Angeboten der Europainstitute in Maastricht, Lüttich und Aachen einzurichten. Durch die Beteiligung von Wirtschaft und Politik besteht die berechtigte Hoffnung, dass dieser europäische bzw. euregionale Studiengang zukünftig aktiv zur Entwicklung der Euregio Maas-Rhein beitragen wird.⁹

Leider ist diesem Projekt bisher kein Glück beschieden, wechselten doch nacheinander die Studiengangsleitungen samt ihrer Mitarbeiter zunächst in Lüttich und dann in Maastricht. Dennoch sind wir zuversichtlich, dieses bis zur Entscheidungsreife gediehene Projekt bald in die Tat umsetzen zu können.

Auch hier soll die Unterrichtssprache Englisch sein, obwohl Englisch nicht zu den Landessprachen der Partner zählt! Die von den Belgiern und Deutschen gewünschte Dreisprachigkeit des Programms – Deutsch, Französisch und Niederländisch – lehnten die Maastrichter mit dem eben schon erwähnten Verkaufsargument ab. In Maastricht ist Englisch die Unterrichts- und Verwaltungssprache des Europastudiengangs. Niederländisch spielt überhaupt keine Rolle, obwohl es für die Kollegen aus Maastricht leicht möglich wäre, sind doch die meisten Dozenten Niederländer. Ihr Bildungsangebot zielt insbesondere auch auf den asiatischen, nord- und südamerikanischen Markt, weshalb sich ihrer Meinung nach andere Unterrichtssprachen als Englisch verbieten.

Wir in Aachen leugnen die Bedeutung der Welt- und Wissenschaftssprache Englisch nicht. In unserem Studiengang tragen wir ihr auf verschiedene Weise Rechnung. Sie zählt zu unseren Ausbildungssprachen und Studierende können fakultativ Kurse im kultur- und sozialwissenschaftlichen Bereich in englischer Unterrichtssprache wählen. Wie schwer es allerdings ist, Anerkennung für unser Verständnis von einem Europa der Sprachenvielfalt zu finden, hat dieser Beitrag gezeigt!

⁹ Euregio Maas-Rhein, RWTH Aachen und ALMA. Rektor der RWTH Aachen, Universitätsprofessor Dr. Burkhard Rauhut, in: ebd., S. 9.

Diskussion

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Habe ich es richtig verstanden, dass in Maastricht das Niederländische keine Rolle spielt, ich meine nur in dem Europastudiengang? Oder arbeitet die ganze Universität auf Englisch?

Dr. Christian Bremen

50 % aller Lehrveranstaltungen an der Universität Maastricht – die Universität Maastricht ist die jüngste Universität in den Niederlanden und unter uns gesagt mit Abstand die erfolgreichste – werden in englischer Sprache angeboten.

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Es ist eine Sache, mit der wir uns heute und morgen bestimmt auseinander setzen müssen, nämlich die Frage, wie wir Europa aufbauen wollen: über die englische oder die nationalen Sprachen? Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: eine Universität in Europa, in einem Land, das durchaus kulturelle Kapazitäten hätte, verzichtet im Grunde genommen auf die nationale Sprache. Das ist etwas in unserem Teil Europas Schockierendes. Und ich denke bei Ihnen auch.

Dr. Christian Bremen

Was glauben Sie, wie viele Menschen es gibt, die niederländisch sprechen in Mitteleuropa?

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Na ja, 22 Millionen Niederländer plus 3 andere, also 25.

Dr. Christian Bremen

30 Millionen. Fast so ein großes Potential, wie Polen!

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Es ist ein Phänomen, dass die Länder keinen Identitätsverlust erleiden, wenn sie auf das Englische umschalten. In Polen wäre es, auch bei Rumänien und Bulgaren, eine aus sozio-psychologischen Gründen unmögliche Sache, auf die eigene Sprache zu verzichten, weil der „Tiefgang der Kultur“ nur in der Nationalsprache möglich ist.

Professor Dr. Penka Angelova

Mein erster Gedanke, was die niederländische Universität betrifft, ist: Es ist eine junge Universität und besetzt mit Studenten aus Asien oder aus Indien, also warum dann Niederländisch? Welche Asiaten wollen auf Niederländisch unterrichtet werden? Es ist etwas, was sich verkauft. Aber meine Frage betrifft Ihren Studiengang, wie ich das verstanden habe, wird er auf Deutsch geführt und Englisch wird zusätzlich gelernt und etwas Französisch, oder gibt es Vorlesungen auch in englischer Sprache?

Dr. Christian Bremen

Wir haben einen deutschsprachigen Magisterstudiengang. Dort bieten wir Seminare in englischer und französischer Sprache regelmäßig an, aber nur die englischen Seminare haben eine Chance zustande zu kommen. Weil wir eine Mindestteilnehmerzahl von 10 Studierenden und pro Seminar eine Höchstteilnehmerzahl von 30 haben und es eine ausreichende Anzahl von Studierenden gibt, die fit in Englisch sind, kommen englischsprachige Seminare unproblematisch zustande. Mit den französischen, italienischen oder bulgarischen Angeboten ist es bis jetzt auch immer gut gelaufen.

Professor Dr. Penka Angelova

Wie viel Prozent läuft im Verhältnis zur deutschen in englischer Sprache?

Dr. Christian Bremen

Wir haben im jedem Semester 2-3 Seminarangebote in Englisch. Wir haben viele ausländische Studierende: Niederländer, Polen, Rumänen, Russen. Weniger vertreten sind die Kommilitonen aus West-Europa. So haben wir ein paar Spanier, Franzosen, drei Belgier, drei Italiener. Der größte Teil der Studierenden kommt aus Osteuropa.

Professor Dr. Penka Angelova

Sie haben gesagt, nur die Studierenden aus Asien bräuchten zusätzlichen Unterricht. Ich wollte fragen, warum Sie kein Kulturmodul in Ihrem europäischen Programm haben?

Dr. Christian Bremen

Wir haben einen Wahlpflichtbereich und dieser Wahlpflichtbereich besteht aus zwei Blöcken: Sozialwissenschaft und europäische Kulturwissenschaften. Kulturwissenschaften sind integraler Bestandteil unseres Studienganges. Nicht alle Asiaten haben Schwierigkeiten mit unserem Studiengang. So z.B. entsendet uns das japanische Außenministerium regelmäßig einen Diplomaten aus der deutschen Abteilung. Die Leute sind sehr fit, denen braucht man nicht das ABC Europas beizubringen. Diese Leute haben Europa-Erfahrung. Probleme haben wir mit den Kommilitonen, die in China, in Indien oder in Indonesien studiert haben und zum ersten Mal nach Europa kommen. Was ist das Christentum, wer ist der Papst? Das sind so Sachen, die jeder, der in Europa sozialisiert worden ist, ob in Portugal oder in Russland, ob in Norwegen oder Griechenland, intus hat. Da gibt es eine Kommunikationsebene unter den Studierenden aus allen Ländern, eine Kommunikationsebene zwischen Studierenden und Professoren. Das ist das Manko vieler asiatischer Kommilitonen. Wir bieten keine Zusatzkurse an, keine Einzelkurse, das ist vielleicht ein Fehler der Aachener. Wir gehen leider den anderen Weg. Wir empfehlen den Kommilitonen, die nicht mitkommen, den Studiengang zu verlassen.

Professor Dr. Penka Angelova

Die Frage nach dem Papst, darf nicht ein Grund sein, das Studium zu verlassen!

Dr. Christian Bremen

Nein, aber wenn sie dreimal durch die Rechtsklausur fallen. Das schaltet die Leute aus und nicht die Frage, wer der Papst ist!

Bulgarisch-Rumänisches Interuniversitäres Europa-Zentrum (BRIE): Hochschulzusammenarbeit in der südosteuropäischen Grenzregion als Motor für regionale Entwicklung¹⁰

Brankica Assenmacher M.A.
Hochschulrektorenkonferenz

Das Bulgarisch-Rumänische Interuniversitäre Europa-Zentrum (BRIE) wurde im Jahre 2000 von der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) initiiert. Der Kernpunkt der BRIE-Aktivitäten sind zwei postgraduierten Masterstudiengänge - „Internationale Wirtschaftsinformatik“ in Giurgiu, Rumänien und „Europa-Studien“ in Rousse, Bulgarien, die insbesondere für Studierende aus Südosteuropa offen stehen.

Als Koordinatorin des deutschen Beitrages zu BRIE unterstützt die HRK das zentrale Management von BRIE als internationaler Dachorganisation sowie das Management der Einzelaktivitäten wie des Studienbetriebs. Darüber hinaus verwaltet die HRK die öffentlichen und privaten Fördermittel aus Deutschland und wirbt weitere finanzielle Unterstützung ein.

Die HRK ist seit 1999 im Rahmen verschiedener grenzüberschreitender Projekte und Beratungstätigkeiten in Südosteuropa aktiv. Ihr Tätigkeitsprofil entstand aus dem Willen, auf politische Anforderungen der deutschen und europäischen Politik in Südosteuropa und auf politische Veränderungen in der Region schnell im hochschulpolitischen Bereich zu reagieren. Mit dem Projekt BRIE leistet die HRK auf der Basis der grenz-

¹⁰ Der Beitrag wurde im August 2005 aktualisiert.

nahen Hochschulzusammenarbeit der beiden Länder einen Beitrag zur Aktivierung der kulturellen, außenpolitischen und wirtschaftlichen Potentiale in der Donauregion im Sinne des Stabilitätspaktes für Südosteuropa.

Die geopolitische Bedeutung des BRIE-Standortes

Die gemeinsame bulgarisch-rumänische Grenze erstreckt sich über eine Distanz von 631 km, wovon die Donau 74% bildet. Eine so lange Grenze kann grundsätzlich Ansatzpunkte zur Entwicklung grenzüberschreitender Zusammenarbeit bieten. Zwischen Bulgarien und Rumänien sind die Bedingungen dafür insbesondere zwischen den Städten Giurgiu und Rousse günstig. In dieser Region existiert die einzige Donau-Brücke und mit 250 000 Einwohnern bildet sie den größten städtischen Ballungsraum entlang der gemeinsamen Grenze. Hinzu kommt die spezifische Transitbedeutung dieser Region – der Zugang zu den Märkten der Länder Mittel- und Westeuropas durch den Rhein-Main-Donau Kanal und die Kreuzung von Waren- und Personenströmen aus dem Norden und Osten Europas nach Kleinasien.

Auf dem multilateralen Weg zu den Lehrinhalten

Auf rumänischer Seite wird BRIE von der Akademie für Wirtschaftswissenschaften Bukarest, der führenden Wirtschaftsuniversität Rumäniens sowie auf bulgarischer Seite von der Universität Rousse getragen. Fünf deutsche Universitäten, die Universität Bonn, die Universität Bremen, die Technische Universität Chemnitz, die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) und die Universität Mainz, die österreichische Universität Klagenfurt sowie die Fachhochschule Gelsenkirchen sind als Partner am BRIE beteiligt.

Erst die Bildung, dann die Regionalentwicklung

Kernpunkt der bisherigen Aktivitäten von BRIE ist das Interuniversitäre Europazentrum als virtuelles Dach, das beide Studienstandorte überspannt. Unter diesem Dach werden seit dem 14.10.2002 postgraduierte Masterprogramme für „Europa-Studien“ und „Internationale Wirtschaftsinformatik“ angeboten. Die BRIE-Master-Studiengänge, die in

deutscher und englischer Sprache durchgeführt werden, bereiten auf einen internationalen Arbeitsplatz in den Heimatländern und in Europa vor. Sie entsprechen den aktuellen Anforderungen des Europäischen Hochschulraumes. Mit der Akkreditierung des Studienganges „Europa-Studien“ im Jahre 2004 durch die unabhängige Akkreditierungsagentur ACQUIN aus Deutschland unter Mitwirkung der nationalen Akkreditierungsagenturen Bulgariens wird hochschulpolitisches Neuland in der Kooperation zwischen Deutschland und Südosteuropa beschritten.

Mit dem Masterprogramm für Europa-Studien werden junge Menschen aus Südosteuropa im Bereich Europäische Integration (European Affairs Professionals) ausgebildet. Der Bedarf an einer derartigen Ausbildung ergibt sich aus der EU-Erweiterung in Richtung Südosteuropa. Dieses Profil schafft Voraussetzungen für eine professionelle Laufbahn in europäischen, nationalen und regionalen Institutionen, die die EU-Erweiterung vorbereiten, in Regional- und Gemeindeverwaltungen, in Nicht-Regierungsorganisationen, die an europäischen Projekten arbeiten, sowie in multinationalen Gesellschaften.

Die Ausbildung im Bereich Internationale Wirtschaftsinformatik ist im Hinblick auf die fehlende wirtschaftliche Dynamik in der Region Giurgiu/Rousse von großer Bedeutung. Die Absolventen dieses Studienganges haben die Möglichkeit durch die im Rahmen von BRIE erworbenen Kenntnisse der wirtschaftlichen und strukturellen Entwicklung der Region beizutragen. Mit einem Auslandspraktikum in verschiedenen Unternehmen in Deutschland, das den Studierenden mit erfolgreichen akademischen Leistungen im dritten Semester angeboten wird, steigern sie ihre berufliche Qualifikation.

Anstöße zur wirtschaftlichen und strukturellen Entwicklung hat das Projekt BRIE mit der Initiative zur Errichtung eines Gründer- und Innovationszentrums auf rumänischer Seite gegeben. Auf bulgarischer Seite soll ein „Internationales Kultur-, Wissenschafts- und Kongresszentrum Canetti-Haus“ den kulturellen Aufschwung fördern.

Sowohl staatliche als auch private Unterstützung

Zur Finanzierung des Projekts trugen seit dem Jahre 2000 die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und seit dem Jahre 2004 die vom Auswärtigen Amt zur Verfügung gestellten deutschen Budgetmittel für den Stabilitätspakt für Südosteuropa bei. Außerdem wird BRIE von folgenden privaten Förderern unterstützt: der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung (Frankfurt/Main), dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Essen), der Robert Bosch Stiftung (Stuttgart), Siemens AG, Consulting AG, Haniel-Stiftung, UNESCO-CEPES (Bukarest) und dem Österreichischen Universitätenkuratorium. Die Deutschen Botschaften in Bukarest und Sofia unterstützen das Projekt politisch. Die BRIE-Partnerhochschulen in Bulgarien und Rumänien haben ihrerseits massiv in die Renovierung der Lehrräume investiert, um den Anforderungen der beiden Master-Studiengänge zu genügen. Die Bildungsministerien der beiden Länder unterstützen das Projekt ebenfalls politisch. Das bulgarische und das rumänische Ministerium für Bildung und Forschung stellen gebührenfreie Studienplätze für die einheimischen Studierenden und Studienplätze mit gegenüber den staatlichen Vorgaben stark reduzierten Studiengebühren für südosteuropäische Studierende bereit.

Miteinander reden in verschiedenen Gremien

Die administrative Struktur von BRIE wird durch einen bilateralen Vertrag der rumänischen und bulgarischen Hochschulpartner über die Satzung von BRIE von Februar 2002 geregelt. Als Gremien sieht er den Vorstand, den Ausschuss der Direktoren von BRIE-Rousse und BRIE-Giurgiu und den Beirat vor und regelt die Funktion der BRIE-Sekretariate, die die Aktivitäten vor Ort in Rousse und in Bukarest bzw. Giurgiu steuern. Der Beirat tagt gemäß der Satzung mindestens einmal im Jahr. Die erste konstituierende Beiratssitzung fand am 01. Oktober 2003 in Rousse statt. Hierbei wurde Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin a.D. zur Vorsitzenden des Beirates gewählt. Frau Prof. Dr. Süßmuth hatte bereits im Mai 2003 die Schirmherrschaft über das Projekt BRIE übernommen. Im Herbst 2004 hat der erste frei gewählte Präsident Bulgariens Dr. Zhelju Zhelev die bulgarische Schirmherrschaft für BRIE übernommen.

Regionale Zusammenarbeit schafft integrative Strukturen

Das Projekt BRIE basiert auf dem Prinzip der regionalen Zusammenarbeit. Seine gesamte Organisationsstruktur ist auf zwischenstaatlicher Kooperation aufgebaut. Regelmäßige Koordinierungstreffen der beiden BRIE-Direktoren tragen zu einem Austausch der beteiligten Seiten vor Ort bei. Die Sitzungen des BRIE-Vorstands und des BRIE-Beirates führen hochrangige bulgarische, rumänische und deutsche Hochschul-, Politik- und Wirtschaftsvertreter zusammen, die als Mitglieder des BRIE-Beirates die Verantwortung für die Erfüllung der BRIE-Mission übernommen haben. Als ein Ergebnis dieser Zusammenkünfte wurde am 04.02.2005 ein Staatsvertrag zur Erleichterung des täglichen Grenzüberganges der BRIE-Studierenden vom bulgarischen und rumänischen Außenminister in Rouse unterzeichnet. Das Problem der kosten-, stempel- und behinderungsfreien Überfahrt von Studierenden und Lehrkräften über die Donau-Brücke als Staatsgrenze war von Anfang an ein Hindernis für die Projektentwicklung.

Auf diese Weise fördert die BRIE-Hochschulzusammenarbeit mittelbar die Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit im Sinne der EU-Ziele und schafft dadurch integrative Strukturen zwischen den beiden Nationalstaaten.

Warum ist BRIE nach fünf Jahren immer noch ein „(Pilot)Projekt“?

BRIE hatte als ein „akademischer Eisbrecher“¹¹ in der Region eine Vorreiterrolle nicht nur im hochschulpolitischen Bereich. Der Aufbau des interuniversitären Europa-Zentrums erforderte außerdem die Auseinandersetzung mit den außenpolitischen Gegebenheiten der Region wie der Grenzproblematik und auch die Einbindung der wirtschaftlichen Elemente wie des Gründerzentrums. Dabei wurde ein großer Kreis der Kooperationspartner entwickelt, deren Beiträge zur BRIE-Mission wiederum koordiniert werden müssen. Diese Aufgabe wurde automatisch

¹¹ In der deutschen Presse wurde BRIE häufiger so genannt, wie zum Beispiel in: „Das Parlament, Nr. 12-13/15.03.2004“, „Ost-West-Contact, Das Wirtschaftsmagazin für Ost-West-Kooperation, 49. Jahrgang, 12/2003, S. 72“, „Wiener Zeitung, 11. November 2003, S. 11“.

der HRK als Initiatorin des Projektes übertragen, die sie von Anfang an mit dem Ziel, eine selbständige internationale Hochschulinstitution zu schaffen, erfüllt.

Das Projekt BRIE hat im Laufe der Zeit einen sehr guten Ruf und hohen Bekanntheitsgrad im internationalen Hochschulbereich erreicht. Allerdings ist BRIE insbesondere bei den Management-Aufgaben auf die Unterstützung der HRK immer noch angewiesen. Dadurch wurde die HRK bei der letzten Beiratssitzung im November 2004 aufgefordert, ihre koordinierende Rolle fortzusetzen, da die Region längere Anlaufzeiten für stabile Projektentwicklung erfordere.

Die allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen in Bulgarien und Rumänien, die mit dem Transformationsprozess zusammenhängen, beeinflussen einerseits die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen von BRIE. Andererseits sind es projektinterne und finanzielle Gegebenheiten, die den Prozess der Selbständigkeit von BRIE verlangsamen. Dabei handelt es sich beispielsweise um Folgendes:

- unterschiedliche Bildungssysteme und rechtliche Grundlagen in Bulgarien und Rumänien, in deren Rahmen BRIE handeln muss,
- langwierige administrative Vorgänge,
- mangelndes Bewusstsein für Internationalität und Mobilität in der Bildung in ganz Südosteuropa,
- BRIE-Personal arbeitet mit großem Engagement, jedoch die Meisten lediglich nebenberuflich,
- durch viele Kooperationspartner ist die Arbeit am BRIE zwar sehr konstruktiv, gleichzeitig aber auch komplex in der Organisation,
- finanzielle Abhängigkeit von den ausländischen Geldgebern.

Die HRK wird das Projekt BRIE voraussichtlich bis zum EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens weiterhin begleiten. Sie wird dabei auf die immer stärkere Übernahme der Allein-Verantwortung durch BRIE hinwirken.

Sprachenvielfalt als Reichtum Europas: Das Beispiel BRIE

Professor Dr. Penka Angelova

BRIE Rousse, Bulgarien

Die Überwindung des Nationalismus liegt nicht im Internationalismus, wie viele bisher geglaubt haben, denn wir sprechen Sprachen. Sie liegt im Plurinationalismus. (Canetti, A4, 1945)

Die verschiedenen Sprachen, die einer haben müsste: eine für seine Mutter, die er später nie wieder spricht; eine, die er nur liest und nie zu schreiben wagt; eine, in der er betet und von der er kein Wort versteht; eine, in der er rechnet und alles Geldliche gehört ihr; eine, in der er schreibt (aber keine Briefe); eine, in der er reist, in dieser kann er auch seine Briefe schreiben. (Canetti, A4, 1942)

1. Die sprachpolitische Situation in der Phase der Ost- und Südost-Erweiterung

Die europäische Idee und dementsprechend die Sprachregelungen verändern sich mit der Erweiterung und dem Zusammenwachsen von Europa. Während am Anfang alle Mitgliedsstaaten durch den Artikel 149 des Gründungsvertrags (1957) und die darauf folgende Verordnung N1 zur Regelung der Sprachenfrage (1958) die vier Nationalsprachen als Amts- und Arbeitssprachen anerkannt haben, werden nach dem mehrmaligem Anwachsen der Gemeinschaft die Amtssprachen verringert, die Sprachregelungen verändert und die Idee der Gemeinschaft „unionisiert“. Dadurch verändert sich sowohl die Idee von der übergeordneten Einheit – die EU – als auch die von ihrer Organisation grundlegend in die Richtung eines Europas der Regionen. Diese Veränderung¹² hat auch zu lusti-

¹² Zeitschrift für Kultur Austausch 1/1999

gen Missverständnissen geführt, wie z.B. dem Antrag der Katalonen auf eine Amtssprache oder dem zeitweilige Gebrauch des Lateins als Amtssprache durch die finnische Regierung.

Die Zuständigkeiten, aber auch das Machtgefälle verändern sich mit der Ost- und Südosterweiterung. Die Zahl der Sprachen der beteiligten Staaten wächst an, gleichzeitig nimmt die Entscheidungsmacht der nationalen Gremien ab, was mit einer Welle von Nationalismen¹³ im Osten und Südosten verbunden ist.

Dabei müsste zwischen der institutionellen und der basisdemokratischen Sprachregelung unterschieden werden:

Andererseits sollte bei der Bewertung der sprachpolitischen Situation der EU-Erweiterung das Gefälle der traditionellen Wirkung der drei oder vier bisherigen Arbeitssprachen der EU berücksichtigt werden. Diese Wirkung hängt auch mit traditionellen Kontakten und kulturellen Wechselbeziehungen zusammen.¹⁴

2. Die bildungspolitische Situation

Dass es sich bei der EU um eine einmalige historische Bildung handelt, die, wenn auch seit Jahrhunderten erträumt und seit Jahrzehnten vorbereitet, noch kein Pendant in der Geschichte hat, steht außer Zweifel. Der

Die Charta der Regional- und Minderheitensprachen wurde am 05.11.1992 vom Europarat (der nicht zu den EU-Organen zählt) verabschiedet und ist für die europäische Sprachenpolitik richtungsweisend geworden.

2000 - Artikel 22 der Charta der Grundrechte betont die Achtung der Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen und verbietet die Diskriminierung einzelner Sprachen: Die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Europäischen Rates und der Kommission proklamierten am 08.12.2000 feierlich die Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

Am 26.09.2002 fand ein erster Europäischer Tag der Sprachen statt. Jedes Jahr sollen an diesem Tag aktuelle Fragen zum Thema 'Sprache in Europa' diskutiert werden.

¹³ Die Ersatzfunktion der Nationalismen im Osten geht sowohl in Richtung der „verlorenen Vergangenheit“ im doppelten Sinne des Wortes (verloren gegangene Größe der Vorzeiten und verloren geglaubte Aktivitäten der jüngsten Vergangenheit) und dient auch als Ersatz für die fehlende Gegenwart und einer vorzutäuschenden Größe in der „Familie“ der EU-Angehörigen.

¹⁴ Konrad, S.165

Vertrag von Amsterdam mit seiner Forderung nach Entwicklung einer europäischen Staatsbürgerschaft weist sowohl für die politischen als auch für die bildungspolitischen Strukturen die Richtung. Eine Bildungspolitik in Richtung des Spracherwerbs und des Sprachunterrichts ist noch im Werden.

Bei dieser Selektion wären unterschiedliche Kriterien der kommunikativen Funktionen von Sprache zu berücksichtigen: z.B. Englisch, Französisch und Deutsch als interne Kernarbeitssprachen, Sprachen mit vorrangigen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Prioritäten, „Sprachen der Nachbarländer“.¹⁵ Dementsprechend sollen auch die unterschiedlichen Ausbildungsprogramme fach- und arbeitsorientiert sein. Hier möchte ich auf einige Möglichkeiten von Ausbildungsprogrammen der philologisch orientierten Fächer und der Europa-Studien eingehen, die wir in Bulgarien an zwei Universitäten (Veliko Tirnovo und Rousse) eingeführt haben.

3. Sprachorientierter Unterricht in den philologischen und in den Europa-Studien.

Die Angewandte Linguistik baut auf philologisch fundiertem Unterricht in zwei Fremdsprachen mit einem Drittel Wirtschaftskursen auf, womit die Studierenden für Übersetzungsfähigkeiten und Fertigkeiten und fachspezifische Kenntnisse ausgebildet wurden, um in Betrieben und Firmen arbeiten zu können. Dort könnten sie auch organisatorische Funktionen übernehmen.

Die Fachrichtung Europäistik an der Universität Rousse entstand 1993 nach der Unterzeichnung des Abkommens für die Assoziierung Bulgariens in die EU. Seit 2000 wird auf der Grundlage der Europäistik und eines Ablegers der Wirtschaftsakademie Bukarest in Giurgiu (Rumänien) ein neues Projekt entwickelt: Das Bulgarisch-Rumänische Interuniversitäre Europazentrum (BRIE) wurde Ende des Jahres 2000 von der deutschen Hochschulrektorenkonferenz (HRK) als Projekt im Rahmen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa initiiert. BRIE bündelt die Kräfte rumänischer

¹⁵ Konrad, S. 168

und bulgarischer Hochschulen und ihrer deutschen und weiteren internationalen Partner an der bisher einzigen Donaubrücke zwischen beiden Ländern bei den Städten Rousse (180.000 Einwohner) und Giurgiu (80.000 Einwohner).

An der Ausbildung in Europäistik nehmen Studierende aus Bulgarien, Rumänien und Südosteuropa teil. Der Studiengang dauert vier Semester, von denen das dritte Semester an einer Partneruniversität in Deutschland erfolgt. Es wird auch eine Erweiterung des Studienganges um Studierende aus Mittel- und Westeuropa geplant.

In Bezug auf die sich intensivierende grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Bulgarien und Rumänien ist die Vermittlung von sprachlichen Kompetenzen interkulturell sehr viel versprechend.

4. Wertebezogener Unterricht

Eine sehr wichtige Voraussetzung für die Ausbildung der Studierenden ist der wertebezogene Unterricht. Gerade die Zielsetzungen des Programms setzen voraus, dass den Studierenden auch die Werte der europäischen Integration beigebracht werden. Eine solche "Wertetafel" existiert noch nicht, aber es wird auf unterschiedlichen Ebenen daran gearbeitet¹⁶ und das "Prinzip Verantwortung"¹⁷ wird in dieser Hinsicht hinterfragt.

Wenn die EU nicht als ein bloßes Additum von Nationalpolitiken und Nationalinteressen betrieben werden soll, so bedarf sie auch der Vermittlung und Unterbreitung einer gemeinsamen Identität, die sowohl auf einer gemeinsamen Geschichte mit ihren Aufbrüchen und Niederlagen, als auch auf der Identifikation mit Werten und kulturellen Inhalten und gemeinsamen Verantwortlichkeiten für die Zukunft beruht.

¹⁶ Vgl. Erhard Busek: Tun und Lassen in Zeiten des Umbruchs. **Über die Verantwortung des Einzelnen für die Zukunft.** In: *Die Fortschrittlicher. Eliten und ihre gesellschaftliche Relevanz im 21. Jahrhundert.* Hg. Gerhard Feltl, Molden Verlag, Wien 2002. S. 151-160.

¹⁷ Vgl. Hans Jonas: *Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation.* Suhrkamp Taschenbuch Verlag 1984; *Verantwortungsgesellschaft, Conturen* 1998, Penka Angelova: *Verantwortung als Prinzip (bulg)* 2002 u.a.

Das Profil des Masterprogramms für Europa-Studien stellt eine Mischung von Kenntnissen, Fertigkeiten und Werten dar.

Diskussion

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Sie haben sehr interessante Aspekte angesprochen, und ich denke es ist eine gute Abrundung dessen, was Herr Bremen sagte. Die Werte lassen sich nur vermitteln in nationalen Sprachen, beziehungsweise fremde Werte in den Sprachen, in denen man so zu sagen mit der Realität Kontakt hat.

Professor Dr. Penka Angelova

Bildung ist Heimat. Durch die Schaffung der Europastudien bekommen die Studierenden wirklich Europa als Heimat. Das meinte ich jedenfalls auch.

Dr. Christian Bremen

Sie haben auch auf den Wertebegriff fokussiert. Sie haben praktisch gesagt, nur ein starker kulturwissenschaftlicher Anteil kann Werte vermitteln. Wenn man die Frage nach Werten stellt, fragt man auch nach der Identität. Und ich denke, die Frage nach der Identität ist am besten in der europäischen Geschichte aufbewahrt, zumindest in Aachen im Fach Europäische Geschichte.

Professor Dr. Penka Angelova

Die Identitätsproblematik, die multiplen Identitäten (ob man das europäische Geschichte nennt oder europäische Zivilisation oder Kulturgeschichte ist egal) können unterschiedlich bezeichnet werden. Die Hauptsache ist, ein entsprechender Zeitraum steht zur Verfügung, damit die Studierenden auch etwas lernen können, egal wie man es nennt.

Intercultural Aspects of the BRIE Management

Professor Dr Mimi Kornazheva

BRIE-Rousse, Bulgaria

Introduction

BRIE (Bulgarian-Romanian Interuniversity Europe Center) is a project, initiated by the German Rectors' Conference (a co-ordinating institution) and aiming at establishing a format of direct and indirect cross-border higher education cooperation of universities from Bulgaria, Romania, Germany (and Austria from 2005 on).

The political goal of the project has been set up within the Pact for Stability in South Eastern Europe:

- BRIE should contribute to the European integration and to stability through education of students from South Eastern Europe;
- BRIE is expected to generate an impulse for development of the cross-border area through the establishment of a Euroregion;
- BRIE is to foster the opening of the border and act as a pressure group for the free movement of people at the Danube bridge.

The academic goal has been formulated within the Bologna process:

- to position BRIE on the European academic map with a quality label (through accreditation) of master degree programs;
- to provide students with qualifications relevant to the demands of the region via programs set up within inter-university partnerships, ECTS system implementation, staff and student mobility, and double degrees.

Intercultural aspects of BRIE management

BRIE has been developed during four years since the autumn of 2000 at the Bulgarian-Romanian border on the Danube bridge, which is connecting Rousse (Bulgaria) and Giurgiu (Romania). The project network consists of several universities. The two local universities at the Bulgarian-Romanian border are the University of Rousse and the Academy of Economic Studies Bucharest with its College in Giurgiu. The German partners of BRIE-Rousse are Chemnitz University of Technology, European University Viadrina in Frankfurt (Oder) and the University of Bonn and its Center for European Integration Studies, and of BRIE-Giurgiu – University of Mainz and University of Bremen, and the University of Applied Sciences in Gelsenkirchen as a partner of the Business Incubator. The project has been supported by the German Federal Ministry of Education and Research, the German Hertie Foundation, the Robert Bosch Foundation, Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, the Siemens Foundation (since 2004), and the Bulgarian and the Romanian ministries of education and research. The coordinating institution in Germany is the German Rector's Conference. This three-lateral (Bulgarian-Romanian-German) contribution to the project has resulted in:

- institutional setting of BRIE – functioning cross-border management structure under the auspices of Professor Dr. Rita Suessmuth – president of the German Bundestag, and Dr. Z. Zhelev – president of Republic of Bulgaria; BRIE-Rousse and BRIE-Giurgiu office and study centers with renovated, refurbished and library-and computer equipped premises in the city centers; cross-border transportation service via BRIE shuttle and a car (the distance between the two sites being about 20 km); intranet and a telecommunication connection via radio modem;
- overcoming the political and legal constraints of the border area – special arrangements for BRIE staff and students for free movement of taxes across the border at the Danube bridge;
- curricula development and provision of two full-time bi-lingual (German and English) master degree programmes for 90 students (till now) from South-Eastern Europe – European Studies at BRIE-Rousse

and International Business Informatics at BRIE-Giurgiu. The first, second and the fourth semesters of the two programs are offered at the local sites, and the third semester takes place at a German partner university or at a German company as an internship. Both programs are in process of accreditation by the German accreditation agency ACQUIN, the European Studies program at BRIE-Rousse is likely to finalize the procedure by the middle of December 2004.

Considering these results to-date it can be claimed, that the two salient features of BRIE as an innovative format of direct and indirect cross-border cooperation are its successful start and the prospects for its sustainability. Therefore, this paper is an attempt at answering the question why is BRIE surviving and how is BRIE staying together as a three-culture setting. It is based on the definition of culture (proposed by management scholar Ed Schein in his book *Organizational Culture and Leadership*) as being a set of basic assumptions – shared solutions to universal problems of external adaptation (how to survive), and internal integration (how to stay together) – which have evolved over time and are handed down from one generation to the next.

It is taken for granted that the representatives of the three cultures apply culture-specific management approaches, and it is claimed on the grounds of the overall project result that they do not confront each other, but generate a synergy effect. Living the life of the project, i.e. through participant observation of behaviors, the author will try to introduce some culture-specific management approaches of the different partners.

Culture-specific management approaches of the German partners

From the very beginning of the project the German partners have been aiming at attracting and involving key decision makers from Germany, Bulgaria and Romania as political and financial stakeholders of the project. It has been assumed, that such a support is crucial for the survival of the project. Therefore, the rectors and/or vice-rectors of the partner universities have been positioned at the top of the management structure. A body (advisory board, 'Beirat' in German) of politicians and representatives of financial institutions from the private sector has been pro-

posed and later institutionalized as a part of the management structure to advise and monitor the project development. A lot of three-lateral efforts have been invested in persuading potential Beirat members to get involved as BRIE political and financial supporters, and have resulted in a growing number of foundations' representatives, local, regional and national authorities and politicians.

The experience of dealing with political decision makers at national level in Bulgaria and in Romania was frustrating at the beginning of the project. Their behaviours, and especially those of the officials at the ministries of education, were reflecting strongly centralized political cultures and were not in favour of a project being developed somewhere in the periphery. Thus, the main strength of the project – a practical step of cooperation at the Bulgarian-Romanian border, has been perceived by the above mentioned authorities as a weakness. To change such a perception was one of the main challenges in the preparatory phase of the project. We have been successful in our efforts as far as the Bulgarian side is concerned - the national authorities gave evidence of support through making a decision at the level of the Council of Ministers to start negotiations with their Romanian partners for an intergovernmental agreement about cooperation in the framework of BRIE.

A peculiar feature of the German approach was the insistence on a stable cross-border management structure, backed by rules and detailed obligation lists of the management team members in BRIE-Rousse and BRIE-Giurgiu. The structure has been always in the agenda of BRIE management meetings with the intention to improve the format and the content of the organigram of BRIE and the job descriptions. These issues have taken a lot of time, and have generated mutual co-naissance and a compromise between the different perceptions. Thus, contracts between the partners were elaborated and signed, a Statute of BRIE was approved by the academic senates of both universities, protocols of decision making sessions were regularly recorded, annual reports for the Beirat were produced, financial management was strictly documented. The final version of the job descriptions of the management positions is very detailed and precise, as Professor Suessmuth said "they are better, than that of many German projects".

The nature of the project and the pace of its development as perceived by our German partners were reflecting the hard work for quality results as a value of the management style. As part of BRIE, two parallel projects were started in 2001 as a contribution to the regional development in the cross-border area – Elias Canetti House (a culture center in Rouse) and a business incubator in Giurgiu. The start of BRIE itself was a completely new experience, which demanded commitment and imagination. So, the three-lateral project team, we were all supposed to work extra-time, incl. the week-ends and the holidays. On a less serious note instead of 'How are you' we were greeting each other with 'Are you tired' and closing conversations with 'Let's hope to survive till the next BRIE event'.

The quantity of work was immense especially in the first three years: curricula development in foreign languages within a three-culture academia, renovation works at BRIE sites, equipment and bi-lingual library provision, everyday transportation across the border without having the vehicles for that, constraints at the border (this is a story of its own with many actors and arenas), internal problems when positioning the project within the local universities, the 'academic' making of Giurgiu, BRIE corporate identity development, public relations and advertising, public affairs, media relations, financial management, computer services provision and intranet connection, international students and therefore conflict prevention and conflict resolution efforts, conference management, growing scope of all types of communications, meeting quality standards and accreditation of the master programmes in Germany, and so on. To say it frankly, none of the partners was aware of the scope of the work and the prospective battles at the project start. At the same time from the very beginning we had to cope with limited financial resources due to the expenses for travel and conferences within the international scope of work, so local spending had to adapt to the sparkultur. It was difficult for example, to persuade our German partners to allocate funds for overheads, or advertising, or for the human resources (which were not considered at the beginning of the project). Such an approach has been somehow contradictory to the expectations of local service providers, who have had the belief that a project, which is aiming at short-term quality results and European standards, should secure financial or other rewards of the human resources. The local

people were symbolically paid from time to time, and if so they had been using these payments to cover partially their expenses such as mobile phone bills and transportation. For the local management teams it has been a challenge to face such a problem, and it is still considered a risk for the project development.

The communication style of our German partners is direct, open, rational, with clearly structured tasks and prevailing, especially at the beginning, criticism. It can be depicted by the phrase "What I say is what I mean". The clearly structured tasks were perceived as an advantage, and the criticism was embarrassing. According to the local management team it was not realistic to expect perfect achievements of all projects outcomes right away because of the huge scope of work and the dependence on so many factors, which were not under control (for example, the accommodation facilities belong to a separate institution, and not to the university, etc.). On the other hand, it has been a chance for the project, that the office team at the coordinating institution in Bonn has been very involved – we have had long conversations, in which we have been trying to understand each other and explain the different behaviours. This approach has been highly appreciated, and the co-ordinator was conferred the title Doctor Honoris Causa of University of Rouse for his personal commitment and contribution to the project development.

So, to say it shortly, the German solution to the question how to survive is through support on behalf of influential political and financial stakeholders on a large scale, and through an external recognition and quality label of the programmes. And to the question how to stay together – through a stable structure, detailed rules and responsibilities of the people involved.

Culture-specific management approaches of the Romanian partners

The Romanian partners belong to a 90-year institution with more than 20.000 students. It has the reputation of one of the biggest and most popular higher education establishments in the field of economics. Therefore, it has been taken for granted, that this reputation will be

transferred by itself to any new academic development in which the Academy is involved. The challenge for our partners was to overcome the internal resistance and to invest effort and financial resources in a new academic center - the Economic University College, in Giurgiu, which is a small town about 60 km away from Bucharest. The College was supposed to become the shelter for BRIE with its master program in International Business Informatics (three-lateral cooperation with the Bulgarian and the German partners) and the Business incubator (two-lateral cooperation with a German partner). BRIE being a Stability Pact project was perceived as an impulse to position the Academy at large in Giurgiu, to offer study programmes at different levels – pre-bachelor, bachelor and master, and undertake research activities, funded within European and other international projects. The logic was, that the more such academic activities performed, the more prospects for cross-border cooperation will be revealed for the future. And the expectation was, that the local political and administrative stakeholders should be supportive considering these new opportunities and their positive impact on the profile of Giurgiu as a municipality and a district center. Unfortunately, that was not quite the case, and the provision of space for the College, and respectively for BRIE (the premises for the master program and the incubator) took a lot of time and effort, incl. crisis management, for example the strikes and protests of school teachers, when a decision was made to merge two schools and provide space for the studies of the students in one of the schools. After long-lasting efforts in 2004 a three-floor building was renovated and separate premises for the College, the master program and the incubator were allocated and equipped. The local political-and administrative stakeholders were motivated to support these developments on the grounds of identified common interest - they were offered a specially tailored part-time master course in Public Administration by the Academy of Economic Studies Bucharest.

As far as the management structure is concerned, the Romanian partners believed, that it must be rather hierarchical, than a flat one. It should be very clear who is at the top, and who is subordinate, there should be more lower levels in the hierarchy, and this was reflected in the visualization of the structural model we finally agreed. The perception was, that a single person should be empowered to manage the activities in Giurgiu,

(the power position being the motivating factor) and that this person should make the decisions via day-to-day coordination directly with the Rector. The supporting personnel was not expected to make decisions. For example, I was very often told by Romanian co-workers, 'I can not decide on this'. Thus, the person authorized was in charge of everything (from strategic issues to technical problems) and was responsive, when approached by the project partners. He has been deeply involved, spending most of his time in Giurgiu and available to resolve problems at the border, curricular and extracurricular issues.

A peculiar feature of the Romanian management style is the belief, that the cooperation should be based on trust and high level of interpersonal credibility. Phrases, such as 'Avem credinta comuna' (We trust each other), and also: 'We are friends, we have to help each other' were emblematic of this approach. In many encounters with Romanians, we were told in advance, that interpersonal relations are the most important precondition for a successful joint work. Thus, at the beginning of the project we were spending a lot of time on getting to know each other and shaping trustful mutual attitudes, the working part of the meetings was shorter than the social one. Due to these relationships we had the chance to resolve most of the problems of the direct cross-border cooperation (border constraints, transportation, staff and student exchange, financing the accommodation of students in Giurgiu, joint advertisement efforts, regional authorities protocol of support for cooperation within BRIE, a small research project, etc.).

The communication style of our Romanian partners reflects politeness and sense of humour. It is not direct and on the point, but coloured with compliments and soft and emotional preambles. They are diplomats and tough negotiators, able to position their point of view as a dominant agenda topic. The Romanian management team has been producing extensive reports and making long presentations, fighting for their needs with rational and emotional arguments. This way they have been successful in attracting additional funds for research of regional and cross-border issues.

So, shortly speaking, the Romanian solution to the question how to survive has been so far through meeting the interests of the local stakeholders, and through expanding to more niches of cooperation. The solution to the problem how to stay together has been to develop interpersonal relations among the members of the management team as a prerequisite for credibility and trust, and then work together in a friendly and relaxed manner.

Culture-specific management approaches of the Bulgarian partners

To prevent from biased self-perceptions, the author would refrain from depicting behaviours. Here some of the Bulgarian solutions will be shortly presented. As far as the survival of the project is concerned, we believed, that BRIE should deliver transnational quality products (such as the master programs) and to offer them as an innovation to the more and more competitive educational markets. To achieve such a goal sufficient financial resources (and their proper investment) were crucial. Thus, our approach (so far successful) was to control the investment of the available project funds, to attract additional funds and to use them only for the foundation of BRIE and for the master programme in European Studies. (At intra-university levels there was a constant pressure to disperse the project funds and to meet other university needs.) The assumption behind such an approach is, that once conferred, the quality label of BRIE will be attracting political and financial stakeholders for the future project development (people are more likely to identify themselves with success stories), and will be raising the applicant numbers (within the last recruitment campaign 40 applicants for the European Studies programme were registered, about 50% more in comparison with the first campaign).

As far as the management structure is concerned the Bulgarian preference was for a flat one with three European Studies department staff members, most deeply involved and each having dominant responsibilities - the academic issues, the financial operations, the direct cross-border and the other extracurricular activities, one office manager and joint decision making within the team. At the beginning a representative of the Rector was appointed to resolve higher level problems, a position,

which is not existing any more, the Rector being now personally in charge.

To guarantee the internal stability of the project we have been seeking to find ways and motivate people financially. It is considered a must because Bulgaria has been so far at the bottom among EU applicant countries according to incomes by salaries, and regarding the taxation system it ranks second after Slovenia. Therefore, we have been facing the question 'What do I get if I help' (although never clearly articulated) when we have been approaching people from different university offices– the financial department and the computer center, the premises maintenance service, etc. Thus, we have been using limited funds from the tuition fees to make people break their routine, involve in supportive action and work at the edge of laws and local regulations. The end result has been a more flexible approach and positioning BRIE as a specific structure and format of university life.

In terms of communication style we had been trying to adapt to our German partners, being more direct and fact based, and to our Romanian partners - more indirect and attitudes based. We have been also aiming at balancing in conflict situations, sometimes successfully, sometimes not. So, the Bulgarian answer to the question how to survive is – through concrete quality results, thus building the reputation of BRIE as a competitive transnational educational network and on these grounds attracting political and financial stakeholders to support the further project development. And the answer to the question how to stay together – through performing within the established structure, through motivating the people involved and maintaining relations with the partners on the grounds of mutual respect.

Conclusion

The above observations are explicit of the following conclusions:

1. Trust at least to a minimum extent has been achieved (which is a must for any multi-partner enterprise). Tolerance, compromise and cross-cultural awareness on the grounds of a four-year experience in the direct and indirect cooperation have been adopted in the building of the project corporate culture.
2. Synergy effects between the three different approaches have been adding value to the management of BRIE:
 - Bulgarians – managing the project resources for the deepening of the cooperation;
 - Romanians – managing the resources for the widening of the cooperation;
 - Germans – managing the resources at higher project level for the sustainability of the cooperation.

Comment

Dr Krzysztof Wojciechowski

As I have heard your experience is very similar to my experience with Germans and we both succeed with these difficult partners. If you manage to survive the first period of time – the criticism, mistrust and so on – you can count on them for years.

EUCOR: eine grenzüberschreitende Kooperation am Oberrhein

Professor Dr. Richard Kleinschmager

Premier vice-Président de l'université Louis Pasteur, Straßburg

EUCOR ist ein grenzüberschreitender Zweckverband unter dem Namen Europäische Konföderation der Oberrheinischen Universitäten. Sieben Universitäten zwischen Schwarzwald und Vogesen, von drei verschiedenen Ländern, sind die Mitglieder dieses Netzes. Es handelt sich um vier französische Universitäten, die Universität Louis Pasteur, die Universität Robert Schuman und die Universität Marc Bloch in Straßburg, sowie die Universität de Haute Alsace in Mulhouse und Colmar, zwei deutsche Universitäten, die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und die Universität Karlsruhe (TH) und eine schweizer Universität, die Universität Basel.

Die Gründung von EUCOR fand 1989 in Basel mit der Unterzeichnung einer Vereinbarung statt. 1983 hatte mit einem ersten Treffen der Präsidenten und Rektoren der sieben Universitäten ein langer Prozess der Annäherung der Universitäten im Oberrheintal begonnen.

Das Ziel der Konföderation ist die verstärkte Nutzung des wissenschaftlichen und kulturellen Potentials der Region als eines historisch gewachsenen Raumes. Die Ziele des Abkommens waren und bleiben gegenseitige Nutzung von Erkenntnissen und Erfahrungen, Austausch von Wissenschaftlern und Studierenden sowie von technischem und administrativem Personal, gegenseitige Anerkennung von Studienleistungen, Einrichtung gemeinsamer Studiengänge, Durchführung gemeinsamer wissenschaftlicher Vorhaben, Erstellung und Vernetzung von Forschungsdatenbanken, Aufbau interuniversitärer Weiterbildungsprogramme und grenzüberschreitende koordinierte Öffentlichkeitsarbeit.

Die Organisation dieses Zweckverbandes ist als Unterstützung der existierenden Universitäten konzipiert worden. Dass heißt, dass er so leicht und beweglich wie möglich bleiben soll. Deshalb ist der Präsident des Verbandes der amtierende Präsident einer der sieben Universitäten für ein Jahr im Turnus. Die amtierenden Rektoren und Präsidenten der Oberrheinischen Universitäten bilden das Präsidium der Konföderation. Das Sekretariat setzt sich zusammen aus je einem Administrator der Oberrheinischen Universitäten und ist für die Kooperation im Rahmen der Konföderation verantwortlich. Die Geschäftsführung liegt beim Administrator des Präsidenten. Die Sitzungen des Präsidiums finden in der Regel zweimal jährlich statt und werden von den Universitäten im Turnus organisiert. Die Konferenzsprachen sind deutsch und französisch. Protokolle und alle anderen Dokumente werden in beiden Sprachen erstellt.

Die Beschaffung der zur Durchführung von gemeinsamen Studien, Arbeits- und Forschungsprogrammen benötigten Mittel ist Aufgabe der beteiligten Universitäten. Sie stellen ihre Einrichtungen für gemeinsame Veranstaltungen zur Verfügung. Die Reisekosten trägt generell die Entsendende, die Aufenthaltskosten die gastgebende Universität. Nach bilateraler Absprache zwischen den beteiligten Universitäten können Dozenten einen Teil ihrer Lehrverpflichtungen an einer anderen Oberrheinischen Universität erfüllen. Zur Erleichterung der Mobilität der Studenten zwischen den Mitgliedshochschulen wird ein gemeinsamer Ausweis für Studierende der Oberrheinischen Universitäten ausgestellt, dessen Inhaber an den anderen Universitäten die gleichen Benutzungsrechte und Vergünstigungen genießen wie die eigenen immatrikulierten Studierenden.

Ein enormes universitäres Potential

Heutzutage bilden diese sieben Universitäten ein enormes universitäres Potential mit mehr als 90.000 Studenten, über 12.000 Lehrenden und Forschern, einer beträchtlichen Anzahl von Fakultäten, Instituten und Labors in allen Forschungs- und Lehrbereichen.

Dieses Potential ermöglicht Partnerschaften in Studiengängen. Auf dem Gebiet der Biotechnologie, existiert ein gemeinsamer Studiengang, der an

den Universitäten Basel, Freiburg, Karlsruhe und Straßburg stattfindet und mit einem trinational anerkannten Diplom abschließt. In Medizin existieren verschiedene Fortbildungskurse auf Zertifikatsebene wie z.B. der « European Course in Pharmaceutical Medicine », ein Weiterbildungsprogramm der medizinischen Fakultäten in Zusammenarbeit mit den regionalen chemischen Industrien.

Die Studierendenmobilität wird durch den EUCOR-Studierendenausweis unterstützt. Dieser Ausweis eröffnet den Studenten der sieben Universitäten mehrere Möglichkeiten wie die Nutzung des Lehrangebots, Benutzung der Universitätsbibliotheken, der Mensen und anderer Einrichtungen an einer EUCOR-Partneruniversität, ohne weitere Gebühren an der gastgebenden Universität zahlen zu müssen.

2004 wurde in Bad Herrenalb die erste zweisprachige Sommeruniversität in den Umweltwissenschaften mit ungefähr fünfzig Teilnehmern aus verschiedenen Ländern Europas erfolgreich veranstaltet. Das Ausschlussprojekt dieser Sommeruniversität ist die Einrichtung eines bi-oder trinationalen Studienganges (Bachelor/Master) im Fach Umweltwissenschaften nach den Vorgaben der Bologna-Reformen.

Eines der letzten Projekte des Netzes ist EUCOR-virtuale, ein Internetportal für das gemeinsame Lehrangebot mit E-learning-Angeboten, Präsenzveranstaltungen und gemeinsamen Studiengängen. Dazu wird ein EU-Antrag (INTERREG III 2005-2006) gestellt.

Was die Forschung anbelangt sind mehrere wichtige Projekte im Gange oder bereits abgeschlossen: auf den Gebieten der Klimatologie, der Geowissenschaften, der Neurologie, der Archäologie und der Altertumswissenschaften. Es haben sich mehrere Forschungsnetze gebildet, wie z.B. Eltem-Neurex auf dem Gebiet der Neurowissenschaften mit Wissenschaftlern der Universitäten Basel, Freiburg und Straßburg.

Um die Zusammenarbeit im Bereich des Promotionsstudiums zu fördern, haben die sieben Universitäten eine Informationsbroschüre mit den Regeln für ein gemeinsames Promotionsvorhaben (cotutelle de thèse) erstellt.

Zukunft und Perspektiven

EUCOR bleibt eine interessante und stimulierende Möglichkeit für die Entwicklung der Universitäten im Oberrheingebiet. Zusammen und trotz ihrer Unterschiede können sie mehr erreichen als allein. Manches bleibt problematisch wie der Mangel an Austausch von administrativem und technischem Personal, das programmierte Ende der Unterstützung durch die EU-INTERREG-Mittel und die trotz allem problematische Entwicklung des Lernens der Sprache des Nachbarn, Deutsch in Frankreich sowie Französisch in Deutschland. Die Erweiterung des Netzes ist natürlich eine interessante Perspektive. Heidelberg, Tübingen, Stuttgart, Bern, Zürich, Nancy und Metz verfügen in der Nähe des Oberrheins über höchst entwickelte Universitäten. Man kann auch im geographischen Umfeld des Netzes an andere Hochschultypen denken, wie die deutschen Fachhochschulen oder manche französische Écoles d'ingénieur oder sogar an die prestigereiche École Nationale d'Administration, die ihren Sitz heute in Straßburg hat. Eine echte Chance ist natürlich die Entwicklung des Bologna-Prozesses durch die Anwendung der BMP Struktur (Bachelor-Master-Promotion; auf Französisch Licence-Master-Doctorat). Es ermöglicht eine Annäherung durch die Schaffung mehrerer gemeinsamer Studiengänge und Abschlüsse auf den Gebieten, wo die Forschung in diesem Teil Europas auf höchstem Niveau ist. Diese Chance darf EUCOR nicht verpassen.

Diskussion

Dr. Gerhard Duda

Wir wollen ihre Einrichtung kennen lernen, aber auch hören, wie sie verschiedene Hochschulsysteme zusammenbringen oder wie sie eine Schnittmenge zwischen diesen Hochschulsystemen finden, und ich möchte meine weitere Frage vielleicht als Leitfrage formulieren: Alle diese Projekte entstanden als politische Projekte und die Frage ist, wie Sie es schaffen, diese Ideen im Hochschulalltag und in ihrer Region zu verwurzeln, damit es nicht eine politische Idee bleibt, sondern irgendwann im Bauch der Universität und der Bevölkerung der Region ankommt. Das

ist sicherlich nicht einfach und da werden wir sicherlich nicht nur von Erfolgen sprechen.

Frage aus dem Saal

Sie sagten, dass sich EUCOR selbstverständlich dem Bolognaprozess angepasst hat. Bitte klären Sie mich auf, ich dachte immer, die französischen Universitäten haben Vorbehalte gegen den Bolognaprozess mit Bachelor- und Masterabschlüssen?

Professor Dr. Richard Kleinschmager

Wir dachten, es wäre das Gegenteil: die deutschen Universitäten hätten etwas dagegen. Wir haben herausgefunden, dass zwei Drittel der Universitäten Frankreichs schon die neue Bolognastruktur übernommen haben. Es sind zwei Drittel, weil wir in Frankreich mit dem Ministerium auf Nationalebene alle vier Jahre einen Vertrag schließen, und wir sind die letzte Welle der Verhandlungen. Wir werden im September 2005 diese neue Struktur aber gleich in vier Stufen verwirklichen. Also alle Studenten werden in dieser neuen Struktur funktionieren, und dann sind alle französischen Universitäten eingebunden. Wir haben Probleme mit der Universität Karlsruhe, weil deren Ingenieur-Ausbildung nicht genau in die Bologna-Struktur passt. Die Schweizer hatten vorher schon diese Struktur, weil sie versuchen, eine enge Verbindung mit unseren Universitäten zu halten.

Professor Dr. Heiner Dunkel

Ein genereller Kommentar: Mich erstaunt, dass auch im deutsch-französischen Bereich mit den Schweizern zusammen das Problem der Abnahme des Interesses an der Kultur und Sprache des Nachbarn deutlich wird. Ich will es noch schärfer formulieren: Wenn wir Bologna ernst nehmen, dann werden wir davon ausgehen müssen, dass wir mehr Studierendemobilität haben werden und d.h., wir können uns in Wirklichkeit keine Multikulturalität mehr erlauben. Ich gebe ein Beispiel. Von ihrer Hochschule wird jemand für ein Semester nach Flensburg kommen. Er spricht französisch, und wir bieten jetzt interessante Veranstaltungen auf Dänisch an. Das hat für ihn keinen Sinn. Wir können den Studierenden nicht abverlangen, dass jemand Dänisch lernt, um eine interessante Ver-

anstaltung in z.B. den Biowissenschaften zu belegen. Läuft das nicht darauf hinaus, dass wir doch alles in Englisch machen müssen, weil wir auf eine lingua franca umsteigen müssen?

Dr. Gerhard Duda

Diese Frage können wir als weitere Leitfrage über die ganze Veranstaltung stellen.

Das Europäische Collegium der polnischen und ukrainischen Universitäten

Dr. Grzegorz Kuprianowicz

Kanzler des Europäischen Collegium der Polnischen und Ukrainischen Universitäten in Lublin

Einführung

Der Untergang der totalitären Regierungen in Mittelost-Europa gegen Ende des 20. Jahrhunderts hat neue Möglichkeiten geschaffen, um Beziehungen zwischen den Ländern und deren Völkern in unserem Teil Europas aufzubauen. Eine wichtige Rolle für die Zukunft unserer Region spielen hier die polnisch-ukrainischen Beziehungen. Der Zustand der Beziehungen dieser beiden größten Länder und Völker Mittelost-Europas hat und wird eine große Bedeutung haben, die wichtig für Europa allgemein zu sein scheint, und mit den deutsch-französischen und deutsch-polnischen Beziehungen zu vergleichen ist. Die polnisch-ukrainischen Beziehungen haben einen sehr komplexen historischen Hintergrund, der auch durch die Erfahrungen des sowjetischen Totalitarismus und dem unterschiedlichen gegenwärtigen Status beider Länder belastet ist.

Es gab in den 80er und 90er Jahren des 20. Jahrhunderts grundlegende Veränderungen in den polnisch-ukrainischen Beziehungen. Eine völlig neue Situation entstand durch das Erlangen vollständiger politischer Souveränität (1989, 1991). Die polnisch-ukrainischen Beziehungen waren von nun an nicht mehr nur die Beziehungen zwischen zwei Völkern, sondern nun auch zwischen zwei Staaten. Die letzte Dekade war eine Zeit rascher Entwicklung gemeinsamer Beziehungen auf allen Ebenen, von den Staatsbeziehungen auf höchsten Ebenen bis hin zu den vielen unteren, regierungsunabhängigen Initiativen. Hier muss aber auch bemerkt werden, dass es bei diesen Beziehungen an schwierigen

Momenten nicht fehlt, sowie an Gebieten, die man bis jetzt vernachlässigt hat.

Die Wissenschaft und die Hochschulen stehen im Zentrum der polnisch-ukrainischen Beziehungen. Man kann hier mehrere Initiativen aufzählen, die von den Regierungen unternommen wurden, aber auch sehr wichtige von privaten Organisationen. Die Formen und Ebenen dieser Zusammenarbeit sind verschieden. Eine qualitativ neue Form der wissenschaftlich-hochschulpolitischen Zusammenarbeit ist das Europäische Collegium der polnischen und ukrainischen Universitäten (ECPUU).

Das Collegium hat seinen Sitz in Lublin, dem größten polnischen akademischen Zentrum an der Grenze zur Ukraine, sowie mit dem größten wissenschaftlichen Potential entlang der ganzen östlichen Grenze der Europäischen Union. Lublin ist auch ein Ort mit Symbolcharakter, nicht nur wegen seiner geschichtlichen Rolle in den polnisch-ukrainischen Beziehungen und seiner Jahrhunderte währenden Tradition der Multikulturalität, aber auch als das östliche Ende der EU, was treffend mit der Redewendung „Von Dublin nach Lublin“ unterstrichen wird. Letztendlich wurde hier am Vortag des Beitritts der 10 Staaten zur Europäischen Union am 30. April 2004 beim Internationalen Kongress der europäischen Universitätsrektoren Higher Education for United Europe die Lubliner Deklaration angenommen, die die Rolle der akademischen Region und ihrer Universitäten im vereinten Europa definiert hat.

Die Genese des Collegium

Die Idee zur Gründung einer polnisch-ukrainischen Universität in Lublin wurde 1997 von Professor Bohdan Osadczyk formuliert, einem langjährigen Professor der neuesten Geschichte des östlichen Europas an der Freien Universität in Berlin, einem bekannten ukrainischen Emigrationshistoriker und Publizisten. Es war eben Professor Osadczyk der im Mai 1997 das erste Mal vorgeschlagen hat, eine polnisch-ukrainische Universität ins Leben zu rufen, welche die Grundlage für die institutionelle polnisch-ukrainische strategische Partnerschaft sein sollte. Diese Idee hat die Unterstützung einer für die polnische Kultur des 20. Jahrhunderts symbolischen Person erhalten, nämlich von Jerzy Giedroycia, dem Redakteur der

Pariser „Kultura“, welcher Jahrzehnte lang gegen die Dominanz der totalitären Regime die Idee der Zusammenarbeit der Länder und Völker Mitteleuropas propagiert hat und seinerzeit gesagt hat: „Wir bauen die Zukunft [von Polen und der Ukraine] auf der Grundlage von gegenseitigem Verständnis, wir weisen der Jugend das klare Ziel, durch den Dialog und die Zusammenarbeit das Misstrauen und die Vorurteile, die aus der Geschichte entstammen, zu bezwingen.“

Die Idee zur Schaffung einer polnisch-ukrainischen Universität hat in der Lubliner akademischen Gemeinschaft ein breites Echo gefunden. Dazu hat sich auch öfters der Direktor des Lubliner Instituts für Mitteleuropa Professor Jerzy Kłoczowski geäußert. Unterstützt haben diese Idee auch die Oberhäupter zweier Lubliner Universitäten: der Maria Curie-Skłodowska Universität und der Katholischen Universität Lublin, welche im Laufe des Jahres 2000 Verhandlungen in Richtung der Realisation des Konzeptes einer gemeinsamen Universität aufgenommen haben. In die Gespräche über die zukünftige Universität hat sich auch der ukrainische Intellektuelle und damalige stellvertretende Ministerpräsident der Ukraine, Professor Mykoła Żułyński, eingeschaltet.

Im Oktober 2000 wurde die Enthüllung der Tafel mit dem Namen der zukünftigen Universität auf dem Gebäude, wo heute der Sitz des Collegiums ist, durch den damaligen Premier der Ukraine Wiktor Juschtschenko, der bei dieser Gelegenheit noch den Titel honoris causa der Maria Curie-Skłodowska Universität erhalten hat, zu einem symbolträchtigen Akt. Der damals zweite honorierte war nota bene Dr. Jerzy Giedroyc.

Von ukrainischer Seite wurden drei der besten Universitäten zu Partnern bei der Bildung der gemeinsamen Universität: Die Kiewer Nationale Taras Schewtschenko-Universität, die Staatliche Iwan Franko-Universität Lemberg und die Nationale Universität "Kiewer Mohyla-Akademie", Kiew. Im Laufe des Jahres 2000 wurde ein Konzept zur Berufung des gemeinsamen Collegiums ausgearbeitet, welches den Keim für die zukünftige Universität bilden sollte.

Die Entstehung und die ersten Jahre

Dies führte letztendlich zur Unterzeichnung der „Deklaration in Sachen Berufung des Europäischen Collegium polnischer und ukrainischer Universitäten“ und des „Vertrages zur Berufung des ECPUU“ im Dezember 2000. Die Gründer waren also zwei polnische Universitäten, die Maria Curie-Skłodowska Universität in Lublin und die Katholische Universität Lublin, sowie die oben genannten drei führende ukrainische Universitäten, sowie das Mittelost-Europa Institut in Lublin. Zur Realisation des Projektes wurden auch drei staatliche Lubliner Universitäten eingeladen: Die Akademie für Landwirtschaft Lublin, die Technische Universität Lublin und die Medizinische Akademie Lublin. Es wurde die Entscheidung getroffen, dass im Collegium die fünf staatlichen Universitäten Lublins, Doktoranden-Studiengänge einführen werden. Zum Oberhaupt des höchsten Organs des Collegium, des ECPUU Konvents, wurde Prof. Jerzy Kloczowski, der Vorsitzende des polnischen UNESCO-Komitees und Direktor des Mittelost Europa Institutes in Lublin gewählt. Der erste Kanzler des Collegium (entspricht der Rolle des Rektors) wurde Ewa Rybałt.

Im Frühling des Jahres 2001 folgten die ersten ukrainischen Studenten der Einladung des Collegium nach Lublin, die ihre monatliche Probezeit hier absolvierten. Im Sommer 2001 wurde die erste Auswahl des Collegium durchgeführt. Schließlich hat die Auswahlkommission, die aus Repräsentanten aller bei der Schaffung des Collegium beteiligter Universitäten bestand, eine Entscheidung getroffen und hundert polnische und ukrainische junge Forscher wurden zum Doktorandenstudium zugelassen.

Das erste akademische Jahr der ECPUU hat im Oktober des Jahres 2001 begonnen. Die festliche Eröffnung fand am 6. Oktober 2001 statt. Teilgenommen haben die Präsidenten von Polen und der Ukraine, Alexander Kwaśniewski und Leonid Kuchma. Sie haben die Bedeutung der Entwicklung der polnisch-ukrainischen Zusammenarbeit und strategischen Partnerschaft unterstrichen, bei der die Schaffung dieser polnisch-ukrainischen Universität eine große Rolle spielt. In den folgenden Jahren 2002-2003 hat die ECPUU insgesamt weitere hundert Personen aufgenommen.

Finanziert wurde das Collegium von Anfang an aus dem polnischen Budget. Aus speziellen Zuschüssen des polnischen Sport- und Erziehungsministeriums wurden Stipendien für Doktoranden, sowie die Kosten ihrer Ausbildung in den einzelnen Universitäten finanziert. Unterschiedliche Aktivitäten des Collegium wurden auch von privaten Sponsoren und Stiftungen unterstützt.

Das Funktionieren des Collegium stand immer wieder vor vielen Problemen und Schwierigkeiten, die aus der Eigenart des ECPUU, sowie aus den Resultaten der nur bedingten Zusammenarbeit in Sachen Bildungspolitik von Polen und der Ukraine resultierten. Ein grundlegendes Problem, welches bis heute besteht, ist das Fehlen eines rechtlichen Statuts. Das Collegium wurde von fünf Universitäten berufen, hat aber nicht den Status einer juristischen Person erhalten, und so funktioniert es schon seit fast vier Jahren. Ein weiteres Problem, welches aus dem vorherigen resultiert, ist das Problem der Finanzierung. Wie schon erwähnt erhält das Collegium für seine Aktivitäten Zuschüsse aus dem MENiS RP (Polnisches Ministerium für Bildung und Sport). Aufgrund des fehlenden juristischen Status konnte das Konzept zur Mitfinanzierung durch die Ukraine noch nicht umgesetzt werden. Die Zuschüsse aus dem polnischen Ministerium werden über die Maria Curie-Skłodowska Universität zugeleitet.

Ein weiteres sehr schwerwiegendes Problem, welches kurz nach Beginn der Aktivität des Collegium auftrat, war die Finanzierung der Stipendien für einige der Gruppen von Zuhörern, durch das Büro für Anerkennung von Ausbildung und Internationalen Austausch des MENiS RP. Dies betraf die Polen. Daher wurden im Jahre 2002 keine polnischen Staatsangehörigen zum Collegium zugelassen und im Jahre 2003 nur eine sehr kleine Zahl (ihre Stipendien werden aus anderen Quellen finanziert). Es trat auch ein Problem auf mit den Stipendien für die Hörer des ECPUU und der Medizinischen Akademie (diese Universität untersteht auch dem Gesundheitsministerium Polens). Deshalb mussten Studierende über einen gewissen Zeitabschnitt auf ein Stipendium verzichten. Letztendlich haben sie über ein Jahr hindurch Stipendien aus den Stiftungen der Pruszyński Familie bezogen und erst im akademischen Jahr 2004/2005 haben sie erneut das Stipendium aus dem BUWiWM (Büro für Aner-

kennung von Ausbildung und Internationalen Austausch) des MENiS bekommen.

Andere Probleme des Collegiums resultierten aus den Unterschieden in den Erziehungssystemen beider Länder. Die Lehrprogramme in beiden Ländern sind verschieden, und auch die Ansprüche an die Doktoranden. Die Organisation des Bildungswesens, die Art der Universitäten, die Noten und wissenschaftlichen Titel in der Ukraine und in Polen entsprechen sich nicht immer gegenseitig. Und endlich ist da auch noch das Schlüsselproblem der Anerkennung der Hochschulbildung. In der gegenwärtigen Situation müssen die Diplome, die von dem polnisch-ukrainischen Collegium vergeben werden, in der Ukraine nostrifiziert werden.

Eine Lösung vieler Schwierigkeiten für das Collegium und die Eröffnung neuer Perspektiven für die Entwicklung könnte die Unterzeichnung eines internationalen polnisch-ukrainischen Vertrages über das Collegium bedeuten. Die Arbeit an einem solchen Vertrag dauert mittlerweile schon mehrere Jahre. Die Projekte werden gegenwärtig im MENiS RP und im Bildungsministerium der Ukraine besprochen. Wir rechnen damit, dass dieser Vertrag in nächster Zeit unterschrieben wird.

Der gegenwärtige Zustand des Collegium

Gegenwärtig studieren 166 Doktoranden, 136 Bürger der Ukraine, 19 Bürger Polens, 6 Bürger Weißrusslands, und jeweils ein Bürger aus Kasachstan, Litauen, Moldawien, Russland und Slowenien am Collegium. Das Studium dauert vier Jahre. Die Hörer des ECPUU absolvieren ihr Studium an einer der fünf öffentlichen Universitäten in Lublin: der Maria Curie-Skłodowska Universität (99 Personen), der Katholischen Lubliner Universität (50), der Landwirtschaftlichen Akademie Lublin (6), der Technischen Hochschule Lublin (4) und der medizinischen Akademie Lublin (7). Unter der Führung der Professoren dieser Hochschulen schreiben die Hörer des Collegium ihre Doktorarbeiten, und an einer dieser Universitäten wird schließlich das Verfahren der Verteidigung der Doktorarbeit durchgeführt, und dort erhalten sie letztendlich den wissenschaftlichen Dokortitel. Die Problematik der Forschung, die von den Hörern des Collegium durchgeführt werden, umfassen mehrere Gebiete beginnend

mit den historischen Wissenschaften, wie z.B. Geschichte, Philologie, Kulturwissenschaften, Kunstgeschichte und Philosophie, so wie auch Ökonomie, Mathematik, Physik, technische, medizinische und wirtschaftliche Wissenschaften.

Die Existenz des Collegiums hilft den Wissenschaftlern beider Länder beim Kennenlernen der wissenschaftlichen Erkenntnisse des jeweiligen Nachbarlandes. Die Eigenart des Studiums am Collegium liegt nicht nur in dem Programm der jeweiligen Universität, sondern auch in dem zusätzlichen didaktischen Programm des ECPUU, welches der Schaffung einer europäischen Identität und der Ausweitung des Wissens über Mittelost-Europa dient. Unabhängig von der Fakultät, die die Hörer eines Promotionsstudiums am ECPUU besuchen, erhalten sie Vorlesungen zur europäischen Problematik im Bereich der Politik, Jura, Kulturwissenschaften, Geschichte, Philologie, Ökonomie, Soziologie und Philosophie. Diese Vorlesungen werden von herausragenden Gelehrten aus Polen, der Ukraine und anderen Ländern der Europäischen Union gehalten.

Die Hörer des Collegiums haben auch die Möglichkeit, die Kulturen und Traditionen von Polen und der Ukraine kennen zu lernen. Bürger der Ukraine besuchen Vorlesungen in polnischer Sprache, die polnischen Bürger wiederum Vorlesungen in der ukrainischen Sprache und Bürger anderer Länder besuchen beide Vorlesungen. Dies erlaubt den Hörern des Collegiums unmittelbar von den wissenschaftlichen Erkenntnissen des jeweiligen Nachbarlandes zu profitieren, was bei der Forschung über Mittelost-Europa außerordentlich wichtig ist.

Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeiten der Hörer des Collegiums werden bei den jährlichen Tagen der Wissenschaft des ECPUU präsentiert. Es wird auch ein Jahrbuch herausgegeben, in dem die Hörer die Möglichkeit haben, ihre Forschungsergebnisse zu präsentieren, neben zahlreichen anderen wissenschaftlichen Publikationen bei anderen Verlagen. In den Jahren 2002 und 2003 wurden zwei Bände des „ECPUU Jahrbuches“ herausgegeben und der dritte Band ist bereits in Arbeit.

Das Collegium ist gleichzeitig ein Platz zum Aufbau freundschaftlicher und auf Partnerschaft basierender Beziehungen, nicht nur ein Platz für wissenschaftliche Forschung, aber auch zum Nachdenken über die ukrainisch-polnischen Beziehungen und über die gemeinsame Geschichte beider Länder, sowie über die Gegenwart und die Zukunft. Es finden hier wichtige Debatten und Diskussionen über die gemeinsamen zukünftigen und gegenwärtigen Beziehungen statt, sowie über die gegenwärtigen Perspektiven und Verhältnisse beider Länder.

Das ECPUU ergreift auch Initiativen, um den Polen und Ukrainern das gegenseitige Kennenlernen zu erleichtern, sowie zur besseren Positionierung beider Länder im allgemeineuropäischen Zusammenhang. Dank dem Studium am Collegium lernen junge Ukrainer Polen und die polnische Sprache und Kultur gut kennen. Analog dazu haben die Polen Kontakt mit der ukrainischen Sprache und Kultur.

Es werden verschiedenartige Aktivitäten unternommen, um in Polen die ukrainische Wissenschaft und Kultur vorzustellen (in Zukunft auch in anderen europäischen Ländern). Eine besondere Rolle spielt hier das im Rahmen des ECPUU geschaffene Zentrum für die ukrainische Sprache und Kultur. Seit einigen Monaten wird ein Internet-Portal in polnischer Sprache zum Thema der ukrainischen Kultur „Die goldenen Pforten“ – ukrainische Kultur „online“ vorbereitet, dessen Ziel darin besteht, den Polen und allen Personen, die der polnischen Sprache (die ja bereits offiziell zu den EU-Sprachen zählt) mächtig sind, die ukrainische Kultur besser zu vermitteln.

Perspektiven

Die Erweiterung der EU im Jahre 2004, dazu zählt natürlich die Aufnahme Polens, hat eine neue Situation geschaffen – einige von den mittelost-europäischen Ländern sind formell der europäischen Familie beigetreten. Dies war die Realisierung ihrer europäischen Aspirationen, aber auch gleichzeitig die Aufforderung zur weiteren Ausdehnung des europäischen Raumes des Wohlstands und der Stabilität. Es entstand die Notwendigkeit, eine Formel für die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihrer neuen mittelost-europäischen Mitgliedern darin und den

mittelost-europäischen Ländern, die der Europäischen Union noch nicht beigetreten sind und somit zu den östlichen Nachbarn der Union wurden. Eine Schlüsselrolle spielt weiterhin die Ukraine, eines der größten europäischen Länder, deren Grenze mit der EU die längste östliche Grenze zur Union ist.

Eine große Rolle im Bau dieser neuen europäischen Realität kann das Europäische Collegium Polnischer und Ukrainischer Universitäten spielen. Die Tätigkeit des Collegiums dient der Schaffung junger ukrainischer Eliten, die im sich vereinenden Europa die Zukunft sehen. Dank dem ECPUU lernen junge Ukrainer die Europäische Union kennen. Sie können die positiven Veränderungen, die seit Polens EU-Beitritt und dank der europäischen Integration stattfinden, verfolgen und sich so schließlich theoretisches Wissen über die EU aneignen. Auf natürlichem Weg werden sie zu einer Lobby, die sich für Europa ausspricht.

Die Erweiterung der Europäischen Union eröffnet somit dem Europäischen Collegium Polnischer und Ukrainischer Universitäten neue Perspektiven, aber sie stellt auch gleichzeitig neue Herausforderungen. In dem neuen Umfeld, im Einklang mit dem Prozess von Bologna, müsste das ECPUU zu einer modernen europäischen Universität auf der Ebene der Doktorandenausbildung werden. Dies müsste zu einer Universität mit besonderen Aufgaben und Rollen führen. Sie sollte der Ausweitung des Europäischen Bildungsraumes über die Grenzen der EU hinaus dienen, insbesondere in Richtung Ukraine.

Die Forschungsprojekte, die am Collegium durchgeführt werden, werden sich in Zukunft mit der breit verstandenen Problematik Mittelost-Europas, mit den Schwerpunkten, wie Ökonomie, Jura, Geschichte, Linguistik, Literaturwissenschaften, Kulturwissenschaften, Philosophie, Politologie, Internationalen Beziehungen, Pädagogik und Psychologie beschäftigen. Dies wird das Profil des Collegium sein, dank der entsprechenden Entscheidung seines wichtigsten Organs – des Konvents des ECPUU – im Mai des Jahres 2004 in Kiew, als auch neue Oberhäupter des Collegium gewählt worden: Zum Ehrenvorsitzenden des Konventes wurde Jerzy Kloczowski, zum Vorsitzenden des Konvents Professor Jan Pomorski, der

Prorektor der Maria Curie-Skłodowska Universität und zum Kanzler Grzegorz Kuprianowicz gewählt.

Das Collegium kann in naher Zukunft nicht nur eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Zusammenarbeit in Mitteleuropa spielen, aber auch zur Intensivierung der gemeinsamen Forschung in dieser Region unseres Kontinentes mit den Ländern Westeuropas, sowie mit nichteuropäischen Ländern, beitragen. Ein Schlüsselaspekt des Handlungsspielraums des Collegium ist die Einführung der Mitteleuropa-Problematik, eingeschlossen der polnisch-ukrainischen Beziehungen, in die europäische Forschung. Aber das Collegium soll auch der Entwicklung der polnisch-ukrainischen wissenschaftlichen Zusammenarbeit dienen, was in diesem Moment besonders wichtig ist, da die polnisch-ukrainische Grenze zur Grenze der Europäischen Union zu der Ukraine wurde. Die zukünftigen Absolventen des Collegium sollten zu „Werbeträgern“ der ukrainischen und, spezifischer ausgedrückt, der mitteleuropäischen Problematik in dem sich integrierenden Europa werden.

Diskussion

Dr. Gerhard Duda

Sind alle Doktoranden physisch in Lublin anwesend und für wie viele Jahre? Oder kommen sie und wechseln hin und her über die Grenze?

Dr. Grzegorz Kuprianowicz

Generell ist es so, dass sie über vier Jahre in Lublin anwesend sind, und sie arbeiten in Lublin an ihren Promotionen, außer, wenn sie Forschungsvorhaben außerhalb von Lublin durchführen müssen. Generell sind sie also ständig in Lublin.

Frage aus dem Saal

Können Sie vielleicht an einem Beispiel Inhalte des Promotionsstudiums kurz schildern, vor allem in Differenz zu einem herkömmlichen Master- oder Diplomstudium? Was bietet man dort zusätzlich an Inhalten?

Dr. Grzegorz Kuprianowicz

Doktoranden in unserem Collegium promovieren an einer von fünf Lubliner Hochschulen. An diesen Hochschulen gibt es außer dem Bachelor- und Masterstudium auch ein Doktorandenstudium. Für unsere Doktoranden machen wir keine gesonderten Doktorandenprogramme, sondern sie nutzen die bestehenden Programme der jeweiligen Hochschulen. Die Angebote haben ein hohes wissenschaftliches Niveau. Das sind zusätzliche Veranstaltungen, die die jungen Wissenschaftler um bestimmte Wissensbereiche und Fähigkeiten bereichern, die ihnen während des Studiums hilfreich sein können. Das Studium ist also anders als bei Bachelor und Master, eher auf die selbstständige Arbeit und die Zusammenarbeit mit dem Doktorvater ausgerichtet.

Frage aus dem Saal

Diese Initiative kann auch als eine Vorbereitung der Ukraine auf den EU-Beitritt und die europäischen Bildungsprofile gedacht sein. Ist das eine explizite Zielsetzung? Sollen aus diesem Collegium heraus Impulse politischer Art für die Ukraine kommen? Sollen die Studenten im Sinne einer demokratischen Grundordnung erzogen werden, sollen sie mitteleuropäische Werte mitnehmen, sollen sie der Ukraine helfen, sich auf Europa vorzubereiten? Sollen sie später zurück in ihre Heimat gehen und verantwortliche Positionen einnehmen? Sind das alles, so zu sagen, unausgesprochene Ziele?

Dr. Grzegorz Kuprianowicz

Ich würde nicht sagen, dass wir direkt politische Ideen weiterleiten. Unser Ziel ist die Bildung einer pro-europäischen ukrainischen Elite, die offen gegenüber europäischen Ideen ist. Demokratie ist natürlich einer der wichtigsten Werte. Die jungen Wissenschaftler lernen während der vier Jahren des Studiums die europäische Problematik kennen und auf diese Weise werden sie zu Vorläufern der zukünftigen pro-europäischen Elite der Ukraine.

Traditionen und Perspektiven der Kooperation mit den Universitäten Mittel- und Osteuropas

Dr. Oleksandr Ivanov

Taras-Schewtschenko-Universität Kiew

Die Kiewer Nationale Taras-Schewtschenko-Universität wurde per Erlass des russischen Zaren Nikolaj I. im Jahre 1834 als russische Universität im kulturell-historischen Zentrum im südwestlichen Teil des Russischen Reiches gegründet. Hier lebten neben den Ukrainern viele Polen, besonders auf dem rechten Dnjepr-Ufer. Anfang der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts brach die polnische nationale Befreiungsbewegung aus. Dieser Aufstand wurde blutig niedergeworfen. Die ideologische Reaktion des Zaren brachte es mit sich, dass eine Reihe von polnischen Bildungseinrichtungen geschlossen wurden (die Universität Vilnius und das Lizeum Kremenez). Dafür wurde die russische Universität in Kiew eröffnet. Diese Universität bekam damals den Namen des Großfürsten Wolodymyrs, der Ende des 10. Jahrhunderts in Kiew die Christianisierung seines Staates - der Kiewer Rus - begann.

Von Anfang an entwickelte sich die Universität auf einem festen Fundament der europäischen Universitätstraditionen und in engen Beziehungen zu anderen europäischen Universitäten. Die Universität baute auf dem Bildungssystem auf, das Russland in bedeutendem Maße aus Deutschland übernommen hat. Der deutsche Einfluss ist daran sichtbar, dass viele Professoren aus der Baltischen Region, und zwar besonders von der Universität Dorpat, nach Kiew eingeladen wurden. Sie waren deutscher Herkunft oder hatten einst an deutschen Universitäten studiert. Laut vorläufigen Schätzungen waren unter den Professoren der Universität im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts 27 deutscher Herkunft. Außerdem hatten 14 Privatdozenten und andere Mitarbeiter der Universität deut-

sche Namen¹⁸. Drei Rektoren der Universität waren deutscher Herkunft, darunter Prof. M.F. Bunge, Prof. M.K. Rennenkampf und Prof. E.R. Trautfetter. Der deutsche Einfluss auf die Universität war in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens so ausgeprägt, dass man damals von einer „deutschen Partei“ in der Universität sprach. Diese Partei machte der „polnischen“ und der „russischen“ Partei der Universität Konkurrenz.

Der ukrainische Einfluss in der Kiewer Universität war im 19. Jahrhundert kaum merkbar. Es war jedoch kennzeichnend, dass man als ersten Rektor der Kiewer Universität den 29jährigen Professor für Botanik der Moskauer Universität, Mychajlo Maksymowytsch, wählte. Der Herkunft nach war er Ukrainer. Er begann eine Reihe von Untersuchungen im Bereich der ukrainischen Landeskunde und leitete den Lehrstuhl für Philologie. Maksymowytsch hatte sowohl in den Natur- als auch in den Geisteswissenschaften so umfassende Kenntnisse, dass er mühelos von der Botanik zur Philologie wechseln konnte.

Aus diesen historischen Gründen ist es verständlich, dass die internationalen Beziehungen der Universität sich besonders eng zu dem deutschsprachigen Raum entwickelten. Davon kann man sich anhand folgenden Beispiels überzeugen. Innerhalb der ersten Phase ihres Bestehens – in der vorsowjetischen Zeit (1834-1918) – haben 234 Personen den Titel eines Ehrendoktors oder Ehrenmitglieds der Universität bekommen. 46 von ihnen waren Wissenschaftler, die an deutschen oder österreichischen Universitäten lehrten, d.h. jeder fünfte Ausgezeichnete kam aus dem deutschen Sprachraum.

Leider waren die Traditionen der breiten internationalen Partnerschaftsbeziehungen zu sowjetischen Zeiten, besonders in der Zeit von 1930 bis 1950, beinahe abgebrochen. Sie wurden erst allmählich zu späteren sowjetischen Zeiten – seit Ende der 60er Jahre – wieder aufgenommen und in den 90er Jahren, nachdem die Ukraine unabhängig geworden war, entwickelten sie sich besonders schnell.

¹⁸ Vgl. Винниченко, Ігор; Винниченко, Дмитро. Німці в історії Київського університету. // Етнічна історія народів Європи: Збірник наукових праць. Випуск 16. – К.: УНІСЕРВ, 2004, №37-42. (Wynytschenko, Igor und Dmytro. Deutsche in der Universitätsgeschichte. // Ethnische Geschichte der Völker Europas: Ausgabe 16. – Кіев: UNISERW, 2004, S.37-42.)

Als Beispiel dafür gilt wieder die Praxis der Ehrentitelverleihung an ausländische Gelehrte, die Ende der 60er Jahre wieder aufgenommen wurde. In dieser Zeit, d.h. im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, wurden 59 Wissenschaftler, Künstler und Politiker aus 24 Ländern der Welt mit dem Ehrendokortitel ausgezeichnet. Und die größte Zahl der Geehrten kommt aus Deutschland – sechs Personen. Den zweiten Platz belegen die Wissenschaftler aus Russland und Ungarn – fünf Personen aus jedem Land. Weiter folgen vier Ehrendoktoren aus den USA und Großbritannien, drei Ehrendoktoren aus Indien, Taiwan und Frankreich, jeweils zwei aus Bulgarien, Polen, der Slowakischen Republik und Südkorea. Jedes andere Land hat einen Vertreter.

Die Untersuchung der Ehrendoktorlisten deckt noch eine weitere Besonderheit der Entstehung und Entwicklung der internationalen Beziehungen der Kiewer Universität auf. Die Mehrheit der Ehrendoktoren sind Professoren unserer Partneruniversitäten, mit denen die Kiewer Universität gute bilaterale Vereinbarungen hat und einen regen akademischer Austausch pflegt. Was Deutschland betrifft, so sind fünf von sechs Ehrendoktoren Professoren unserer Partneruniversitäten, und zwar sind drei Professoren an der Leipziger Universität, einer lehrt an der Münchener Ludwigs Maximilian Universität und einer an der Universität Konstanz.

Heutzutage hat die Kiewer Universität in 19 Fakultäten mehr als 20.000 Studierende und 2.500 Lehrkräfte und Wissenschaftler. Wir haben bilaterale Vereinbarungen über akademische Zusammenarbeit mit 84 Universitäten aus 42 Ländern der Welt. Die deutschen Universitäten übertreffen auch hier die anderen nicht nur der Zahl nach. Es gibt auf Universitäts-ebene eine Kooperation zwischen der Universität Kiew und den Universitäten Kiel, Konstanz, Leipzig und München, und eine ganze Reihe von Kooperationen entwickelt sich auf der Ebene der Zusammenarbeit zwischen separaten Fakultäten oder Fächern (z.B. mit der Universität Bielefeld – Mathematik, Universität Greifswald – Slawistik, Universität Duisburg – Chemie, Universität Bremen – Wirtschaft u.a.). Einige Hochschulen sind Partner der Kiewer Universität im Rahmen von TEMPUS-Projekten geworden, die von der EU finanziert wurden (Universität Hannover - 1994, Universität Münster - 1997, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen - 1999, Universität Regensburg - 2001).

Die Zusammenarbeit mit deutschen Universitäten ist regelmäßig, intensiv und ergebnisreich für Professoren und Studenten der Kiewer Universität. So sind zum Beispiel im vorigen Jahr 2003 fast 800 Lehrkräfte, Wissenschaftler und Studenten der Kiewer Universität ins Ausland zum Studium, Forschung und Unterricht gefahren. Fast jeder sechste von ihnen fuhr nach Deutschland. Einen solchen intensiven akademischen Austausch pflegt die Universität sonst nur noch zu Polen und Russland. Es ist hervorzuheben, dass wir heutzutage sehr gute Partnerschaftsbeziehungen zu sechs polnischen Universitäten haben und zwar zu den Universitäten Warschau, Wrocław, Gdańsk, Krakau u.a. Die Universität Kiew ist auch Mitglied eines Universitätskonsortiums, und zwar des Europäischen Kollegiums der Polnischen und Ukrainischen Universitäten (ECPUU), das in Lublin seinen Sitz hat. Herr Dr. Grzegorz Kuprianowicz, Kanzler des EK-KUU, hat schon über die Struktur, die Ziele und die ersten Schritte dieser Einrichtung gesprochen. Die zweite Gruppe der Austauschintensität nach bilden die Tschechische Republik, Frankreich und die USA. Zur dritten Gruppe gehören Großbritannien, Italien, Schweden und Österreich.

Die Ursache dieser Situation liegt darin, dass es erstens um die oben genannte Orientierung am deutschen Bildungssystem geht. Zweitens war die geografische Lage Deutschlands und seine Nähe im Vergleich zu anderen entwickelten Ländern bedeutsam. Drittens spielt das gut ausgebaute und entwickelte Veranstaltungs- und Finanzierungssystem des internationalen akademischen Austausches in Deutschland eine sehr wichtige Rolle, das vom DAAD organisiert und finanziert wird. Der DAAD ist auch der Hauptsponsor für unsere bilateralen Programme der Zusammenarbeit mit deutschen Universitäten. Er eröffnet Möglichkeiten für die Realisierung von individuellen Zielen der Studenten, Forscher und Professoren verschiedener Fächer als auch für viele großzügige Projekte und Programme der Zusammenarbeit, an denen Universitäten oder andere Bildungsanstalten teilnehmen.

Selbstverständlich ist der Zustrom von akademischen Austauschinteressenten aus Osten nach Westen intensiver als in umgekehrter Richtung. Die allgemeinen Umstände und Faktoren müssen auch in Betracht gezogen werden, denn so bleibt unsere Zusammenarbeit mit europäischen Universitäten begrenzt.

Erstens geht es um die allgemeine Situation in der Ukraine, die auch bis jetzt ihre Transformationsprozesse in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erlebt. Es mangelt noch an der staatlichen Finanzierung der Ausbildung. Als Alternative dafür entwickelt sich die kommerzielle Richtung der Ausbildung, die sich in Gründung einer Reihe von nicht-staatlichen Hochschulen zeigt. Das Studium an solchen Hochschulen ist entgeltlich. Allerdings müssen auch teilweise staatliche Hochschulen Studiengebühren einführen.

Zweitens, die Entwicklung unserer akademischen Austauschprogramme mit mitteleuropäischen Universitäten leiden auch unter den mangelnden Fremdsprachenkenntnissen unserer Studenten und Lektoren. Erfreulich ist die Tatsache, dass in den letzten Jahren in dieser Richtung positive Änderungen zu bemerken sind. Immer mehr Studenten und Doktoranden, die die deutsche Sprache ungenügend beherrschen oder diese Sprache überhaupt nicht gelernt haben, bemühen sich die Sprache zu erlernen und im Studium, in der Forschungs- und Fachtätigkeit zu benutzen. Viele bevorzugen das Erlernen der deutschen Sprache im Goethe-Institut in Kiew.

Drittens, nach der Erlangung der Unabhängigkeit begann die Ukraine ihr Ausbildungssystem zu reformieren. Dieser Prozess ist noch nicht zu Ende. Aber einige der wichtigsten Richtungen dieser Reform sind schon bestimmt. Es ist die Umorientierung auf das mehrstufige anglo-amerikanische System der Hochschulausbildung (Bakkalaureus – Magister), was auch Einfluss auf die akademische Kooperation mit Mitteleuropa haben wird. Diese neuen Bedingungen der bilateralen Zusammenarbeit sind schon in der Vereinbarung über die akademische Zusammenarbeit zwischen der Hochschulrektorenkonferenz Deutschlands und der Ukraine berücksichtigt. Dieses Abkommen wurde im April 1998, nach zweijähriger Arbeit der gemischten deutsch-ukrainischen Expertenkommission, verabschiedet und hat sich als eine solide Grundlage für den Ausbau der Hochschulbeziehungen bewährt.

Obwohl Kiew ca. 500 Kilometer von der Grenze zu seinem westlichen Nachbarn Polen entfernt liegt und das Europäische Kollegium der Polnischen und Ukrainischen Universitäten in Lublin, zu dem auch als Mitbe-

gründer die Kiewer Nationale Taras Schewtschenko-Universität gehört, noch keine echte grenzüberschreitende universitäre Einrichtung ist, hat diese internationale Tagung sowohl interessante und wertvolle Erfahrungen, als auch einen starken Antrieb für unsere Kooperation mit den Universitäten Mittel- und Osteuropas gegeben.

Erfolge und Misserfolge bei der Zusammenarbeit: Die Filiale der Schlesischen Universität in Cieszyn und die Universität in Ostrawa in der Tschechischen Republik

Professor Dr. Halina Rusek

Schlesische Universität, Filiale in Cieszyn

Die im Titel erwähnten Einrichtungen arbeiten seit mehr als 30 Jahren miteinander und haben bei diesem Prozess mehr Erfolge als Niederlagen erlebt. Letztere haben Barrieren, Unzulänglichkeiten und formelle Einschränkungen bei einer solchen Zusammenarbeit aufgezeigt, aber auch Möglichkeiten, um diese zu eliminieren. Dies ist aber nicht immer möglich und solche Situationen sollten genauer unter die Lupe genommen werden, um doch Lösungen zu finden. Zu den Misserfolgen der Zusammenarbeit der Schlesischen Universität und der Universität in Ostrawa gehört die Schließung (für ein Jahr) der polnisch-tschechischen Schule für Bildung und Kultur im Jahre 2002.

Die Filiale der Schlesischen Universität in Cieszyn wurde 1971 gegründet und ist gegenwärtig die größte überregionale Einrichtung der Schlesischen Universität, die Abteilungen in Katowice, Sosnowiec, Chorzów, Rybnik, Jastrzab und Cieszyn hat. Im Moment existieren in dieser Filiale zwei Fakultäten: Die Kunstfakultät und die Fakultät für Ethnologie und Pädagogik. Die Ertere bietet folgende Studiengänge an: Graphik, Instrumentalistik, künstlerische Bildung in plastischer Kunst und Musik, die Letztere Ethnologie und Pädagogik. Gegenwärtig studieren in Cieszyn 5.728 Studenten (an der Kunstfakultät – 1.059, tagsüber 527, abends 532 und an der Fakultät für Ethnologie und Lehre über Bildung und Kultur 4.669, tagsüber 2.545, abends 2.124).

Die Filiale der Schlesischen Universität ist eine Hochschule im polnisch-tschechischen Grenzgebiet (Staatsgrenze und ethnische Grenze). Es verwundert daher kaum, dass unter den ausländischen Studierenden in Cieszyn vor allem im Zaolzie lebende Angehörige der polnischen Minderheit Tschechiens studieren. Die Universität Cieszyn liegt in einer der interessantesten Kulturregionen Tschechiens. Das im Jahre 1920 durch die Staatsgrenze geteilte Cieszyński Śląsk ist eine Region mit einer eigenen kulturellen Identität, die sich durch eigene Gebräuche und künstlerische Traditionen, aber vor allem der Sprache auszeichnet. Die Bewohner benutzen im Alltag einen Westcieszyn-Dialekt, der von Kennern als der dem Altpolnischen nahestehende Dialekt angesehen wird. Dieser Dialekt wird auf beiden Seiten der Grenze gesprochen, jedoch werden auf der tschechischen Seite mehr Tschechismen benutzt.

Die gegenwärtige Kultur des Schlesischen Cieszyn wurde von vielen politischen und kulturellen Einflüssen aus der Vergangenheit geformt, und zwar aus tschechischen, deutschen, österreichischen, slowenischen, jüdischen, aber vor allem aus polnischen Einflüssen, was daher rührt, dass diese Länder über Jahrhunderte oft ihre Staatszugehörigkeit wechselten. Die Eigenart dieser Region findet sich im wissenschaftlich-didaktischen Profil der Schlesischen Universität wieder. Forschung, Diplomarbeiten der Studenten, studentische Praktika und wissenschaftliche Camps behandeln das Thema der schlesischen, tschechischen und polnischen Kultur, Religion, Multikulturalität, der internationalen Zusammenarbeit, aber auch der Volkskultur und der Folklore. In der Forschung sind auch die Probleme der Grenzregion vertreten: das Problem der sich mischenden Kulturen, der eigenen Identität der Grenzregion, der Bildung in multikultureller Umgebung und die Probleme der verschiedenen Minderheiten.

Diese Aktivitäten der Universität Cieszyn wurden im Jahre 2002 zur Basis der Gründung der Internationalen Schule der Wissenschaft für Bildung und Kultur in Cieszyn auf Grund einer Vereinbarung, die zwischen der Schlesischen Universität und der Universität in Ostrawa in der Tschechischen Republik getroffen wurde. Der tschechische Partner der Filiale – die Universität in Ostrawa – wurde 1991 als Ergebnis der Umgestaltung einer seit 1964 existierenden pädagogischen Fakultät gegründet. An

dieser Universität studieren gegenwärtig 6.800 Studenten. Der wissenschaftlich-didaktische Lehrkörper besteht aus 612 Mitarbeitern.

Am 21. März 2002 wurde zwischen der Schlesischen Universität und der Universität in Ostrawa der Vertrag zur Schaffung der internationalen Schule der Wissenschaften für Bildung und Kultur in Cieszyn und Ostrawa MSzNoEiK als Anhang zum Vertrag über die Zusammenarbeit der Schlesischen Universität und der Universität in Ostrawa aus dem Jahr 1996 unterschrieben.

Der Vertrag aus dem Jahr 2002 beinhaltet die Feststellung, dass das MSzNoEiK aus dem tschechischen Collegium mit Hauptsitz in Ostrawa und dem polnischen Collegium mit Hauptsitz in Cieszyn besteht. Beide Collegien sollten gleich gestellt sein und beide sollten gemäß den rechtlichen Vorschriften ihrer jeweiligen Heimatuniversität handeln.

Besondere Regeln wurden in den „Vorschriften der Internationalen Schule für Wissenschaften der Bildung und der Kultur“ erfasst. Es wurde unter anderem beschlossen (Auszüge):

- Es werden zwei gleichwertige Namen eingeführt, der polnische Name „Międzynarodowa Szkoła o Edukacji i Kulturze“ und der tschechische Name „Mezinárodní ústav humanitních studií“:
- Die Schule ist eine gemeinsame didaktische und wissenschaftliche Forschungseinheit der Schlesischen Universität und der Universität in Ostrawa;
- Die Schule wird aufgrund der rechtlichen Normen, die das Funktionieren der Hochschulen in beiden Ländern regeln, und der Statute beider Universitäten, gegründet.
- Die Aufgabe der Schule ist die Organisation von wissenschaftlichen und didaktischen Aktivitäten in den Bildungssystemen beider Länder.
- Die Aktivitäten der Schule werden sich auf die Ausbildung der Studenten beider Universitäten auf der Ebene des Lizentiats, Magister, Doktor und des postgradualen Studiums konzentrieren. Es werden Möglichkeiten zum Austausch der Mitarbeiter und Studenten vorgesehen,

sowie die Durchführung eines Teils des Lehrprogramms tschechischer Studenten in der polnischen Universität, und polnischer Studenten in der tschechischen Universität.

- Die Forschungstätigkeiten und die didaktischen Aktivitäten werden im Themenbereich der Pädagogik, Ethnologie und der Europäischen Studien durchgeführt.
- Beide Collegien werden aus den Mitteln der Mutteruniversität finanziert, die Regeln der Finanzierung gemeinsamer Projekte werden jedes Mal mit Einwilligung der Rektoren beider Universitäten von den Direktoren der Schule bestimmt.
- Die Organe der Collegien sind der Rat und die Direktoren des polnischen und tschechischen Collegium. Der Rat wird auf Antrag der Direktoren der beiden Collegien von den Rektoren unter den Mitgliedern der Wissenschaftlichen Räte beider Collegien gemeinsam berufen (nach Begutachtung durch die Wissenschaftlichen Räte beider Collegien). Der Rat setzt sich im gleichen Umfang aus den Vertretern des polnischen und tschechischen Collegium zusammen.
- Dem Rat sitzen jeweils die Direktoren der tschechischen oder polnischen Collegien für die Dauer eines Semesters vor.
- Entscheidungen über gemeinsame Projekte werden im Konsens getroffen. Andernfalls trifft der Direktor des jeweiligen Collegium die Entscheidungen.
- Die Direktoren der Collegien werden von den Rektoren der Universitäten auf Antrag der Wissenschaftlichen Räte berufen; die Rechte der Direktoren sind mit den Rechten eines Dekans gegenüber den Studenten gleichzusetzen.
- Die Regeln des Studiums in beiden Collegien werden von den Vorschriften der jeweiligen Mutteruniversität bestimmt.
- Die Absolventen der Schule erhalten die Diplome der Mutteruniversität zusammen mit einem Supplement in englischer Sprache.
- Die Vorlesungen werden in den Sprachen Polnisch, Tschechisch und Englisch durchgeführt.

- Die Rechte und Pflichten der Studenten sowie die Regeln der Rekrutierung werden von den Vorschriften der jeweiligen Mutteruniversität bestimmt.
- Die Lehrer und andere Mitarbeiter beider Collegien werden von den Mutteruniversitäten eingestellt.
- In Sachen Personal und Belegschaft beider Collegien gelten die Vorschriften des jeweiligen Landes sowie der jeweiligen Mutteruniversität.

Aus den vorgestellten Auszügen der „Vorschriften“ wird ersichtlich, dass nur vom Namen und der Art der Aktivitäten her eine gemeinsame Einheit ins Leben gerufen, in Wirklichkeit aber zwei parallele Einheiten geschaffen wurden, mit eigenen Regeln und Rechten, die denen Polens und der Tschechischen Republik entsprechen. Gemeinsam sollten nur einige Aktivitäten sein.

Der grundlegende Unterschied zwischen der polnischen und tschechischen Einrichtung lag darin, dass das tschechische Collegium in der Universität in Ostrawa als wissenschaftliche Forschungseinheit geschaffen wurde, in der an der polnisch-tschechischen Zusammenarbeit interessierte Teams (die außerdem zu anderen grundlegenden Einheiten gehörten: Abteilungen, Lehranstalten) zusammen kamen. Das tschechische Collegium hatte kein Recht, eigene Studiengänge einzuführen.

In der Filiale der Schlesischen Universität wurde das MSzNoEiK als grundlegende Einrichtung eingestuft, mit den Fakultäten vergleichbaren Rechten, obwohl im Beschluss zur Gründung der Schule (5. März 2002) des Senats der Schlesischen Universität, ihr der Status einer Fakultät nicht verliehen wurde. Diese Schule sollte zwei Studiengänge anbieten: Ethnologie und Pädagogik. Der auf diese Weise definierte Status des polnischen Collegium der Internationalen Schule für Wissenschaften über Bildung und Kultur hat sich als Grund für das Scheitern der präsentierten Initiative erwiesen. Den unklaren Charakter des MSzNoEiK haben die Mitglieder der staatlichen Akkreditierungskommission (PKA) bemerkt, die im Mai 2003 den Studiengang Ethnologie geprüft haben. Deshalb hat dieser Studiengang nur eine Probeakkreditierung für zwei Jahre erhalten

(Beschluss des Präsidiums der staatlichen Akkreditierungskommission vom 12. Juni 2003).

Die Argumentation der PKA kann man in folgende Worte fassen:

- Das MSzNoEiK wurde vom Senat der Schlesischen Universität nicht zu den Grundeinheiten (Lehrstühle) gezählt, obwohl sie deren Aufgaben ausführen sollte (also neben den wissenschaftlichen Forschungsaktivitäten auch Studiengänge).
- Das Hochschulgesetz von 12.09.1990 legt fest (Kapitel 2, Art. 64.1), dass Studiengänge nur von organisatorischen Grundeinheiten (Fakultäten) geleitet werden dürfen. Die PKA hat empfohlen der MSzNoEiK den Status einer Grundeinheit zu verleihen oder sie in eine Fakultät umzuformen.

Es wurde der zweite Weg gewählt. Im akademischen Jahr 2002/03 wurde in der Filiale der Schlesischen Universität mit Erfolg der Prozess der Umformung der „Internationalen Schule für Wissenschaften der Bildung und der Kultur“ in die „Fakultäten der Ethnologie und Wissenschaften der Bildung“ durchgeführt. Die tschechische Seite musste keine dieser Veränderungen einführen, aber nach den von der Schlesischen Universität eingeführten Veränderungen, spielt sie mit dem Gedanken, das tschechische Collegium aufzulösen. Die Rektoren beider Universitäten suchen weiterhin eine neue Formel für eine kontinuierliche Zusammenarbeit beider Universitäten.

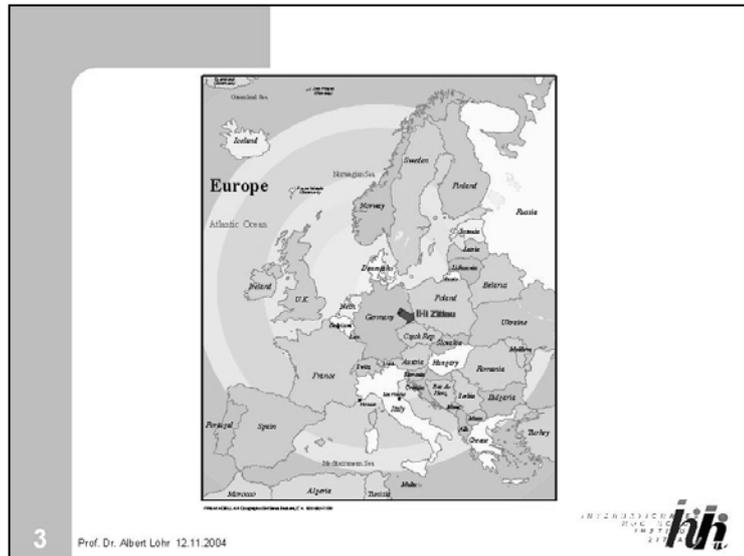
Neue Chancen zur Zusammenarbeit über die polnisch-tschechische Grenze hinaus eröffnet ein neuer Gesetzesentwurf über das Hochschulwesen in Polen, in dem die Möglichkeit zur Schaffung von Studiengängen zusammen mit anderen Universitäten, auch ausländischen, enthalten sein soll. Im Falle, dass die ausländischen Partner der polnischen Universitäten ähnliche Lösungen finden würden, könnten wirklich internationale Formen von Studiengängen und wissenschaftlicher Zusammenarbeit eingeführt werden. Man kann hoffen, dass die Aufnahme Polens sowie anderer angrenzender Länder in die Europäische Union den Prozess der Vereinheitlichung der rechtlichen Hochschulgrundlagen beschleunigt.

Die Peripherie als Integrationszentrum: Von den besonderen Herausforderungen und Möglichkeiten einer trinationalen Bildungseinrichtung im neuen Europa.

Professor Dr. Albert Löhr

Direktor des Internationalen Hochschulinstituts, Zittau





Wissenschaftspotenzial der Euroregion Neiße 1

Hochschulen und Universitäten

	Studenten	Mitarbeiter
Hochschule Zittau/Görlitz (FH)	4000	400
Internationales Hochschulinstitut Zittau	327	28
Staatliche Studienakademie Bautzen	500	23
Fachhochschule der Polizei Rothenburg	396	60
Technische Universität Liberec	6500	700
Kolegium Karkonoskie Jeleńia Góra	3600	250
TU Wrocław/Jeleńia Góra	32000	4200
Wirtschaftsuniversität „Oskar Lange“ Wrocław/Jeleńia Góra	18174	671

4

Prof. Dr. Albert Löhr 12.11.2004

Wissenschaftspotenzial der Euroregion Neiße 2

Weitere Institute und Forschungseinrichtungen

- Staatliches Museum für Naturkunde Görlitz
- Brüderunität Hermhut
- Jakob-Böhme-Institut Görlitz
- Institut für kulturelle Infrastruktur Görlitz
- Textilforschungsinstitut Liberec
- Innovationszentrum Lausitz (in Gründung)

5

Prof. Dr. Albert Löhr 12.11.2004

Wissenschaftspotenzial der Euroregion Neiße 3

Netzwerke der Wissenschaft

- Akademisches Koordinierungszentrum (AKZ / ACC) in der Euroregion Neiße mit wissenschaftlichem Konsilium
- Kooperative Promotionsverfahren am IHI Zittau
- Oberlausitzische Gesellschaft der Wissenschaften
- Internationales Studiennetzwerk "Neiße University"
- Naturforschende Gesellschaft der Oberlausitz
- Collegium Pontes

6

Prof. Dr. Albert Löhr 12.11.2004

Hochschulen in der Euroregion Neiße

- Immatrikulierte Studenten: ca. 20.000
- Mitarbeiter: ca. 2.000

- d.h. zentraler Wirtschaftsfaktor der Euroregion

7

Prof. Dr. Albert Löhr 12.11.2004

Besondere Beispiele für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit

- Internationales Hochschulinstitut Zittau als spezifisches Universitätsmodell („kleinste Universität Sachsens“)
- Akademisches Koordinierungszentrum (AKZ) als Hochschulverbund
- Neiße University als Studienprinzip

8

Prof. Dr. Albert Löhr 12.11.2004

INTERNATIONALES
HOCHSCHULE
INSTITUT
ZITTAU 

IHI Zittau – Kooperationspartner mit Verfassungsrang

- „Oskar Lange“ Wirtschaftsuniversität Wrocław
- Schlesische Technische Universität Gliwice
- Technische Universität Liberec
- TU Bergakademie Freiberg
- Hochschule Zittau/Görlitz (FH)

9

Prof. Dr. Albert Löhr 12.11.2004

INTERNATIONALES
HOCHSCHULE
INSTITUT
ZITTAU 

Gründungsphilosophie des IHI Zittau (1993)

- **gemeinsame Ausbildung von Studenten**
 - Grundstudium: Partnerhochschulen
 - Hauptstudium: IHI Zittau
 - Kooperative Promotionsverfahren
 - **gemeinsame Festlegung der Studiengänge**
 - **gemeinsame Ausrichtung der Lehrinhalte**
 - Festlegung der Ausbildungsschwerpunkte
 - Abgleich der Curricula des Grundstudiums
- gemeinsame Forschungsbearbeitung**

10

Prof. Dr. Albert Löhr 12.11.2004



Studienablauf am IHI Zittau

- **Vordiplom:**
Deutsche oder ausländische Universität 4 Semester
(für D: Vordiplom einer Fachhochschule)
- **Hauptstudium** am IHI Zittau 6 Semester
 - 4 Semester Präsenzstudium
 - 1 Semester Auslandspraktikum
 - 1 Semester Diplomarbeit
- Summe der **Regelstudienzeit** 10 Semester

11

Prof. Dr. Albert Löhr 12.11.2004



Stand: 10 Jahre IHI Zittau

- Etablierung von vier Diplom-Studiengängen: Umwelttechnik, Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftsingenieurwesen, Sozialwissenschaften
- Über 300 Absolventen
- Ca. 15 Promotionen, 2 Habilitationsverfahren
- Einführung eines Promotionsstudiums
- Ca. 7 Mio Euro Drittmittel-Aquisition
- Alumni-Netzwerk
- In Gründung: studentische Unternehmensberatung

12

Prof. Dr. Albert Löhr 12.11.2004

Studiengang **Umwelttechnik**



13

Prof. Dr. Albert Löhr 12.11.2004

Studiengang **Betriebswirtschaftslehre**
Lehrstuhl **Allgemeine Betriebswirtschaftslehre,
insbesondere Controlling und Umweltmanagement**

Controlling

Unternehmensführung und Management

Ressourcen- und Nachhaltigkeitsmanagement

14 Prof. Dr. Albert Löhr 12.11.2004

INTERNATIONALES
HOCHSCHULE
INSTITUT
ZITTAU 

Studiengang **Wirtschaftsingenieurwesen**
Lehrstuhl **Produktionswirtschaft und Informationstechnik**

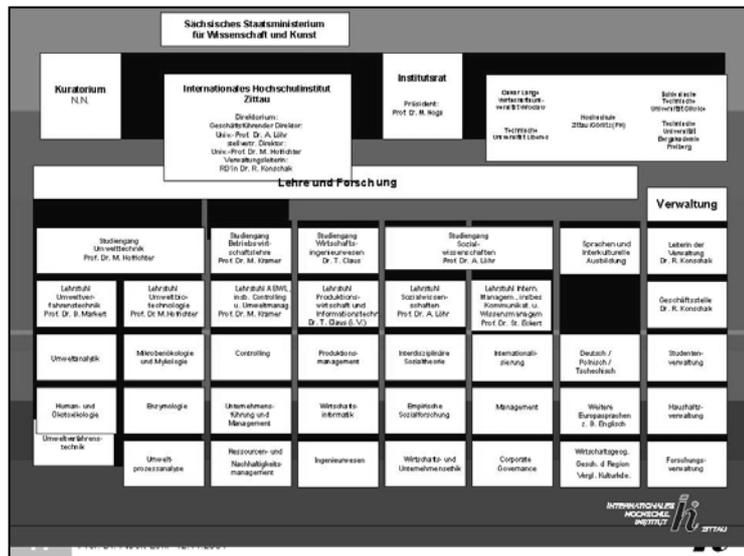
Produktionsmanagement

Wirtschaftsinformatik

Ingenieurwesen

15 Prof. Dr. Albert Löhr 12.11.2004

INTERNATIONALES
HOCHSCHULE
INSTITUT
ZITTAU 



Akademisches Koordinierungszentrum (AKZ)

- **Mitglieder** = Hochschulen der Euroregion Neiße
- **Kooperationsstruktur:**
 - Präsidium (Rektoren)
 - Konsilium (Projektkoordination)
 - Fachsektionen (Projektumsetzung)
- **Ergebnisse:**
 - gemeinsame Projekte
 - Öffentlichkeitsarbeit
 - Diplomanden- und Doktorandensymposien
 - Kontaktstelle für Wirtschaft und Kommunen
- **Tagung** *science@euroregionneisse*
Etablierung einer tri-nationalen Wissenschaftskonferenz
(25.-26.11.2004)

18

Prof. Dr. Albert Lohr 12.11.2004



Projekt „Neiße University“

- Tri-nationaler Studienverbund
- TU Liberec, TU Wroclaw, Hochschule Zittau/Görlitz (FH)
- 3 Jahre Präsenzstudium im Rotationsverfahren
- Abschluss: BA Informations- und Kommunikationsmanagement (Architektur und Health & Risk Management in Planung)
- Unterrichtsprache Englisch
- Finanzierung durch EU-Mittel (extern)
- Wesentlich getragen durch Hochschule Zittau/Görlitz (FH)
- Mittlerweile 4. Jahrgang, jeweils ca. 25-30 Studenten

19

Prof. Dr. Albert Lohr 12.11.2004



Herausforderungen der tri-nationalen Integration (Rahmenbedingungen für Entscheidungen)

- Bologna-Prozess
- Akkreditierung des „Außergewöhnlichen“
- Unterrichtssprachen
- Studierneigung
- Universität: Berufsschule oder Studium ?
- Entwicklungen: Private vs. Staatliche Hochschulen
- Zentralität vs. Dezentralität des Hochschulsystems
- Das Feld der unterschiedlichen Kulturen

20

Prof. Dr. Albert Löhr 12.11.2004

Integrationsdimensionen: Chancen der Peripherie

- Provinzialität: Authentizität vs. Marginalität
- Kleinheit: Flexibilität vs. Relevanz
- Gemeinschaft: Verständigung vs. Clusterbildung
- Kommunikation: Dialog vs. Konfrontation
- Sprache: D vs. E – oder multilingual ?
- Motivation: Interesse vs. Karriere
- Reputation: politisch vs. akademisch

Integration nicht durch: **Strukturen** (Rahmenbedingungen)
sondern durch die beteiligten **Menschen**

21

Prof. Dr. Albert Löhr 12.11.2004

Die zentrale Herausforderung

- Was können wir nicht / kaum beeinflussen:
Gibt es nur die Perspektive „große Zentren“ ?
- Was können wir selbst gestalten:
Wie wird „authentische kulturelle Nähe“ attraktiv?

22

Prof. Dr. Albert Lohr 12.11.2004

Fazit

These:

Die Peripherie ist näher an den Differenzen und hat daher höhere integrative Potentiale !

Konsequenz:

Wir brauchen **nicht weniger** kleine Hochschulen mit grenzüberschreitendem Auftrag (da „ineffizient“), **sondern mehr** von ihnen („Lichterketten statt Leuchttürme“ bzw. „Perlenketten statt Elitezentren“)

23

Prof. Dr. Albert Lohr 12.11.2004

Diskussion

Dr. Gerhard Duda

Das war ein klares Plädoyer für die grenznahe Zusammenarbeit, sehr leidenschaftlich vorgetragen, aber wir wollen hier über Probleme reden. Könnten Sie sagen, wo Sie die echten Probleme ihrer Einrichtung sehen, mit denen Sie am meisten zu kämpfen haben?

Professor Dr. Albert Löhr

Eines dieser Probleme ist schon angesprochen, das ist die Leidenschaft, die deutschen Studenten zu bewegen, sich auf diesen Weg einzulassen. Das ist am IHI Zittau ein spezifisches Problem, das auch mit der Konkurrenz der Fachhochschule zu tun hat, weil Studenten bei uns nicht mit dem Studium beginnen können, sondern in der Fachhochschule, wo sie einsteigen müssen. Das sind ganz einfache, symbolische Dinge, die eine eminente Außenwirkung haben. Die Fachhochschule heißt z.B. „Hochschule Zittau – Görlitz, und wir heißen – und sind gegründet worden – als „Internationales Hochschulinstitut“. Wenn sie nun einen Bürger auf der Straße fragen, der sagt, das IHI ist ein Ausländer-College. Das ist eine ganz banale Geschichte, so dass man einen erheblichen Kommunikationsaufwand hat

Nun könnte man sagen, diese Problematik löst man mit einer Marketingabteilung, aber im Gründungsgesetz des IHI ist festgelegt, dass die ganze Verwaltung, also auch die Personalverwaltung, das Marketing usw. zentral von der Fachhochschule mitgeregelt werden soll. Wir selber haben keine Strukturen, um Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Wenn ich durch die Viadrina laufe, dann bewundere ich die Türschilder, auf denen Öffentlichkeitsarbeit steht. Ich glaube, es sind fünf Räume. Und das merkt man natürlich auch. Wir haben dieselbe Funktion wie die Viadrina, und ich bin sehr froh, dass wir sehr gut miteinander kooperieren, aber wir haben nicht diesen hohen Marketingaufwand. Das ist natürlich eine politische Entscheidung, die nicht ich beeinflussen kann, sondern das Land Sachsen. Und nur dann kommen auch deutsche Studenten, wenn sie sehen, dass die Politik dahinter steht.

Das ist eines dieser Probleme, die deutschen Studenten. Es ist ein ganz merkwürdiges Phänomen, dass man Studenten auf dem Diplomniveau schwer gewinnt, aber sobald es um Promotionen geht, kann man sich vor Bewerbungen kaum retten. Wenn Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter ausgeschrieben sind, bewerben sich 120 Kandidaten, um nach Zittau zu kommen. Und alle sind exzellent ausgewiesen, mehrsprachig, da kann man nicht klagen.

Das ist das Bemerkenswerte, dass diese Brücke nach Osteuropa im Studienverlauf erst sehr spät entdeckt wird. Wir sollten uns fragen, was man tun kann, um sie früher attraktiv zu machen und sie früher in das Interesse der Studenten zu rücken. Und wenn sie dann kommen, dann sind sie immer ganz verwundert, welche idealen Studienbedingungen sie vorfinden. Eine Studentin kam gerade aus Hannover zu mir und sagte, sie fühle sich befreit, weil man hier in einer kleinen Gruppe von 15 Studenten studieren kann. Da gehen sie in Hannover in einen großen Hörsaal und sind völlig von der Menge erdrückt. Und ich frage mich, wie bringt man es den deutschen Studenten bei, dass es auf der Welt mehr Möglichkeiten gibt, als in München, Frankfurt Main oder in Hamburg in einem Massenstudiengang zu studieren. Wie schafft man ein Bewusstsein für die Chancen, die sich hier eröffnen. Das ist ein Problem, dass wir noch nicht befriedigend gelöst haben.

Professor Dr. Halina Rusek

Aus dem bisher Gehörten ergibt sich, dass sich zwei Modelle der grenzüberschreitenden, Hochschulzusammenarbeit abzeichnen. Das erste in den im politischen Sinne alten Grenzgebieten, und dazu würde ich das polnisch-tschechische Grenzgebiet zählen, und das zweite in neuen Grenzgebieten, wie das deutsch-polnische Grenzgebiet. Neu – weil sich hier politische Realitäten geändert haben. Sie haben gerade gesagt, dass es in solchen kleinen Grenzorten schwierig ist, Studienbewerber zu finden. In Polen ist die Situation anders. Die Studenten machen alles, damit die großen Universitäten ihre Filialen in kleinen Orten gründen, vor allem, weil ihre finanzielle Lage schlecht ist. Es gibt einen politischen Trend, Hochschuleinrichtungen sich in kleinen Orten zu gründen. Es ist für die jungen Leute viel billiger, in der unmittelbaren Nähe des Heimatortes zu studieren. Sie können sich zu Hause verpflegen und die Kosten der Un-

terkunft entfallen. Das Interesse an solchen Einrichtungen ist groß. Leider haben wir für die Gründung von kleinen, grenzüberschreitenden, regionalen Universitätseinrichtungen keine klare gesetzliche Grundlage. Außerdem bräuchten wir Trainingsprogramme zur Verbesserung der sprachlichen Kompetenzen der Jugend auf beiden Seiten der Grenze. Die zwei Modelle haben wirklich einige Unterschiede, und es wäre gut, wenn wir auf dieser Konferenz ein Muster vorschlagen könnten, wie man die grenzüberschreitende Zusammenarbeit optimal gestalten soll.

Professor Dr. Albert Löhr

Vor dem EU-Beitritt hatten die osteuropäischen Studenten bei uns in Zittau Residenzpflicht und zwar auf Grund der Bestimmungen für die Stipendien, die der DAAD vergibt. Sie mussten in unserem Studentenwohnheim wohnen und konnten nicht jeden Abend nach Hause. Jetzt ist die Grenze offen, und es ist für jeden, der ein Auto besitzt, möglich, jeden Abend nach Hause zu fahren. Paradox wie es ist, die Grenzeröffnung führt dazu, dass man leichter zu Hause schlafen kann, insbesondere in grenznahen Einrichtungen. Da denkt man darüber nach, was man tun kann, um die Studenten wieder wie früher am Abend zusammen zu bringen, so dass sie gemeinsame Filmnächte, gemeinsame Partys, gemeinsame Diskussionen erleben und gemeinsam Langeweile haben.

Dr. Gerhard Duda

Man könnte spöttisch sagen, vieles spricht für Wiedererrichtung der Grenzen in Europa.

Elisabeth Simon

(Förderkreis für West-Ost Informationstransfer in Berlin)

Ich denke, es wäre schon ganz wichtig, die bestehenden Möglichkeiten bekannter zu machen. Gerade hier in Zittau, da gibt es ja eine ganz intensive Betreuung, und eine Möglichkeit der internationalen Erziehung. Es ist einfach nicht genug bekannt. Wenn sie das in dieses „Best-Practice-Modell“ aufnehmen, dann sollte man auch darüber reden, wie man dieses Angebot nach Westdeutschland transportieren kann.

Professor Dr. Albert Löhr

Ich denke, dass es sehr unterschiedliche Modelle geben muss. Das hängt immer von den jeweiligen Randbedingungen, die man nicht beeinflussen kann, ab. Also in Sachsen steht die Landesregierung hinter einem solchen Institut. Wenn man dagegen selbst darum kämpfen muss, ein Institut oder eine solche Struktur erst zu errichten, wie das in den verschiedenen Beiträgen beschrieben wurde, dann muss man schon fragen, woher das Geld kommen soll. Das sind wieder ganz andere Modelle der freiwilligen Kooperation. In Sachsen war übrigens im Jahr 2000-2001 eine Hochschulstrukturkommission tätig, die durch das Land gezogen ist und die Bereinigung der sächsischen Hochschullandschaft zum Ziel hatte. Und diese Hochschulentwicklungskommission hatte, auf Grund unzulänglicher Eindrücke, die sie vom IHI-Zittau gesammelt hat, dem Staatsministerium die Empfehlung gegeben, das Institut zu schließen.

Dr. Gerhard Duda

Und Leiter der Kommission war der ehemalige Rektor der Universität Viadrina!

Professor Dr. Albert Löhr

Das habe ich nicht gesagt, das haben Sie gesagt, aber es ist richtig. Der Punkt ist, dass sich ab diesem Zeitpunkt eine enorme Solidarität gezeigt hat und zwar nicht nur, weil man bemerkt hat, dass die Mitarbeiter des IHI-Zittau sich in höchstem Masse eingesetzt haben, sondern auch, dass die ausländischen Partnerhochschulen und die dortigen Rektoren sich massiv in die Diskussion eingebracht hatten und eine Art Bewegung auslösten. Sie hatte zur Folge, dass im sächsischen Ministerium die Einsicht gereift ist. Dann kam der Wissenschaftsminister zu uns ins Haus, wir hatten eine Krisensitzung, und er ging mit der Erkenntnis nach Hause, dass es zwei ganz einzigartige Faktoren sind, die dieses IHI-Zittau auszeichnen.

Erstens: Eine überdurchschnittliche Motivation aller Mitarbeiter. Wer hierher kommt und sich mit den vielen Sprachen, Kulturen und Herausforderungen auseinandersetzt, der ist kein durchschnittlicher Mitarbeiter und den kann man nicht fallen lassen. In diese Kategorie möchte ich fast

alle Studenten, Doktoranden und Mitarbeiter unseres Hauses einordnen. Das sind alles Leute, die überdurchschnittlich motiviert sind, sie haben sich bewusst für eine bestimmte Ausbildung entschieden.

Und der zweite Faktor: Nach genauer Analyse hat man festgestellt, dass das IHI–Zittau exzellente Kontakte nach Mittel- und Osteuropa hat, von denen die großen Universitäten nur behaupten, dass sie sie besitzen. Es ist nämlich schon ein großer Unterschied im Vergleich zu anderen, wenn ich zum Telefonhörer greife und einfach bei dem Rektor der TU-Liberec oder dem Rektor der Oskar-Lange-Universität in Wrocław anrufe. Ich brauche nirgendwo einen Termin, wenn ich ein Problem habe! Ich brauche auch nicht eine wochelange Vorbereitung, eine Besuchsreise oder eine Kommission, sondern ich fahre einfach hin und spreche mit ihnen. Und genauso können es auch die Studenten machen. Und das waren die zwei entscheidenden Faktoren.

Ich bin mir nicht sicher, ob die Politik, die über unsere Institutionen zu entscheiden hat, sich bewusst ist, wie solche grenzüberschreitenden Projekte entstehen und wie man sie betreiben soll. Und das wäre mein dringender Aufruf, dass man hier eine Art Gemeinsamkeit in diesen Aktivitäten zustande bringt. Der Solidaritätsaufruf, von dem ich früher gesprochen habe! Denn es ist klar, wir können mit diesen kleinen grenzüberschreitenden Projekten gerade im Osten Europas nicht glauben, dass wir zum Nabel der Welt werden. Da braucht man Solidarität, man braucht Freunde, auch bei den großen Instanzen der Europäischen Union, in Deutschland beim DAAD, man braucht Fürsprecher. Das ist übrigens etwas, was ich immer wieder erlebt habe: Wir werden gebraucht, wenn die Großen einen Kontakt suchen! Da klingelt das Telefon und jemand sagt: „Kennst du nicht jemand in Polen oder Tschechien?“ Man ist wieder notwendig, aber sobald es darum geht, diese Institutionen finanziell abzusichern, dann sind wir entschieden zu klein. Und deswegen braucht man wirklich einen hohen Grad an Solidarität zwischen diesen kleinen Initiativen und diesen grenzüberschreitenden Einrichtungen

Die Problematik der Arbeitsverträge in der deutsch-dänischen Grenzregion

Karen Böhle

Universität Flensburg

Die Universität Flensburg befindet sich in der deutsch-dänischen Grenzregion Sønderjylland-Schleswig. Seit über zehn Jahren gibt es die gemeinsamen mehrsprachigen Studiengänge „International Management“, „Energie- und Umweltmanagement“, „Kultur- und Sprachmittler“ (KSM), in denen die Studierenden teilweise Doppelabschlüsse erwerben können. Die Finanzierung erfolgt zu je fünfzig Prozent von deutscher und dänischer Seite, wobei die Finanzierung sich über die Lehrleistung definiert.

Zum Teil sind die Studierenden sowohl in Deutschland als auch in Dänemark immatrikuliert. Im Studiengang KSM studieren sie z.B. zunächst in Dänemark, wo sie mit einem dänischen Bachelor abschließen. Das so genannte Hauptstudium wird dann in Deutschland fortgesetzt und kann dort mit einem deutschen Diplom und dem dänischen cand. ling. merc. abgeschlossen werden. Der Unterricht erfolgt beiderseits der Grenze sowohl durch dänische als auch durch deutsche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das Personal der Universität Flensburg besteht aus Angestellten und Beamten des Landes Schleswig-Holstein sowie Lehrbeauftragten. Das deutsche Arbeitsrecht eröffnet ausreichend Möglichkeiten, sowohl Angestellte als auch Beamte im Ausland tätig sein zu lassen. Es gibt daher grundsätzlich keine Probleme, die Lehr- und Prüfungsverpflichtungen zu erfüllen. Die Schwierigkeiten bestehen auf anderen Ebenen und hängen mit der durch zwei Rechtssysteme bedingten Unterschiedlichkeit der Arbeitsverhältnisse auf deutscher und dänischer Seite zusammen.

Unterschiede im Arbeitsverhältnis

Ein grundlegender Unterschied besteht darin, dass es in Dänemark keinen Beamtenstatus gibt. Die geschlossenen Arbeitsverträge stehen in Abhängigkeit von dem Erfolg der einzelnen Studiengänge. Gute Absolvierungszahlen bedeuten eine Verbesserung der finanziellen Ausstattung der jeweiligen Institute. Sind die Absolvierungszahlen schlecht, droht eine Reduzierung der finanziellen Mittel bzw. die Kündigung von Arbeitsverhältnissen.

Hinzu kommen verschiedene Unterrichtszeiten in Deutschland und Dänemark. Diese sind versetzt: Die Vorlesungszeit in Dänemark beginnt vor der Vorlesungszeit in Deutschland. Die Folge ist, dass Personal, welches sowohl in einem deutsch-dänischen Studiengang als auch in einem deutschen Studiengang beschäftigt ist, gegenüber den deutschen Kolleginnen und Kollegen durch die längere Unterrichtsdauer stärker belastet ist.

Ein wesentliches Merkmal stellt auch die unterschiedliche Vergütung in Deutschland und Dänemark dar. Daraus resultiert, dass Personen für die gleiche Arbeit ungleich bezahlt werden. Besonders deutlich wird der Unterschied in der Vergütung von Lehrbeauftragten.

Die Lehrauftragsvergütung beträgt in Dänemark mindestens das Vierfache der deutschen Vergütung. Hinzu kommt, dass die Lehrbeauftragten der Universität Flensburg einen weiteren Weg gegenüber den Lehrbeauftragten, die in Flensburg unterrichten, auf sich nehmen müssen, für den es keine oder nur eine geringe Fahrtkostenerstattung gibt. Auch die zeitlichen Anforderungen an die durch Lehrbeauftragte zu übernehmenden Aufgaben sind auf dänischer Seite höher. Es ist neben der Lehrverpflichtung eine stärkere Einbindung der Lehrbeauftragten in die Prüfungsaufgaben vorgesehen, als dies auf deutscher Seite der Fall ist. Dies führt an der Universität Flensburg gelegentlich zu Problemen bei der Vergabe von Lehraufträgen. Eine unterschiedliche Vergütung besteht auch bei den Professorinnen und Professoren. Allerdings ist bei diesem Personenkreis die Vergütung in Deutschland höher als in Dänemark.

Schwierigkeiten bei Arbeitsverhältnissen

Durch die unterschiedlichen Systeme ergeben sich Schwierigkeiten bei der Vakanz von Stellen. Wie bereits oben ausgeführt erfolgt die gemeinsame Finanzierung über die Erbringung von Lehrleistungen. Ist nun die Stelle einer Professorin / eines Professors auf dänischer Seite zu besetzen und kommt hierfür eine Professorin / ein Professor aus Deutschland in Betracht, so stellt sich das Problem des „Systemwechsels“. Im Regelfall sind Professorinnen / Professoren in Deutschland bereits seit mehreren Jahren verbeamtet. Ein Wechsel nach Dänemark würde zu einem Verlust von Ruhegehaltsansprüchen führen. Als pragmatische Lösung käme eine Besetzung dieser Stelle (in Form einer Drittmittelstelle) in Deutschland mit einer Finanzierung durch die dänische Seite in Betracht.

Im Bereich der Lehrbeauftragten ist diese Lösungsmöglichkeit bereits in seltenen Fällen zum Tragen gekommen – allerdings zu Lasten der Universität Flensburg. Die Einstellung auf dänischer Seite und die damit verbundene Kostenerstattung auf deutscher Seite belastet das Budget, wie oben aufgeführt, um das Vierfache der üblicherweise zur Verfügung stehenden Mittel.

Eine weitere Hürde stellen Probleme mit der Mitarbeiterin oder dem Mitarbeiter selbst dar. Eine Weisungsbefugnis von dänischer Seite gegenüber dem deutschen Personal bzw. umgekehrt besteht nicht. Zwar ist es in einer Kooperation eine Selbstverständlichkeit, gemeinsam Vorgehensweisen abzustimmen und natürlich werden auf beiden Seiten Absprachen sowohl mit dem deutschem als auch dänischem Personal getroffen, die auch eingehalten werden. Das Problem entsteht immer erst im Konfliktfall: Entspricht das Verhalten der Mitarbeiterin/ des Mitarbeiters nicht den Kooperationsvereinbarungen und kommt es zu fehlerhaftem Dienstverhalten, gibt es vor Ort für die nicht weisungsbefugte Seite keine Möglichkeit, tätig zu werden. Da gerade in diesen Fällen schnelles Handeln erforderlich ist, damit die Lehre – und damit der zu leistende Kooperationsanteil – erbracht werden kann, müssen pragmatische Lösungen gefunden werden. Die Wahrnehmung der Weisungsbefugnis durch die berechtigten Personen führt nicht immer zu einer schnellen Problemlösung. Dies gilt

erst recht, wenn der Rechtsweg beschritten werden muss. Diese Situationen können zu einer Belastung der Kooperation führen.

Auch für die Kooperation der Universität Flensburg mit der Syddansk Universität gilt, wie für vergleichbare Kooperationen auch: Die Zusammenarbeit könnte nicht erfolgreich sein, wenn sie nicht von beiden Kooperationspartnern gewollt wäre. Die Rechtssysteme auf beiden Seiten der Grenze gäben genügend Möglichkeiten, die Zusammenarbeit zumindest zu verkomplizieren. Aber da die beteiligten Personen, die Politik und nicht zuletzt die Region die Zusammenarbeit wollen, geben die Rechtssysteme andererseits auch genügend Möglichkeiten, die Kooperation zu fördern.

Lösungsansätze

Um eine Vereinfachung der arbeitsrechtlichen Belange zu erreichen, wurde die Gründung eines deutsch-dänischen Hochschulzentrums in Betracht gezogen. An diesem – virtuellen – Hochschulzentrum sollten zum einen Doppelabschlüsse von den Studierenden erlangt werden können. Zum anderen sollte eine Anpassung der deutschen und dänischen Arbeitsverträge erreicht werden. Die Arbeitsverträge sollten auf einer einheitlichen Rechtsgrundlage abgeschlossen werden.

Es stellte sich jedoch heraus, dass eine gemeinsame Einrichtung in Form eines deutsch-dänischen Hochschulzentrums die bereits bestehende und gefestigte Kooperation zwischen Deutschland und Dänemark nicht intensivieren könnte.

Hinsichtlich der Abschlüsse ist der Bolognaprozess ein nachhaltiger Entwicklungsprozess, der zu einer Anerkennung der Abschlüsse verschiedener Hochschulen als gleichwertig führen wird. Das Alleinstellungsmerkmal, das eine grenzüberschreitende Einrichtung haben sollte, ließe sich aufgrund der fortschreitenden Entwicklung nicht mehr erreichen. Auch hinsichtlich der Arbeitsverhältnisse ließ sich kein Vorteil erkennen: Es bliebe dabei, dass ein Land die Rolle des Arbeitgebers übernehmen müsste. Hierfür könnten finanzielle Ausgleichzahlungen durch den anderen Kooperationspartner erfolgen.

Zwar müssen sich die Arbeitsverträge der europäischen Länder am europäischen Arbeitsrecht und insbesondere an der Rechtsprechung des

europäischen Gerichtshofes orientieren. Aufgrund unterschiedlicher nationaler Rechtsvorschriften, Tarifverträge etc. ist ein gemeinsamer Arbeitsvertrag beider Institutionen jedoch nicht ohne weiteres denkbar. Sollen also alle Beschäftigten den gleichen Vertragspartner und die gleichen Konditionen erhalten, bleibt nur die Entscheidung für das deutsche oder das dänische Vertragsrecht. Eine Alleinverantwortung in diesem Bereich durch einen der Kooperationspartner würde aber gerade den gewünschten und gelebten Austausch zwischen den Hochschulen behindern.

Ausbau von Kooperationsbeziehungen

Aus diesen Gründen wurde von einem deutsch-dänischen Hochschulzentrum Abstand genommen. Die Bestrebungen gehen nunmehr dahin, die vorhandenen guten Kooperationsbeziehungen weiter auszubauen. Ein entsprechendes INTERREG-Projekt ist beantragt und wird voraussichtlich auch bewilligt werden.

Es hat sich im Übrigen auch gezeigt, dass die „Wahl“ zwischen verschiedenen nationalen Rechtsgrundlagen die Attraktivität für Bewerberinnen und Bewerber erhöhen kann. Sofern es der Wunsch der Kooperationspartner ist, eine neue Person als Mitarbeiterin oder Mitarbeiter zu gewinnen, können die nationalen Vorzüge für die jeweilige Person erhalten bleiben.

Diskussion

Dr. Gerhard Duda

Werden also unsere grenzüberschreitenden Projekte einfach einmal überflüssig, weil die Grenzen fallen und der Bolognaprozess sich vielleicht wirklich so entwickelt, wie er gedacht ist?

Karen Böhle

Also ich glaube nicht, dass unsere gemeinsamen Studiengänge überflüssig werden. Ich glaube, was überflüssig ist, ist das Korsett eines Hochschulzentrums, die Tendenz, etwas in einen formalen Rahmen zu pressen, was schon gut funktioniert. Ich glaube, insbesondere in der Region

Deutschland-Dänemark besteht ein starker Wille, das gemeinsam zu machen. Es ist eine wirklich sehr eng verbundene Grenzregion, durch gemeinsame Geschichte und durch dieses normale miteinander Umgehen, das auch dem Selbstverständnis auf beiden Seiten entspricht. Also aus der Tradition heraus haben wir auf der deutschen Seite dänische Kindergärten, dänische Schulen, natürlich dänische Studiengänge. Auf der dänischen Seite haben wir deutsche Kindergärten, deutsche Schulen, natürlich deutsche, gemeinsame Studiengänge. Ich denke nicht, dass Bologna gerade bei Dänemark dazu führen wird, dass etwas, was bewährt ist, verschwindet. Ein gemeinsamer deutsch-dänischer Abschluss im Rahmen von Bologna kann aber noch mehr Internationalität, auch über Bologna hinaus, ergeben.

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Was war Ihrer Meinung nach Ihre größte Leistung in Sachen Personalangelegenheiten?

Karen Böhle

Das ist sehr unterschiedlich. Wir stehen regelmäßig vor dem Problem, Lehraufträge zu bekommen. Ich sagte ja vorhin schon, unsere Lehraufträge sind nicht besonders gut vergütet, wir sind an eine Lehrauftragsrichtlinie gebunden. Die richtet sich nach dem Hauptamt, und es ist ein minimaler Lohn, den die Dozenten für ihre Arbeit bekommen. Auf der dänischen Seite kriegen sie das Vier- bis Sechsfache. Nun kommt es vor, dass wir niemanden bekommen, der in Dänemark unterrichten möchte. Unsere Kooperation beruht aber nicht darauf, einen finanziellen Ausgleich zu schaffen, sondern darauf, dass jeder sich mit 50% an der Lehre beteiligt. Wenn Dänemark OK sagt, und wir jemanden hätten, der diesen Auftrag ausführt, aber natürlich nicht zu unseren, sondern zu dänischen Bedingungen, dann bezahlen wir das auch.

Die 50-Prozent-Aufteilung bedeutet, dass jeder sein eigenes Personal bezahlt und wenn wir einen Umfang von 10 SWS haben, muss jeder Partner 5 SWS beitragen. Und das führt natürlich dazu, dass Dänemark im Bereich der Lehraufträge meistens erheblich mehr investieren muss, weil sie viel teurer sind.

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Hatten Sie vielleicht Probleme mit Arbeitsgenehmigungen?

Karen Böhle

Nein, hatten wir nicht. Das sind alles Dienstreisen, und wir haben einen regen Austausch.

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Das sind also alles Dienstreisen, das heißt, wenn jemand in Dänemark unterrichtet, dann ist das für ihn eine Dienstreise und wenn jemand aus Dänemark kommt, dann ist das auch eine Dienstreise, und deswegen braucht man keine Arbeitsgenehmigungen für Ausländer.

Karen Böhle

Wir haben bei den Angestellten im Arbeitsvertrag vermerkt, dass ihr Arbeitsplatz sowohl in Flensburg, als auch in Sønderjylland auf der dänischen Seite ist, das heißt, es gehört zu den dienstlichen Aufgaben, dorthin zu fahren. Das ist versicherungstechnisch abgesichert, und wir sparen die Reisekosten. Das ist natürlich nicht sehr schön für die Mitarbeiter, aber wir können es uns als Hochschule nicht leisten.

Professor Dr. Roland Wittmann

Dieser Dozentenaustausch setzt eine gewisse Zweisprachigkeit voraus. Wie ist das gegeben, dass alle Dozenten, die daran beteiligt sind, zweisprachig lehren können? Oder reicht die englische Sprache?

Karen Böhle

Es kommt auf die Studiengänge an. Alle drei sind mehrsprachige Studiengänge. Im Bereich „Kultur und Sprachmittler“ geht es gerade darum, die jeweils andere Sprache und Kultur zu vermitteln. Natürlich können diejenigen, die von Deutschland nach Dänemark fahren dänisch, und sie können in Englisch unterrichten. Im Bereich Umweltmanagement finden sowieso sehr viele Veranstaltungen auf Englisch statt. Für das Fach „International Management“ gilt, dass es ein dreisprachiges Studium ist.

Man kann die Entscheidung für einen dänischen oder spanischen Bereich treffen, und muss nicht zwingend auf Dänisch studieren, sondern man kann sich für die spanische Seite entscheiden. Es wird generell erwartet, dass die sprachlichen Fähigkeiten vorhanden sind, denn ich kann nicht „Kultur und Sprachmittler“ studieren, ohne jeweils die andere Sprache zu beherrschen.

Welches Arbeitsrecht?

Bewährte Modi der Einstellung von Mitarbeitern in den grenzüberschreitenden Einrichtungen

Elvira Kirmes

Personaldezernentin der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

1. Die Entwicklung eines Europäischen Arbeitsrechts und weiterer Instrumente zur Integration der Arbeitsmärkte ist eingebettet in die allgemeinen Zielvorstellungen zur Sozialpolitik auf supranationaler Ebene und kann daher nicht losgelöst von ihr betrachtet werden.

Auch die Europa-Universität Viadrina ist bei der Erstellung der Arbeitsverträge eingebettet und eingebunden in die gesetzlichen europäischen bzw. die darauf basierenden modifizierten deutschen Gesetze.

Der Schwerpunkt des Europäischen Arbeitsrechts ist in der Praxis das Europäische Individualarbeitsrecht mit seinen Kernpunkten:

- Sicherstellung der Mobilität des Faktors Arbeit
- Gesundheitsschutz und
- Sicherheit in der Arbeitsumwelt

Tätigkeitsfelder taten und tun sich bei der Gleichbehandlung von Männern und Frauen, bei der Arbeitszeit und bei den Umstrukturierungen von Unternehmen (Massenentlassungen) auf.

Daraus folgernd sind folgende Verordnungen und Richtlinien (bzw. Vorschläge) in ausgewählten Bereichen des Individualarbeitsrechts entstanden:

1.1 Arbeitszeitrichtlinie – November 1993

Die Kernpunkte der Arbeitszeitrichtlinie umfassen u. a. Mindestbestimmungen zu täglichen und wöchentlichen zusammenhängenden Arbeitszeitunterbrechungen, zur maximalen Arbeitszeit für Nachtarbeit, Pausen- und Urlaubsregelungen

Für den öffentlichen Dienst in der Bundesrepublik Deutschland ist das geregelt u. a. im Arbeitsplatzschutzgesetz, im Arbeitssicherheitsgesetz, im Arbeitszeitgesetz sowie in verschiedenen Verordnungen, u. a. in der Verordnung über die Arbeitszeit der Beamten.

1.2 Richtlinie zum Arbeitsvertrag

Die Richtlinie „über die Pflicht des Arbeitgebers zur Unterrichtung des Arbeitnehmers über die für seinen Arbeitsvertrag oder sein Arbeitsverhältnis geltenden Bedingungen“ wurde 1991 auf der Grundlage des Art. 100 EWGV einstimmig von allen zwölf Mitgliedsstaaten verabschiedet.

Eine unterschiedliche Informationspflicht zwischen den Mitgliedsstaaten würde, so die Argumentation der Kommission, das Funktionieren des Binnenmarktes behindern.

Die Richtlinie enthält nicht nur formale Mindestanforderungen, sondern vor allem eine Unterrichtungspflicht des Arbeitgebers über alle Punkte, die das Arbeitsverhältnis – inklusive der Informationen über die geltenden Tarifvereinbarungen – betreffen.

Vor dem Hintergrund der Ausweitung neuer, atypischer Beschäftigungsformen soll die Transparenz über die Entwicklung am Arbeitsmarkt erhöht und die Rolle der Tarifverhandlungen gestärkt werden.

Für die Arbeitsverträge, die an der Europa-Universität Viadrina abgeschlossen werden, ist dabei das Nachweisgesetz die wichtigste gesetzliche Grundlage.

1.3 Richtlinie zu „atypischen Beschäftigungsformen“

Unter dem Titel „Beschäftigung und Arbeitsentgelt“ des Aktionsprogramms zur Sozialcharta hat die Kommission drei Richtlinienvorschläge zu atypischen Beschäftigungsformen unterbreitet.

Der erste Richtlinienvorschlag von 1989, der sich auf der Grundlage des Art. 100 EWGV und 117 EWGV stützt, bezieht sich auf die Gleichbehandlung bezüglich der Arbeitsbedingungen (von kollektiven Arbeitnehmerrechten bis zur sozialen Sicherung) zwischen Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigten jeweils innerhalb eines Mitgliedstaates. Ein Anwachsen der Unsicherheiten und ein Vertiefen der Arbeitsmarktsegmentierung soll vermieden werden.

Der zweite Richtlinienvorschlag soll u. a. Wettbewerbsverzerrungen zwischen Ländern, die sich aus ungleicher Behandlung von Unternehmen ergeben und die Mobilität der Arbeitnehmer einschränken, verhindern.

Der dritte Richtlinienvorschlag, der auf dem Art. 118a EWGV fußt, enthält spezielle Bestimmungen zu Gesundheitsschutz, Sicherheit, Qualifizierung bzw. Einarbeitung und Information für Leiharbeiter und Arbeitnehmer mit befristeten Beschäftigungsverhältnissen, mit der Begründung, dass diese Arbeitnehmergruppen größeren Risiken ausgesetzt sind. Nur dieser Richtlinienvorschlag ist 1991 angenommen worden. Die beiden anderen Richtlinienvorschläge sind mittlerweile durch einen anderen Vorschlag ersetzt worden.

1.4. Entsenderichtlinie

Der Richtlinienvorschlag umfasst alle Unternehmen, die Arbeitskräfte für einen begrenzten Zeitraum ins Ausland entsenden, unabhängig davon, ob es sich hierbei um Subunternehmer, Leiharbeitsfirmen, Arbeitsvermittler oder um Mobilität innerhalb eines Unternehmens oder einer Unternehmensgruppe handelt.

2. Im Bereich des Arbeitsrechts ist die so genannte „Sozialcharta“ die Erklärung der EU.

Wie die Beschlüsse (internationale Konventionen sind Empfehlungen) der Internationalen Arbeitsorganisation sind auch die Forderungen der Sozialcharta nicht rechtswirksam. Sie stellen somit kein einklagbares Recht dar.

Die Durchführung liegt bei den Mitgliedsstaaten und beruht allein auf ihrem politischen Willen. Daraus lassen sich auch die Möglichkeiten und Grenzen einer europäischen Tarifpolitik – wie Lohn- und Arbeitszeitpolitik

– ableiten; auf weitere Ausführungen muss aufgrund der Zeitvorgabe verzichtet werden.

3. Im deutschen Arbeitsrecht wird grundsätzlich kein Unterschied zwischen einheimischen und ausländischen Arbeitnehmern gemacht

D. h. gesetzliche Regelungen wie das Arbeitsschutzgesetz, das Kündigungsschutzgesetz, die Arbeitszeitvorschriften, die Urlaubsgesetzgebung, das Tarifvertragsgesetz (hier der BAT-O) und auch das Streikrecht finden auch auf Ausländer Anwendung.

Auch bezüglich der Sozialversicherung sind ausländische Arbeitnehmer im Grundsatz deutschen Arbeitnehmern gleichgestellt, so lange sie in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten. Um den Sozialversicherungsschutz über die Bundesrepublik hinaus auszudehnen, wurden mit einer Reihe von Ländern zwischenstaatliche Vereinbarungen getroffen.

Mit Stand von Januar 2004 hat das Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Breslau ein Merkblatt: „Fragen und Antworten zur EU-Erweiterung“ herausgegeben.

Zum Thema Arbeitsaufnahme heißt es darin:

„Damit bedürfen polnische Staatsangehörige in der Übergangszeit für die Ausübung einer Beschäftigung in Deutschland weiterhin grundsätzlich einer Arbeitsgenehmigung, die vor der Aufnahme der Beschäftigung einzuholen ist.“

Weiterhin heißt es:

„Ein Visum ist zur Arbeitsaufnahme nicht erforderlich. Das Visumverfahren ist abgeschafft. Die Arbeitnehmer aus den Beitrittsländern benötigen als Unionsbürger für Aufenthalte von mehr als drei Monaten eine Aufenthaltserlaubnis - EG.

Die Erteilung kommt in der Regel nur dann in Betracht, wenn die Arbeitserlaubnis durch das zuständige deutsche Arbeitsamt schriftlich zugesichert wurde. Über die Erteilung trifft die Ausländerbehörde im Anschluss an das arbeitsgenehmigungsrechtliche Verfahren eine Ermessensentscheidung.“

Darüber hinaus sieht der Beitrittsvertrag für die Arbeitnehmer aus den Beitrittsländern vor, dass ihnen bei der Neuzulassung zu Beschäftigungen

in Deutschland Vorrang vor der Zulassung von Arbeitskräften aus Drittstaaten zu gewähren ist (sog. Gemeinschaftspräferenz).

Studenten aus den Beitrittsländern, die arbeiten möchten, während sie in Deutschland studieren, dürfen einer Beschäftigung von längstens drei Monaten im Jahr nachgehen.

Eine Arbeitsgenehmigung ist dafür nicht erforderlich (§ 9 Nr. 9 Arbeitsgenehmigungsverordnung – ArGV). Dabei kann der Höchststrahmen von drei Monaten sowohl durch ausschließliche Vollzeitbeschäftigung bis zu 90 ganzen Arbeitstagen bzw. Teilzeitbeschäftigung bis zu 180 halben Tagen als auch durch Kombination von Voll- und Teilzeit ausgeschöpft werden.

Von der Arbeitsgenehmigung sind außerdem Studenten aus den Beitrittsländern befreit, die von der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) während ihres Studiums im Heimatland in eine Ferienbeschäftigung von längstens drei Monaten oder für ein studienfachbezogenes Praktikum für längstens sechs Monaten nach Deutschland vermittelt werden.

In diesem Kontext werden nun die Verträge mit ausländischem Personal, d. h. Personal, welches keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, abgeschlossen; hier gilt dann noch eine Klassifizierung nach Art der Tätigkeit:

- nichtwissenschaftliches Personal (z. B. Sekretärin)

generell arbeitserlaubnispflichtig. Problem: nur jährliche Erteilung der Arbeitserlaubnis, damit keine unbefristeten Verträge, die in Deutschland auf diesem Gebiet bisher üblich waren.

- wissenschaftliches Personal (z. B. Professoren, wissenschaftliche Mitarbeiter, SHK)

Es besteht nach § 284 SGB III i.V.m. § 9 Nr. 8 Arbeitsgenehmigungsverordnung keine Arbeitsgenehmigungspflicht für Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter Polens, die in Polen wohnen und an der EUV mit Vertrag arbeiten. Diese benötigen auch keine Aufenthaltserlaubnis. Wenn sie in Deutschland wohnen, benötigen sie eine Aufenthaltserlaubnis.

- Unterscheidung zu wissenschaftlichen Hilfskräften ohne Hochschulabschluss

Hier ist die Arbeitsgenehmigungsfreiheit nur gegeben, wenn überwiegend wissenschaftliche Hilfstätigkeiten verrichtet werden, also keine Vertretung der Sekretärinnen an den Lehrstühlen.

Größere Probleme treten auch nach der Beendigung des Studiums auf, wenn noch eine weitere wissenschaftliche Laufbahn eingeschlagen werden soll. Die Dauer der Aufenthaltsbewilligung ist zunächst auf die jeweilige Regelstudienzeit zuzüglich 3 Semester befristet. Das Studium darf nach der Verwaltungsvorschrift insgesamt die max. Dauer von 10 Jahren nicht überschreiten. Bei einer Fortführung des Studiums zum Zwecke der Promotion oder im Rahmen eines Masterstudienganges darf insgesamt die Dauer von max. 15 Jahren nicht überschritten werden.

Masterstudiengang

Die Aufenthaltsbewilligung wird verlängert, wenn der Masterstudiengang nicht länger als 2 Jahre dauert (für die EUV unproblematisch).

Promotion

Voraussetzungen für die Aufenthaltsbewilligung zwecks Promotion sind:

- abgeschlossenes Studium
- Annahme als Doktorand
- wissenschaftliches Interesse der Uni an der Promotion anhand einer Bescheinigung

Soweit diese Voraussetzungen vorliegen, wird die Aufenthaltsbewilligung verlängert bzw. neu ausgestellt. Bei noch geltender Aufenthaltsbewilligung kann der Doktorand eine Auflagenänderung beantragen.

Ein Problem ist jeweils die rechtzeitige Antragstellung seitens der Studierenden.

Es muss noch vor Ablauf der Aufenthaltsbewilligung eine neue, zweckgemäße Aufenthaltsbewilligung beantragt werden. Dies wird zum Teil versäumt, bzw. es wird erst nach Zweckwechsel ein Antrag gestellt. Dies ist zu spät und kann damit zu einer Ausreise und erneuten Antragstellung

aus dem Heimatland führen. Eine bereits abgelaufene Aufenthaltsbewilligung kann rechtstechnisch nicht mehr verlängert werden.

Schlussbemerkungen

Da sich die deutsch-polnische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sozialpolitik in den letzten Jahren ständig und stetig intensiviert hat, bin ich zuversichtlich, dass auch die eingangs dargestellten Probleme bald der Vergangenheit angehören werden, und wir gemeinsam nach einem annähernd gleichen europäischem Arbeitsrecht handeln werden.

Diskussion

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Ich habe mich in diesen vielen Jahren dafür interessiert, wie die Sachen an anderen Orten in Deutschland laufen. Ich habe festgestellt, dass es im Rahmen des gleichen Arbeitsgesetzes einen Spielraum gibt, den die lokalen Arbeitsämter je nach Lage auf dem Arbeitsmarkt, je nach politischer Großwetterlage und je nach Stimmung unter der Bevölkerung unterschiedlich ausnutzen. Wie ist Ihr Eindruck? Wie hat das lokale Arbeitsamt diese Spielräume genutzt, restriktiv oder großzügig? Wenn restriktiv, dann aus welchem Grund?

Elvira Kirmes

Unser Arbeitsamt hat manche Sachen sehr restriktiv behandelt, was auch manchmal an der Person gelegen hat. Viele der Damen und Herren mussten sich in den ersten Jahren mit den Problemen des westdeutschen Arbeitsrechts vertraut machen und sich daran gewöhnen, dass neben den deutschen Arbeitnehmern auch ausländische Arbeitnehmer hier beschäftigt sind. Und um nichts falsch zu machen, haben sie in den ersten Jahren sehr restriktiv gehandelt. Schließlich hat sich das aber doch geändert. Man hat auch hier sowohl bei dem Arbeitsamt, wie auch bei der Ausländerbehörde erkannt, dass die Universität – genauso wie in Flensburg – ein Hoffnungsträger ist, und man ist umgeschwenkt und hat gesagt: „Ich kann mich nicht als Ausländerbehörde immer gegen die Uni-

versität stellen“. Ich hatte gestern bereits gesagt, es gibt immer einen innovativen Ermessensspielraum, und ich denke, dass die Ausländerbehörde und das Arbeitsamt davon regen Gebrauch machen und versuchen, uns gerade bei der Beschäftigung zu helfen.

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Sie sehen also in den letzten Jahren eine positive Tendenz?

Elvira Kirmes

Auf jeden Fall! Es haben sich natürlich auch die gesetzlichen Bestimmungen für die Beschäftigung etwas gelockert, und ich denke, es wird in der nächsten Zeit noch einfacher werden.

Karen Böhle

Ich wollte noch kurz etwas zum Arbeitsamt in Flensburg sagen. Es ist tatsächlich so, dass wir eine Stelle haben, die extra dafür da ist, deutsche Arbeitskräfte nach Skandinavien zu vermitteln. Die Restriktionen, Arbeitsbewilligungen usw. brauchen wir also nicht. Für die Lehrbeauftragten bekommen wir das vier- bis sechsfache auf der dänischen Seite. Natürlich ist das ein Ungleichgewicht, aber Dänemark hat auch erheblich höhere Steuern. Wir haben keine grenzüberschreitende Einrichtung wie das CP. Das war genau der Hintergrund für das deutsch-dänische Hochschulzentrum. Wir mussten eine Rechtsform finden, und das führte auch zu Unstimmigkeiten. Wir haben danach diskutiert, wer ist in welchem Gremium, wer ist Leiter und mit welchem Recht ist man dann nicht zu der einen Seite oder zu der anderen hingezogen. Wir könnten gar nicht das gesamte Personal beschäftigen, weil wir die Stellen dafür nicht haben. Wir leben ja mit dem Irrsinn des Stellenplans. Wir sind anerkanntermaßen unterfinanziert als Hochschule, und trotzdem fanden wir mit den grenzüberschreitenden Lehraufträgen eine Lösung.

Dr. Christian Bremen

Die Lebens- und Arbeitswirklichkeit hier im Grenzgebiet ist anders als in binnenländischen Gebieten. Und was ich mich immer frage ist, hängt es wirklich vom guten oder bösen Willen der beteiligten Personen ab, oder

hat die Ausländerbehörde oder das Arbeitsamt auch andere rechtliche Bestimmungen, einige zumindest, die auf das Grenzgebiet ausgelegt sind? Oder ist wirklich nur immer nach der gleichen Gesetzlage zu entscheiden?

Elvira Kirmes

Wir haben natürlich oftmals mit den Ausländerbeauftragten der Uni und mit der Präsidentin versucht, bei dem Arbeitsamt und bei der Ausländerbehörde eine Modifizierung geltender gesetzlicher Bestimmungen für unseren Raum herbeizuführen. Man hat uns immer diskrete Hinweise gegeben, die Gesetze so weit auszulegen, dass wir damit arbeiten können, aber es gibt keinen einzigen Paragraphen, weder im Ausländerrecht noch beim Arbeitsamt, der unseren Anforderungen wirklich entspricht.

Professor Dr. Roland Wittmann

Wir müssen bedenken, dass all diese Vorschriften nicht nur Gesetze sind, sondern Verordnungen, Verwaltungsvorschriften, also eine sehr komplizierte Materie. Kaum jemand kennt sich gründlich damit aus. Außerdem ist es häufig so, dass an der EUV ein Fall zum ersten Mal auftaucht. Nehmen wir etwa einen polnischen Professor mit dem Wohnsitz in Polen, der plötzlich bei uns für ein Semester eine Vorlesung übernehmen soll. Solch ein Fall ist z.B. noch nie da gewesen. Es ist ein Unterschied, ob die Verwaltung im deutschen Kernland nur gängige Verwaltungsvorgänge erledigt oder eben ständig mit neuartigen Vorgängen konfrontiert wird. Es sind neuartige Vorgänge im Grenzgebiet und auch die Sozialversicherungsvorschriften enthalten vielfach Ausnahmestimmungen. Das heißt, der erste Fall verlangt immer nach persönlichem Kontakt und gegenseitiger Information. Ich sehe also nicht, dass es böser Wille sein sollte, sondern die Verwaltung arbeitet auf eine bestimmte Weise und wird mit Neuartigem konfrontiert.

Professor Dr. Waldemar Pfeiffer

Ich dachte schon immer, dass die Rechtsinterpretation auf den beiden Seiten der Grenze anders ist. Bei den Deutschen etwa ist alles, was nicht erlaubt ist, verboten, und in Polen darf man alles machen, was nicht ver-

boten ist. Aber mit der Zeit habe ich gelernt, dass die Deutschen sehr flexibel mit den Interpretationen sind und sie sind immer auf der Suche nach Lösungsmöglichkeiten für verschiedene Probleme, was mich sehr positiv überrascht hat.

Als Fazit möchte ich ziehen, dass in den Grenzregionen gemeinsame Probleme bestehen, die zu bewältigen sind. Vor allem denke ich, ist die Verständigungskompetenz und Verständigungsbereitschaft wichtiger als die Kommunikativkompetenz. Denn selbst, wenn die Sprachen nicht verwandt sind, wie hier an dieser Grenze Deutsch und Polnisch, ist die Verständigungsbereitschaft und das Bewusstsein, das die Region etwas Gemeinsames ist, entscheidend. Sie ist maßgebend für die Bevölkerung, für die kulturelle Nähe, aber auch die wirtschaftliche Nähe und die politischen Schritte, die man tun muss, um eine Integration zu erreichen. Wichtig ist es natürlich, die Nachbarsprache zu lernen und zu fördern, um die Kultur besser zu verstehen.

Man könnte sehr viel darüber erzählen, wie sich hier in Frankfurt oder Slubice oder überhaupt in diesem Grenzgebiet die bilateralen Schulen bzw. bilingualen Kindergärten entwickeln, wie die Zusammenarbeit zwischen den Stadtverwaltungen zustande kommt usw. Auf drei Säulen muss man wahrscheinlich die Kooperation aufbauen, nämlich auf die Säule der politischen Verständigung, der wirtschaftlichen Interessengemeinschaft und der kulturellen Nähe.

System Convergence amidst Changing Domestic Legislation: The Development of the Finnish-Russian Cross-Border University and Bologna Implementation

Dr Paul Fryer

Cross-Border Project Manager, University of Joensuu, Finland

When it comes to international co-operation, Finland and Russia have been, and continue to be important partners – this is as true for higher education, as it is for many other sectors of society. Today I would like to outline how Finnish-Russian co-operation in higher education is moving ahead with the latest Finnish Ministry of Education initiative, the Cross-Border University project (CBU), at a time when both countries are in the midst of making changes to domestic legislation in accordance with the principles of the Bologna Declaration.

Finland's academic ties to Russia and the Soviet Union have been somewhat unique, due to the 'special' political relationship of monitored Finnish neutrality established after 1948 between the former enemies. This relationship, however, meant that Finnish researchers were well-poised to take advantage of the explosion in academic research in Russia that came with the collapse of the Soviet Union, activities that have been supported widely at the institutional and state levels in Finland ever since. The special relationship continued to be emphasised when Finland joined the European Union in 1995, as government and academic institutions – highlighting the EU's only land border with the Russian Federation – tried to position themselves as a bridge between Brussels and Moscow. After Russia signed up to the Bologna Declaration in 2003, the Finnish Ministry of Education committed itself to helping Russia imple-

ment it. As enlargement in 2004 has eliminated Finland's 'natural' border advantage within the EU, the Finnish side has sought new and creative approaches to co-operation with Russia to try and maintain the close relationship – and the establishment of joint programmes/ degrees as envisioned by the CBU is one of these approaches.

The CBU project has, in some form or other, been discussed in eastern Finnish universities for some time. Several universities have been running successful international study programmes of various descriptions, including International Master's Degrees, involving increasing numbers of Russian students¹⁹. On the Finnish side, co-operation with Russian educational institutions is formalised through organisations such as the Academy of Finland, CIMO (Finnish Centre for International Mobility) and the M.A. Castrén Society, the latter co-ordinating special exchanges with related Finno-Ugrian-speaking minorities of the Russian Federation. The most important state-sponsored programme for Finnish-Russian bilateral educational co-operation is now the FIRST programme (Finnish-Russian Student Exchange Programme), which has supported student (and recently staff) mobility between Finnish and North-West Russian higher educational institutions since 2000. In recognition of this high level of existing co-operation and with Bologna in mind, the Ministry of Education developed its 2003-2007 action programme, "Finland, Russia and International Co-operation"²⁰ in which the role of the CBU could be seen as a step further beyond existing programmes.

¹⁹ Voracek, Jan. 2003. *From the International Master's Programme in Information Technology to the Concept of Cross-Border University: research report for the Finnish Ministry of Education*. Lappeenranta: Department of Information Technology, Lappeenranta University of Technology; and Voracek, Jan & Zemcik, Pavel. 1999. "Cross-Border Education – Project and Realisation." *Proceedings of the ICEE'99, Ostrava, Czech Republic*. Accessible at < <http://www.ineer.org/Events/ICEE1999/Proceedings/papers/281/281.htm> >.

²⁰ The Ministry's programme exists in two versions: "Suomi, Venäjä ja kansainvälinen yhteistyö: Opetusministeriön toimintaohjelma 2003-2007." *Opetusministeriön julkaisuja*, No. 15, 2003 (in Finnish), accessible at < <http://www.minedu.fi/julkaisut/hallinto/2003/opm15/opm15.pdf> >; and "Finliandiia, Rossiia i mezhdunarodnoe sotrudnichestvo: programma sotrudnichestva ministerstva prosveshcheniia 2003-2007 gg." *Opetusministeriön julkaisuja*, No. 21, 2003 (in Russian), accessible at < <http://www.minedu.fi/julkaisut/hallinto/2003/opm21/opm21.pdf> >.

This is stage one of the CBU project – a feasibility study running until the end of 2004 – though applications already have been made to continue the project into and beyond 2007. As a result, many issues and obstacles have still not been encountered, and the conceptualisation of the CBU is still evolving, with many proposals for virtual, semi-virtual or taught formats under consideration. In general terms, the CBU will be an umbrella structure that will co-exist with and complement existing programmes in its member institutions.

The long-term goal is to identify and develop areas of common interest and expertise upon which to build high-quality and competitive Joint Master's Degree and doctoral training programmes – aspects leading to system convergence that especially the Finnish side seeks within the Bologna Process. English has been selected as the CBU language of administration and education – very much seen as a realistic compromise for the two partners – though not precluding roles for the three national languages (Russian, Finnish and Swedish).

Students will enrol in CBU programmes at their home institutions on both sides of the border and will complete courses contributed equally by the various institutions involved, thus comprising the joint programme. Nine partner institutions are involved in the CBU's development (see Figure 1); five from Finland (the universities of Helsinki, Joensuu, Kuopio, Lappeenranta and Tampere) and four from North-West Russia (the State Universities in Petrozavodsk and St. Petersburg, the St. Petersburg State Polytechnic University and the European University at St. Petersburg), though as the project is developed other institutions may be invited to participate. Currently, six pilot subjects are being developed into Master's programmes within the CBU framework, including business administration, forestry, history, information technology, international relations, and public health. At the moment, representatives of these pilot subjects are in the process of preparing proposals that outline the gradual plans for joint programme development and implementation over the next 3-5 years.

The development of the CBU is taking place against a background of legislative reform in both countries that has been needed to support im-

plementation of the Bologna Declaration process. It must be stressed that the Bologna Process has had significant importance in Finland and is taken very seriously, and consequently the implementation of Bologna principles has proceeded rapidly in the country, with the required amendments in national legislation taking force by 1 August 2005. Already the national credit system has been superseded by ECTS in practice, and the basic 5-year degree (combined Bachelor's and Master's) really will begin to function as two separate degrees from next year. However, these measures still do not embrace all principles, and joint degrees, fundamentally, still do not find legal basis for development despite the reforms.

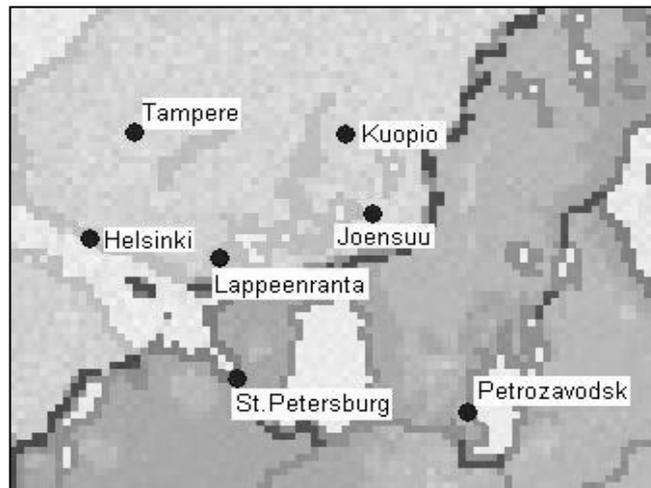
Russia has initiated limited legislative measures to implement the Bologna Declaration, though it has tied its own reforms in higher education to the process too. There are many practical issues that still have to be addressed in Russia, including the legal right of individual universities to issue separate Master's degrees, the acceptance of credits completed abroad and in a foreign language, compulsory taught federal components, etc. At the moment it seems that each university must negotiate separately with the central ministry in Moscow to win permission to implement certain aspects of the Bologna reform, so the process is set to be a lengthy and uneven one. There also seems to be uncertainty related to Bologna implementation, as a consequence of this spring's Russian Ministry of Education reorganisation – most institutions are not certain which ministry officials or departments are responsible for Bologna issues even now, more than half a year later.

Despite these many problems, optimism within the network remains high. Instead of seeing the CBU as impossible within current legislation, the partners see the CBU as a tool for change, a way of further developing their own participation in the Bologna process. In Russia, much may depend upon one CBU partner – St. Petersburg State University. The university and its rector, Liudmila Verbitskaia, are leading proponents of Bologna reform in the Russian Federation, and play key advisory roles to the Russian Ministry of Education. As the CBU goes ahead and establishes a working example of such Bologna principles as ECTS and the 3+2 (Bachelor's + Master's) degree programmes, as well as creating joint

study programmes, St. Petersburg State and the other CBU universities may use the experience to influence legislative reform in the country. The hopes are that the CBU will help facilitate system convergence as Bologna principles gain a stronger place in the national curricula of both countries.

Some patience is required before legislation in both countries conforms to the Bologna Declaration, bringing the convergence needed in both countries to support CBU plans. However, already the feasibility work has shown that it is possible to develop flexible and efficient solutions to certain legislative barriers. Instead of anticipating problems before legislation changes, the attitude among especially the Russian partners is to go ahead with our ambitious academic plans so that they can present the Russian Ministry of Education something to evaluate when making further changes to national legislation. By providing a working model that incorporates Bologna principles, the CBU may in fact encourage change. The CBU has the potential to take Finnish and Russian institutions and legislation forward in a new direction and in a new partnership. In any case, the fact that such efforts are being made at all is important in the efforts to integrate Russia – a country without an immediate perspective of EU membership – more closely in the pan-European Higher Education Area.

Figure 1: Location of CBU member institutions.



Question from the audience

One thing is not clear to me: How many people are already working on the spot in Joensuu and who is in charge of this coordination?

Dr. Paul Fryer

At the moment, if you want to talk about staff, there are two people at this stage. I should say that I am employed by the project, so in fact I am employed by 9 universities. The type of organisation that we have at the moment, besides the two permanent staff members - myself in Joensuu and an assistant, who is located in Helsinki – consists of two groups. A Steering Group is comprised of the rectors of the 9 universities, or in some cases the vice-rectors from the larger universities.

And we also have a Working Group that is made up of a representative from each of the universities, as well as various specialists, advisers from the Finnish Ministry of Education, etc. Unfortunately, because of a governmental reorganisation in Moscow, the contacts that we had at the Russian Ministry of Education were broken – the responsible individuals were replaced and we have no idea who has replaced them or if they have lost interest in our project. So we have been trying to re-establish our links with the Ministry. The number of individuals actively working with us at the moment is about 20 from both sides of the border. Both groups meet quarterly. Our next meeting will be in December, after the Bologna Conference in St. Petersburg.

Von der Idee zur Verwirklichung: organisatorisch-juristische Schritte bei der Gründung des Collegium Polonicum

Professor Dr. Waldemar Pfeiffer

Adam-Mickiewicz-Universität Poznań

1. Vorbemerkung

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit verlangt von beiden Seiten besondere Fähigkeiten und Kompetenzen. Zunächst einmal handelt es sich um den politischen Willen und die Bereitschaft, mit dem Anderen, oft Fremden, Kontakte mit dem Ziel aufzunehmen, engere Beziehungen zu pflegen. Darüber muss man sich verständigen. Deshalb ist die Verständigungskompetenz wichtiger als die rein sprachliche Kommunikationskompetenz. Denn: sprachliche und kulturelle Übersetzung können ja speziell dafür ausgebildete Dolmetscher leisten.

Jeder grenzüberschreitender Kontakt ist ein Kontakt zwischen Kulturen. Es kommt zu einem interkulturellen Dialog, der die angestrebten engeren Beziehungen fördert, und zwar besonders dann, wenn sich politische, wirtschaftliche und kulturelle Interessengemeinschaften herausbilden. Genau auf diesen drei Grundpfeilern fußt das Gerüst jeglicher internationaler Beziehungen. Aus diesem Grunde ist es sinnvoll, internationale Kommunikationsgemeinschaften zu fördern und zu stärken. Gemeint sind homogene, meist berufliche Gemeinschaften, wie beispielsweise eine Ärztegemeinschaft, Wissenschaftlergemeinschaft, Lehrergemeinschaft, Sportlergemeinschaft, aber auch solche wie die der Altersgemeinschaft und andere Interessengemeinschaften.

Bei grenzüberschreitenden Gemeinschaften handelt es sich um lokale und regionale Gemeinschaften. Nicht immer haben sie eine stark ausgeprägte Raumidentität. Daher ist die Stärkung der lokalen und regionalen Identität wichtig, da diese in der Regel zur gewünschten Integration beiträgt und die Grundlage für die Entwicklung einer supranationalen europäischen Identität schaffen kann. Dabei gilt m.E. als Prinzip: je stärker die primäre, national-kulturelle Identität ist, desto stärker ist auch die Bereitschaft für die Übernahme zusätzlicher Identität. Schwache nationale Identität weicht oft einer attraktiveren - im gewissen Sinne übergeordneteren - europäischen Identität, manchmal sogar einer eher farb- und wurzellosen kosmopolitischen Identität. Es ist allerdings davon auszugehen, dass wir alle mehrere Identitäten haben. Die Entwicklung einer europäischen Identität, ohne dass man auf seine eigene kulturelle Identität verzichten muss, ist im vereinten Europa ganz natürlich und sinnvoll.

Dieser Artikel versteht sich als ein kleiner Beitrag des Ideengebers zum Gesamtbild einer Institution und dadurch - sowie durch seine Tätigkeit als Lehrstuhlinhaber an der Europa-Universität (1993-2003) und zugleich erster wissenschaftlicher Direktor des Collegium Polonicum (1994-97) - als ein Beitrag zur polnisch-deutschen Zusammenarbeit, partnerschaftlicher Nachbarschaft und Interessengemeinschaft.

2. Die Zeit und der Raum

Nach dem Fall des alten Systems in Polen und der Berliner Mauer entstand eine ganz neue politische Situation in Mitteleuropa. Deutschland wurde vereint, was eine nie da gewesene Aufbruchstimmung in den neuen Bundesländern ausgelöst hat. Die politische Lage Deutschlands war angesichts der EU-Mitgliedschaft stabil, die wirtschaftliche Situation blühend, die Kulturszene um neue Elemente, Angebote und Projekte bereichert.

Ganz anders in Polen, das in eine Rand- und Grenzlage außerhalb der Europäischen Union stürzte und dabei - im politischen Sinne zumindest - ganz neue Nachbarn bekam, mit denen man natürlich die Beziehungen neu definieren und gestalten musste. Im Westen war es Deutschland, das an Stelle der DDR zum Nachbarn wurde, im Osten Russland, Litauen,

Weißrussland und die Ukraine an Stelle der Sowjetunion und im Süden Tschechien und die Slowakei, die die Tschechoslowakei ersetzten. Trotz oder wegen der politischen und wirtschaftlichen Transformation wuchs die Unsicherheit, die mit der rapide anwachsenden Arbeitslosigkeit und Armut verbunden war. In Grenzgebieten zu Deutschland bescherte der grenzüberschreitende Handel den Händlern und Gemeinden zunächst steigende Einkommen, die aber nach einigen Jahren deutlich zurückgingen.

In dem genannten deutsch-polnischen Grenzgebiet hatten wir es mit großer Asymmetrie zu tun. Eine Grenzbevölkerung im eigentlichen Sinne gab es nicht, grenzüberschreitende Kontakte waren beschränkt, die sprachliche Barriere erschwerte den Dialog. Die Situation war also ganz anders als beispielsweise die im deutsch-dänischen oder deutsch-niederländischen Gebiet, wo es recht starke traditionelle Grenzbeziehungen gab. Die Nachbarn an der deutsch-polnischen Grenze waren ungleich, Misstrauen und Distanz waren eher auf der Tagesordnung. Da kam die Landesregierung Brandenburg mit der Idee der Gründung einer Universität in Frankfurt (Oder), die auf der Grundlage eines Landtagsgesetzes ermöglicht wurde. Der erste juristische Schritt war vollzogen.

3. Die Genese

Am 06. September 1991 fand die offizielle Eröffnung der neuen brandenburgischen Universität statt. Am gleichen Tag versammelte sich zum ersten Mal der international besetzte Gründungssenat, und es trafen sich die beiden Hochschulminister aus Brandenburg und Polen: Herr Heinrich Enderlein, der für die neue Universität gern „Klinken putzen gehen würde“ und Professor Robert Głębocki, der für die polnischen Studierenden Wohnheime in Słubice zu bauen versprach.

Die neue Universität nahm den Namen Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) an und knüpfte an die Tradition der alten Viadrina an, indem sie sich als eine international ausgerichtete Brückenuniversität mit einem starken deutsch-polnischen Kern verstand. Bis zu 30 % aller Studierenden sollten junge Polen ausmachen, wofür sich in Deutschland, Polen und wohl auch in Europa kaum ein zweites Beispiel findet. Um den

polnischen Studierenden das Studium zu ermöglichen, hatte die brandenburgische Landesregierung Stipendien und sonstige materielle Hilfen gewährt.

13 Monate nach der Eröffnung der Universität konnten die ersten 479 Studierenden, davon 168 aus Polen, ab WS 1992 immatrikuliert werden und das Studium in drei Fakultäten – Jura, Wirtschafts- und Kulturwissenschaften - aufnehmen.

Es ist offensichtlich, dass ohne Gründung der Europa-Universität keine Gründung des Collegium Polonicum möglich gewesen wäre. Wie kam es aber zur Gründung des Collegium?

In der Arbeit des Gründungssenats, in dem unter 15 Mitgliedern zwei Vertreter aus Polen – Prof. Karol Jonca von der Universität Wrocław und der Autor dieses Beitrags von der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań teilnahmen, nahm das Thema der deutsch-polnischen Zusammenarbeit recht viel Zeit in Anspruch. Der Begriff „Partnerschaft“ wurde nicht allzu sehr beansprucht, man sprach schlicht und einfach von der Zusammenarbeit.

Angesichts der Großzügigkeit der deutschen Seite gegenüber dem polnischen Partner schien mir der von Minister Głębocki in Aussicht gestellte Bau von Studentenwohnheimen nicht würdig genug. Die polnische Seite sollte - meinte ich - einen größeren Beitrag zur Förderung der Ziele und Aufgaben der EUV leisten. Dieser sollte sich nicht nur auf Studentenwohnheime beschränken, sondern darüber hinaus auch ein wissenschaftlich-didaktisches Institut – das Collegium Polonicum - bauen, damit das in Europa einzigartige Projekt der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unterstützt und vervollständigt werden könnte. Der damalige Unterstaatssekretär im polnischen Bildungsministerium - Professor Roman Duda - ließ sich von meiner Idee, die ich ihm bereits am 21.11.1991 unterbreitete, ohne großes Zögern überzeugen. Er berief darauf einen ministeriellen Beirat, dem Vertreter der Universitäten aus Poznań, Wrocław, Warszawa, Kraków, Szczecin und Zielona Góra sowie der Bürgermeister von Słubice und der Kurator der Lebuser Woiwodschaft aus Gorzów angehörten. Die Leitung dieses Beirats vertraute er dem

Ideengeber an. Gleichzeitig berief mich Minister Głobocki als seinen Bevollmächtigten für die Angelegenheiten der Europa-Universität und des Collegium Polonicum. Dies waren wichtige Entscheidungen, die die Bedeutung des Projekts betonten und die kollektive Zusammenarbeit und Verantwortung sicherten.

Bereits auf seiner ersten Sitzung am 05.12.1991, also drei Monate nach der Eröffnung der EUV, fasste der Beirat einstimmig den Beschluss, das Collegium Polonicum als einen integralen Teil der Viadrina zu errichten. Der Gründungssenat nahm den Beiratsbeschluss drei Tage später zustimmend zur Kenntnis und Minister Duda bestätigte ihn am 20. 12.1991.

Die ersten rechtlichen und organisatorischen Schritte wurden getan. Es ging nun also um die gemeinsame Festlegung des Profils des CP, seiner Struktur und wissenschaftlich-didaktischen Ausrichtung, als auch um seine Finanzierung. Diese Probleme wurden zunächst im genannten Beirat erarbeitet und nachher mit dem auf der Grundlage der am 06.09.1991 unterzeichneten „Gemeinsamen Erklärung“ gegründeten Brandenburgisch-Polnischen Koordinationsgremium diskutiert und verabschiedet.

Beide Gremien führten ihre Tätigkeit vier Jahre lang bis 1996 durch. Es liegt nahe, diese Gremien - vergleichsweise mit dem Gründungssenat der EUV - als die Gründungskommissionen des Collegium Polonicum zu betrachten.

4. Das Grundkonzept

Mit dem Aufbau des Collegium Polonicum setzte sich also der ministerielle Beirat auseinander. In zahlreichen Sitzungen behandelte er unter vielen anderen Fragen auch die der Findung einer verantwortlichen Institution, die den Aufbau des CP übernehmen sollte. Es gab einen Vorschlag, dass die Universitäten Wrocław und Poznań gemeinsam mit der Europa-Universität das neue Institut in Ślubice gründen sollen. Aus praktischen, vornehmlich haushaltstechnischen und logistischen Gründen entschied sich aber der Beirat für die Beauftragung der Adam-Mickie-

wicz-Universität Poznań mit dieser Aufgabe. Die Universität Wrocław und die anderen Universitäten, die im Beirat vertreten waren, sollten als Mitglieder eines international besetzten Kuratoriums des Collegium Polonicum für dessen Gesamtkonzept, seine wissenschaftlich-didaktische Ausrichtung und den späteren Betrieb mitverantwortlich sein. Diesem Beiratsbeschluss stimmte das Ministerium zu, das daraufhin die Adam-Mickiewicz-Universität mit dieser Aufgabe beauftragte. Der Senat der AMU akzeptierte den Auftrag des Ministers und fasste am 25.05.1992 den Beschluss, den Bau des Collegium zu übernehmen.

Mit dem Bau selbst wurde 1995 begonnen, nachdem die Stadt Słubice die Grundstücke kostenlos zur Verfügung stellte, was vor allem dem Bürgermeister Ryszard Bodziacki zu verdanken war, und nachdem es der Leitung der AMU gelungen war, großzügige finanzielle Unterstützung der polnischen Regierung, der Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit und der Europäischen Union zu gewinnen.

Die Rahmenbedingungen für das Profil, die Struktur, die wissenschaftlich-didaktische Ausrichtung des CP sowie den Beitrag der beiden Seiten wurden im ersten Konzept von mir in Zusammenarbeit mit Prof. Henryk Olszewski von der AMU und Dr. Klaus Anderbrügge vom Gründungssenat der EUV am 07.12.1991 erarbeitet. Dieses Konzept verabschiedete der Gründungssenat auf seiner Sitzung am 19.12.1992. Zwei Tage später tat dies auch der Senat der AMU. Es stellte auch in späteren Verhandlungen der beiden Seiten stets den Ausgangspunkt und den Bezugsrahmen dar.

Was war das Wesentliche an diesem Konzept und an den Festlegungen des ministeriellen Beirats und des Koordinationsgremium, das ich übrigens zusammen mit dem Ministerialdirigenten Dr. Klaus Faber leitete, womit ich die Mitverantwortung für diese erste konzeptionelle Phase trug.

Zunächst einmal war es der strukturelle Standort des CP. Man war sich in den Gremien einig, dass das CP eine gemeinsame Einrichtung der beiden Partneruniversitäten ist und strukturell und inhaltlich in die EUV integriert sein sollte. Das bedeutete konkret, dass alle Studierenden am CP gleichzeitig an der EUV immatrikuliert würden und Studierende beider Einrich-

tungen Lehrangebote der Partnerinstitution wahrnehmen dürften. Der Hausherr des Collegium sollte natürlich die AMU sein.

Vom Profil her soll das Collegium Polonicum ein Ort der Kultur- und Wissenschaftsbegegnung, ein Zentrum der Information, Inspiration und des Meinungsaustausches sein. Es soll ein kleines Fenster und ein Tor nach Polen bilden und in erster Linie die Sprache und Kultur des Landes fördern, um dem Namen gerecht zu werden.

Das Konzept sah – was Forschung und Lehre betrifft – die Gründung von fünf Lehrstühlen vor:

1. Lehrstuhl für polnische Sprache und Kultur,
2. Lehrstuhl für die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen
3. Lehrstuhl für regionale Integration unter kulturellem und wirtschaftlichem Aspekt
4. Lehrstuhl für regionale Umweltforschung und
5. Lehrstuhl für Integrationsprozesse in Nord- und Osteuropa.

Hinzu kam eine öffentliche Bibliothek und eine Informations- und Dokumentationsstelle, die Zugang zu Informationen über die polnische Wissenschaft und Kultur über politische und wirtschaftliche Strukturen und Institutionen u.a.m. gewähren sollte. Die deutsche Seite sollte fünf Professuren für die Lehrstuhlinhaber und sieben Assistentenstellen finanzieren, die polnische Seite die anderen Stellen sowie das Gebäude, dessen Einrichtung und den Betrieb sicherstellen.

Mit dem Grundkonzept, der Berufung der Institutsleitung und der Schaffung eines vorläufigen Standortes in Słubice wurde die wichtige Projektphase der „Weichenstellung“, um es einmal salopp auszudrücken, beendet.

5. Die Gemischte Kommission

Nach der Auflösung des Gründungssenats und der Übernahme der Belange der Europa-Universität durch ihre gewählten Gremien sowie nach der Beauftragung der Posener Universität mit dem Bau des Collegium

Polonicum durch den polnischen Bildungsminister kamen die beiden Rektoren – Professor Jerzy Fedorowski von der AMU und Professor Hans Weiler von der EUV - im Mai 1994 überein, eine Gemischte Kommission für den Aufbau des Collegium Polonicum, bestehend aus Vertretern der beiden Universitäten, zu gründen.

Die anderen Gremien trafen sich jetzt seltener als in der Projektphase. Zwei Jahre später stellten sie sogar ihre Tätigkeit ein, ohne dass sie formal aufgelöst wurden. Im Rückblick auf die sich mit der Zeit auf beiden Seiten häufenden Probleme, könnte man jedoch meinen, dass es nicht unbedingt richtig war, das auf ministerieller Ebene agierende bilaterale Koordinationsgremium nach seiner 11. Sitzung im April 1996 einschlafen zu lassen, auch wenn man die Gründung der Gemischten Rektorenkommission durchaus als plausibel und sinnvoll betrachten muss. Ihre Aufgabe war es, sich mit konkreten Fragen der Zusammenarbeit zu befassen, Verantwortlichkeiten festzulegen und einen Entwurf des Staatsvertrages zwischen dem Land Brandenburg und der Republik Polen bei der Errichtung des Collegium Polonicum zu erarbeiten.

Die Debatten über die strukturelle Verankerung des CP, dessen Aufbau und Profil sowie über den didaktisch-wissenschaftlichen Bereich begannen aber quasi von neuem, zumal jetzt auch beide Rektoren ihre Perspektive in die Verhandlungen mit einbrachten. Da stellte sich heraus, dass der Teufel in der Tat im Detail liegt. 1996 übernahm Rektor Stefan Jurga den Ko-Vorsitz der Kommission. Natürlich hatte auch er seine Ideen über den Standort des Collegium Polonicum, die er – wie sich herausstellen sollte – mit Erfolg durchsetzte. Die Verhandlungen der Gemischten Kommission waren jetzt alles andere als einfach. Es darf fairerweise nicht verschwiegen werden, dass die verhandelnden Parteien ihre Positionen nicht immer teilten und sich nicht immer von Gemeinnutz, sondern auch von Eigennutz leiten ließen.

Rektor Jurga bestand auf der Stärkung der Autonomie des CP anstatt der im Grundkonzept intendierten starken Integration der beiden Einrichtungen, d.h. der Europa-Universität und des Collegium Polonicum. Des Weiteren strebte er für die Posener Universität eine uneingeschränkte Entscheidungsmacht über das CP an. In der Praxis bedeutete dies, dass

alle anderen polnischen Partneruniversitäten der Viadrina von der Zusammenarbeit und Mitverantwortung, wie sie im Kuratorium vorgesehen waren, ausgeschlossen wurden.

Man muss sich natürlich fragen, ob das geänderte Konzept Früchte tragen wird und ob die Früchte essbar sein werden. Dies wird die Zukunft zeigen. Nach wie vor wird allerdings dem Projekt Collegium Polonicum, als auch der Europa-Universität eine erfolgreiche Entwicklung in der Realisierung der gutnachbarschaftlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit sowie in der Stärkung der Europa-Idee gewünscht.

Wie schon weiter oben erwähnt, sollten die Verhandlungen der Gemischten Kommission im Endergebnis einen Entwurf des Staatsvertrages bringen. Dies ist nach mehreren Jahren 2001 geschehen. In der Zwischenzeit hat das Brandenburgische Landesparlament den Vertrag 2003 ratifiziert. Auf die Ratifizierung durch den Polnischen Sejm wird man hoffentlich nicht mehr allzu lange warten müssen. Damit wäre auch der letzte und wichtigste juristische Schritt in der Errichtung des Collegium Polonicum als einer gemeinsamen Hochschuleinrichtung vollzogen. Die Umsetzung der Grundideen und Konzepte in die Praxis ist nun die wichtigste und sicherlich auch die schwierigste Aufgabe, vor der das Collegium und die beiden Partneruniversitäten stehen. Die Koordination und die Verantwortung dafür trägt nun die sog. Ständige Kommission, die die Gemischte Kommission nach der Unterzeichnung des Staatsvertrags ablöste und die von Rektor Stanisław Lorenc von der AMU und Präsidentin Gesine Schwan von der EUV geleitet wird.

6. Gegenwart und Prognose

Es dürfte offensichtlich sein, dass innovative und anspruchsvolle Projekte wie das der Europa-Universität und des Collegium Polonicum nicht problem- und reibungslos verlaufen und umgesetzt werden. Deshalb sind Nachsicht und guter Wille bei Anerkennung des Geleisteten geboten. Denn es wurde in der Tat auf beiden Seiten der Oder Beachtliches geschaffen. Es ist das Werk einiger Gremien und vieler engagierter Personen, die die Notwendigkeit, aber auch die Chance der Realisierung neuer Herausforderungen und Bedürfnisse gesehen und in die Praxis umgesetzt

haben. Der genannte Staatsvertrag regelt den Rahmen, die Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten in der Zusammenarbeit beider Länder und Institutionen. Über den heutigen Stand der Entwicklung des Collegium Polonicum und der Europa-Universität kann der interessierte Leser in zahlreichen Schriften und Publikationen beider Institutionen nachlesen und wichtige Daten im Internet finden. Auch dieser Band gibt Einsicht in den heutigen Stand der Dinge. Aus diesen Gründen beschränkt sich dieser Beitrag auf die wichtigsten Chancen und Gefahren, wie ich sie heute sehe. Es wird punktuell und ohne weitere Kommentare dargestellt:

1. Das Collegium Polonicum muss stets und konsequent bestrebt sein, den Zielen und Aufgaben, die im Grundkonzept richtungsweisend skizziert und im Staatsvertrag präzisiert wurden, gerecht zu werden.
2. Der Standort und die Zeit und die damit verbundenen Probleme gehören – neben der polnischen Sprache und Kultur und den deutsch-polnischen Beziehungen – zu den wichtigsten Schwerpunkten in Forschung und Lehre.
3. Die angebotenen Lehrveranstaltungen sollten in stärkerer Masse die Interessen und Bedürfnisse der ausländischen Studierenden, darunter in erster Linie der Studierenden der Viadrina berücksichtigen.
4. Es liegt im Interesse des Collegium Polonicum und der Europa-Universität, eine weitergehende inhaltliche und strukturelle Integration anzustreben. Eine mögliche Verselbstständigung würde nicht eine Autonomie, sondern die Isolation und damit eine Provinzialisierung der Institutionen bedeuten.
5. Der Asymmetrie zwischen den Partneruniversitäten in Frankfurt (Oder) und in Poznań könnte man durch eine stärkere Einbeziehung anderer Hochschuleinrichtungen in beiden Ländern begegnen.

7. Schlusswort

Das einzigartige Projekt, von dem hier die Rede ist, ist bei weitem noch nicht abgeschlossen. Nach wie vor wird ständige Bereitschaft und guter Wille im Prozess des inter- und multikulturellen Dialogs für die weitere Stärkung der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit benötigt. An

dieser wichtigen, aber heiklen Grenze sollte man sich um die Entwicklung einer kollektiven, institutionellen und regionalen Identität bemühen. Neue innovative und kreative Kräfte werden losgelöst. In der Vielfalt wird man die Einheit finden und neue Werte schaffen. Das Ziel ist viel versprechend, es lohnt sich auf diesem Weg weiter zu schreiten.

Kommentar von Professor Dr. Roland Wittman

Wir können froh sein, dass es dieses Regierungsabkommen über das CP gibt, das in 2001 verabschiedet und vom Land Brandenburg in 2003 ratifiziert wurde. Polen hat es noch nicht ratifiziert, aber das ist kein böser Wille. Es sind komplizierte Gesetzgebungsverfahren, und man musste damit rechnen, dass ursprüngliche Vorstellungen nicht im vollen Sinne des Wortes umfassend realisiert werden können. Ich will nur einmal erwähnen, dass ursprünglich vom brandenburgisch-polnischen Koordinationsgremium so etwa 40 Professuren für das CP angedacht waren. Dann sind wir immer weiter herunter gegangen und herausgekommen ist der jetzige Beitrag des Landes Brandenburg, also fünf Professuren. Auch die wirtschaftlichen Bedingungen haben sich geändert. Es ist schwierig, polnische Professoren zu gewinnen. Inzwischen gibt es in Polen durch die privaten Universitäten andere Verdienstmöglichkeiten. Man muss immer damit rechnen, dass sich die Gesetzeslage in beiden Ländern und die wirtschaftlichen Bedingungen ändern. Aber dies ist kein Grund zu resignieren. Eben ist der Gedanke der Stiftungsuniversität neu aufgekommen, und das ist eine neue Basis der deutsch-polnischen Zusammenarbeit. Die Republik Polen hat sich bereit erklärt, sich auch an dieser Stiftungsuniversität zu beteiligen. Diejenigen, die jetzt über ihre grenzüberschreitenden Projekte berichtet haben, haben uns auch vor Augen geführt, dass es woanders nicht viel anders aussieht. Ich glaube, dass wir aus unserer Konferenz doch die Ermutigung mitnehmen können, dass Hochschulzusammenarbeit im grenzüberschreitenden Bereich ein Versprechen der Zukunft ist in Europa.

Zusammenfassung der Diskussionen in den Arbeitsgruppen

Dr. Gerhard Duda

Für mich ist das Fazit dieser Diskussion, dass es erst einmal wichtig ist, eine Marke zu definieren, eine Nische, ein Produkt, um das ganz modern zu sagen. Gibt es ein Produkt, das wir hier alle vertreten, oder aber sind die einzelnen Modelle, die gezeigt wurden, so unterschiedlich, dass es überhaupt nicht zu definieren ist? Ich würde sagen, man kann ein Produkt benennen, und ich würde es auf Deutsch so nennen: „Hochschulzusammenarbeit in den europäischen Grenzregionen“. Mein Fazit ist, wir müssen es so definieren und eine gewisse Interessengemeinschaft bilden, die dieses Produkt vertritt.

Wir haben gestern z.B. von der IHI-Zittau gehört, dass dieses Institut vor zwei Jahren evaluiert worden ist und beinahe geschlossen worden wäre. Der Leiter dieses Instituts hat betont, wie wichtig damals die Solidarität war. Und in diesem Zusammenhang könnte es in der Tat wichtig sein, dass sich eine kleine Lobbygemeinschaft bildet, die diese Art von Projekten und sich gegenseitig unterstützt: durch Erfahrungsaustausch und durch Definition von Qualitätsmerkmalen von Kooperation. Wer hatte die beste Idee und das beste Konzept, das sich auch in Krisenzeiten bewährt, wenn wieder Leute kommen und sagen, das, was ihr macht, ist völlig unwichtig. Denn die meisten Kooperationen dieser Art finden an der Peripherie statt. Und aus der Sicht des Zentrums kann es immer wieder vorkommen, dass jemand sagt, wofür brauchen wir das eigentlich? Warum lenken wir Mittel, die wir woanders brauchen können, um große Leuchttürme im Zentrum zu errichten, an die Peripherie, wo letztlich vielleicht dabei nie ein Qualitätsprodukt herauskommen wird? Es wäre sinnvoll, eine solche Interessengemeinschaft zu bilden. Allerdings muss man sich klar werden, wer eigentlich zu dieser Interessengemeinschaft gehört und wer nicht.

Wenn wir heute schaffen, ein paar Kriterien zu definieren, oder sie vielleicht in diesem Band im Vorwort definieren, wäre uns geholfen. Ich sage z.B. offen, dass das was jetzt zwischen der Ukraine und Polen läuft, meiner Meinung nach noch nicht das Kriterium erfüllt, eine Hochschulzusammenarbeit in Grenzregion zu sein, weil die Partner viel zu weit auseinander liegen. Das ist ein anderer Typus und ein wichtiger Typus von internationaler Doktorandenausbildung, aber ich würde es nicht als Hochschulzusammenarbeit in der Europäischen Grenzregion bezeichnen wollen. Es kann sich allerdings dahin bewegen.

Man muss ein Profil und Produkt genau definieren. Für mich ist ein entscheidendes Kriterium, dass sich die Zusammenarbeit wirklich an der Grenze abspielt, wo zwei tektonische Platten zusammenstoßen und grade hier, wo sie zusammenstoßen, da passiert etwas und das ist eine besondere Situation, die auch ein entscheidendes Kriterium für die Definition dieser Grenzregion ist. Die Frage ist, ob diese Art der Projekte in der Lage ist, ein neues Zentrum zu bilden, obwohl sie meistens an der Peripherie liegen. Letztlich können diese Grenzzentren auch nur dann überleben, wenn sie eine besondere Qualität schaffen, denn die Grenzlage alleine ist noch kein Qualitätsmerkmal an sich. Sie ist ein besonderer Reiz, auch ein interkultureller Reiz, ein intellektueller Reiz, aber ein Reiz, der schnell verloren gehen kann

Ich möchte daran erinnern, dass Herr Kleinschmager gestern erwähnte, dass das Interesse an der Zusammenarbeit an der deutsch-französisch-schweizerischen Grenze eher abnimmt als zunimmt, weil der Reiz dort verloren geht. Das Verschwinden der Grenze erhöht nicht das Interesse an der Zusammenarbeit, sondern kann dazu führen, dass es geringer wird. Provokativ könnte man sagen: Wir brauchen die Grenze als eine Mühle, gegen die wir anreiten können. Wir haben sogar scherzend gestern gesagt, wir müssen vielleicht dafür sorgen, dass die Grenzen wieder neu errichtet werden. Eine Interessengemeinschaft dieser Art von Kooperation sollte best-practice-Modelle, wie man heute auf neudeutsch sagt, definieren und sich auch gelegentlich gegenseitig unterstützen, über neue Entwicklung informieren, und vielleicht auch gegenüber der Europäischen Union einmal ihre Probleme auflisten, die z.B. beim Arbeitsrecht auftreten. Wenn das eine Hochschule gegenüber der Euro-

päischen Kommission, macht, ist das ein Tropfen im Meer, wenn das eine Arbeitsgruppe Europäischer Projekte macht, mag es zumindest irgendwo Gehör finden.

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Wir haben uns zwar in unserer Gruppe nicht mit dem Problem „Peripherie vs. Zentrum“ beschäftigt, aber wir haben auch völlig ungewollt einen universellen Aspekt aufgegriffen, der bei Management, bei der Gründung oder bei dem Aufbau der grenzüberschreitenden Einrichtungen eine gewaltige Rolle spielt. Das war ein Leitfaden aller Diskussionen, die sonst eine sehr heterogene Thematik hatten. Es handelt sich um die Kommunikation. Im Grunde genommen war es klar, dass egal, ob es um Technik oder Geld, um kulturelle Belange, um sprachliche Probleme oder systemische Fragen geht, die Kommunikation das Wichtigste ist. An diesen Nahtstellen, wo – wie Herr Duda sagte – sich die Kontinentalplatten aneinander reiben, ist das einzige Schmiermittel, das einzige Öl für diese Maschinerie, die entsprechende Kommunikation. Und zwar unter allen Aspekten: dem menschlichen, dem technischen, dem juristischen und dem kulturellen Aspekt.

Unsere Gruppe, unserer Workshop, das kann ich jetzt verraten, war eigentlich ein Sammelsurium von allen möglichen Beiträgen, die nicht zum anderen Bereich gehörten. Wir haben alles in unsere Gruppe „Themenbereich 2“ gepackt, und es hat sich herausgestellt, dass es doch einen klaren gemeinsamen Nenner gab. Wir haben begonnen mit dem Geld als Prinzip der Kommunikation. Es ging darum, wie man EU-Mittel dazu nutzen kann, die Kommunikation zu gewährleisten. Frau Scherm hat uns gezeigt, wie mit INTERREG IIIA-Mitteln, eine Reihe von Veranstaltungen an der deutsch-tschechischen Grenze durchgeführt werden können, die Kontakte und Bande zwischen den tschechischen und sächsischen Hochschulen zu knüpfen anregen.

Dr. Fitzner hat in seinem Beitrag gezeigt, wie man hier diese harte, damalige EU-Außengrenze mit einem simplen technischen Trick überlisten kann. Es geht um die Richtfunkstrecke, die zwischen EUV und CP errichtet wurde, die überhaupt ein absoluter Durchbruch in Sachen Telefonieren,

Übertragung der digitalisierten Daten und auch visuelle Kommunikation gewesen ist.

Dann hatten wir den Beitrag von Herrn Quiel, von dem ich erwartet habe, er würde Gelder, Summen, Vorschriften betreffen. Er hat sich aber auch vorwiegend mit der Kommunikation beschäftigt. Er formulierte ein paar Kriterien für eine gute Kommunikation, die insbesondere im finanziellen Bereich Erfolg sicherte. Es ging um persönliches Vertrauen, Offenheit und horizontale Zusammenarbeit. Persönliches Vertrauen und Offenheit wird in sehr vielen Beiträgen zu unterschiedlichen Problemen erwähnt. Offensichtlich entschärft Offenheit tatsächlich und wirkt in diesem Sinne vorbeugend, damit kein Verdacht entsteht, dass man irgendwie egoistisch handelt, illegale oder sonst welche Ziele erreichen will und korrupt ist.

Später sprachen wir über Kommunikation in ihrem Kern, d.h. über die sprachliche, kulturelle Kommunikation. Herr Bremen hat einen sehr interessanten Beitrag über einen Europastudiengang an der RWTH Aachen geboten, wobei uns klar geworden ist, dass die Kommunikation einen extensiven und einen intensiven Aspekt haben kann, insbesondere in Europa. Extensiver Aspekt ist die englische Sprache, die möglichst viele Akteure in den Bann zieht, die möglichst viele Studenten erreicht, und die einen Studiengang oder eine Hochschule in dem Hauptstrom der Globalisierung platziert.

Die RWTH hat sich für etwas Anderes entschieden, für eine intensive europäische Kommunikation, d.h. für drei nationale Sprachen: Deutsch, Französisch und Englisch. Dieser Aspekt ist auch in anderen Beiträgen sichtbar geworden (Wir kennen ihn aus den Diskussionen an der Grenze in Frankfurt an der Oder), und er lässt sich in einem Satz zusammenfassen: Wenn wir Europa praktizieren und den Dialog zwischen den Kulturen führen wollen, dann dürfen wir auf die nationalen Sprachen nicht verzichten. Lieber ein großer Aufwand, lieber hohe Anforderungen, lieber elitärer Geist in gewissem Sinne und nationale Sprachen, als das verflachte, künstliche, Pidgin-English-förmige, globalisierte Kommunizieren. Dieses globale Englisch ist eine Sprache, die neunzig Prozent der Teilnehmer fremd ist.

In diesem Sinne hat auch Frau Angelova gesprochen, sie hat nicht nur die Bedeutung der europäischen Sprachen beim Aufbau des Bulgarisch-Rumänischen Interuniversitären Europazentrums (BRIE) hervorgehoben. Sie hat aber auch das Kind beim Namen genannt. Es geht um die Wertvorstellungen, Werte, Werteorientierungen, denn nur die nationalen Sprachen vermitteln diese Werte. Die europäische Bildung hat ohne Wertvermittlung absolut keinen Sinn. Mit diesen Werten war der letzte Beitrag von Frau Kornazheva verknüpft. Sie befasste sich mit interkulturellen Gepflogenheiten, mit interkulturellen Aspekten des Aufbaus der Einrichtung BRIE, und sie hat sehr interessante Dinge erzählt: ihre Beobachtungen als Bulgarin über die Deutschen und über die Rumänen. Sie hat gewisse Regelmäßigkeiten beobachtet, die ihrer Meinung nach universal sind und die bei einem geschickten Herangehen auch bei der Zusammenarbeit genutzt werden können.

So haben wir über das Kommunizieren gesprochen, und ich denke, dass was Herr Duda zu seinem Workshop gesagt hat: „Die Besonderheit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit soll aufrechterhalten und aufgewertet werden“, harmonisiert sehr gut mit unserer These, dass eben die Kommunikation am Grenzstandort ein Prüfstein für die Reife der Partner ist.

Teilnehmerliste

Professor Dr. Penka Angelova

Bulgarisch-Rumänisches Interuniversitäres Europazentrum (BRIE), Rousse
(Bulgarien)

Agnieszka Bielawska

Adam-Mickiewicz-Universität Poznań, Collegium Polonicum, Słubice
(Polen)

Karen Böhle

Rektoratsreferentin, Universität Flensburg

Dr. Christian Bremen

Zusatzstudiengang Europastudien an der Rheinisch-Westfälischen
Technische Hochschule Aachen (RWTH)

Dr. Gerhard Duda

Referatsleiter, Hochschulrektorenkonferenz (HRK)

Professor Dr. Heiner Dunkel

Rektor der Universität Flensburg

Dr. Heidi Fichter-Wolff

Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS),
Erkner

Dr. Werner Fitzner

Dezernent der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Dr. Paul Fryer

Cross-Border University Project Manager, Universität Joensuu (Finnland)

Dr. Oleksandr Ivanov

Abteilung für Internationale Beziehungen, Nationale Taras-
Schewtschenko-Universität Kiew (Ukraine)

Marta Janiak

Collegium Polonicum, Słubice (Polen)

Elvira Kirmes

Dezernentin der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Professor Dr. Richard Kleinschmager

Vize-Präsident, Université Louis Pasteur, Straßburg (Frankreich)

Professor Dr. hab. Zygmunt Klodnicki

Dekan des Instituts der Ethnologie und Erziehungswissenschaften,
Schlesische Universität, Filiale Cieszyn (Polen)

Professor Dr. Mimi Kornazheva

Bulgarisch-Rumänisches Interuniversitäres Europazentrum (BRIE), Rousse
(Bulgarien)

Dr. Grzegorz Kuprianowicz

Kanzler des Europäischen Kollegium der Polnischen und Ukrainischen
Universitäten in Lublin (Polen)

Professor Dr. Albert Löhr

Direktor des Internationalen Hochschulinstituts, Zittau

Professor Dr. Stanisław Lorenc

Rektor der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań (Polen)

Brankica Micovic M.A. (jetzt Assenmacher)

Projekt BRIE, Hochschulrektorenkonferenz (HRK)

Professor Dr. Waldemar Pfeiffer

Adam-Mickiewicz-Universität Poznań (Polen)

Professor Dr. Gabriel Popescu

Dekan, Giurgiu Economic College (Rumänien)

Dr. Günter Quiel

Dezernent der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Ulrich Räther

Doktorand an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), BRIE-Beauftragter

Professor Dr. hab. Halina Rusek

Prorektorin der Schlesische Universität, Filiale Cieszyn (Polen)

Wojciech Samulowski

Leiter des Büros für regionale Zusammenarbeit und europäische Programme, Warmínsko-Mazurski-Universität Olsztyn (Polen)

Ilona Scherm

Technische Universität Chemnitz

Professor Dr. Gesine Schwan

Präsidentin der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Elisabeth Simon

Förderkreis für West-Ost-Informationstransfer – Internationales Informationszentrum c/o Peter Helferich, Berlin

Professor Dr. Roland Wittmann

Lehrstuhlinhaber der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Dr. Krzysztof Wojciechowski

Verwaltungsdirektor des Collegium Polonicum, Słubice (Polen)